Lebensversicherung: die Schuldigen S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 12 – 22. März 2014

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Jubel in Simferopol: Russen feiern das Ergebnis des Referendums

Bild: action press

Mut zur Ehrlichkeit

Krim-Krise: Neuanfang ist möglich, wenn beide Seiten ihre Heuchelei beenden

Die USA und Deutschland wie Russland sollten ihre Verfehlungen eingestehen und endlich glaubhafte Übereinkommen schließen.

Die Diplomatie steckt in der Sackgasse. Die Sanktionen gegen Russland werden am jetzt eingetretenen Status der Krim ebenso wenig ändern wie sie verhindern werden, dass die Halbinsel nunmehr de facto Teil Russlands wird.

Wie soll es weitergehen? Um zu einem Neuanfang in den Beziehungen zwischen Russland, den USA und den europäischen Staaten in der EU und der Nato zu gelangen, müssen alle Seiten nun vor allem eines aufbringen: Mut zur Ehrlichkeit.

Dies bedeutet, dass die heuchlerischen Anklagen der anderen Seite ein Ende haben müssen wie die Selbstgerechtigkeit, in der man dem anderen vorwirft, was man selbst ohne Rücksicht auf Recht und Wahrheit getan hat. Die USA sollten einräumen, dass sie die Ostausdehnung der Nato unter Bruch der entscheidenden Zusage an Russland von 1990, dies nicht zu tun, betrieben haben, statt diese Zusage heute abzustreiten. Auch, dass das Kosovo unter Bruch des Völkerrechts herbei „gebombt“ wurde, begründet mit der Lüge eines angeblich unmittelbar bevorstehenden serbischen Völkermords, muss auf den Tisch.

Russland hat kein Interesse, dass Krim Vorbild für andere wird

Wie weit die gespaltene Wahrnehmung bei manchen im Westen geht, legte ein deutscher Journalist beim „Internationalen Frühschoppen“ offen. Er behauptete, die Volksabstimmung auf der Krim sei schon deshalb völkerrechtlich wertlos und nichtig, weil die ethnischen Mehrheitsverhältnisse dort (Russen in der Überzahl) erst durch Stalins Vertreibung und Völkermord erreicht worden seien. Und wie sind die ethnischen Mehrheitsverhältnisse in Schlesien oder Ostpreußen zustande gekommen?

Russland wiederum hat ein erhebliches Eigeninteresse daran, dass die Krim ebenso wie das Kosovo als absoluter Ausnahmefall, einer einmaligen Situation geschuldet, eingeordnet wird und nicht als neuer Regelfall des Völkerrechts. Denn innerhalb der Russischen Föderation leben etliche nationale Minderheiten, von denen einige die Kreml-Argumente hinsichtlich der Krim sehr aufmerksam registriert haben dürften. Das könnte für Russland noch Ärger bedeuten.

Die USA und Deutschland sollten dem Kreml nach einer Schamfrist die Krim also durchgehen lassen. Als Gegengabe ist sicherzustellen, dass Moskau alle Begehrlichkeiten auf weitere mehrheitlich russisch besiedelte Teile der Ukraine glaubhaft und öffentlich aufgibt und dortige Spaltungstendenzen nicht weiter unterstützt, sei es materiell oder nur verbal.

Dafür benötigt Moskau allerdings die feste Zusage, und diesmal bitte ehrlich, dass sich Nato und EU nicht weiter auf ehemaliges Sowjetgebiet ausdehnen und die Ukraine mit beiden, der EU wie Russland, kooperieren kann, ohne von der anderen Seite mit dem Entzug von Handelsprivilegien bestraft zu werden. Mit Ehrlichkeit ist ein solcher Neuanfang möglich. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Totalausfall

Während westliche Politiker und Medien wegen der Krim einen neuen Kalten Krieg heraufbeschwören, hat man in Brüssel nichts Besseres zu tun, als der vor dem Staatsbankrott stehenden Ukraine eine baldige EU-Mitgliedschaft anzutragen. Dabei hat die EU schon jetzt genug Probleme, denn die Krise der Währungsunion ist noch lange nicht überwunden, auch wenn uns das die Eurokraten beim EU-Gipfel wieder vorgegaukelt haben. Tatsache ist: Griechenland und Zypern sind hoffnungslose Fälle, Italien und Frankreich rutschen langsam, aber sicher weiter ab und auch die meisten anderen Euro-Länder machen als Folge der Politik des „billigen Geldes“ der Europäischen Zentralbank weiter Schulden. Den größten Teil der Zeche werden am Ende die Deutschen zu zahlen haben.

Das Bundesverfassungsgericht ist als Hüter von deren Rechten wieder einmal ein Totalausfall. Am vergangenen Dienstag hat es die Klagen gegen den permanenten Euro-Rettungsschirm endgültig abgewiesen. Ihre Verfassungsbeschwerden seien eindeutig „teilweise unzulässig und im Übrigen unbegründet“, ließ Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle die fast 40 000 Kläger wissen. Die Haushaltsautonomie des Bundestages bleibe nämlich trotz der eingegangenen Verpflichtungen gewahrt. Es müsse nur sichergestellt werden, „dass etwaige Kapitalabrufe rechtzeitig und vollständig erfüllt werden können“, um zu verhindern, „dass das Stimmrecht Deutschlands in den ESM-Gremien bei Zahlungsverzug ausgesetzt“ werde, so Voßkuhle bei der Urteilsverkündung. Die Ausplünderung der deutschen Steuerzahler wird diese höchstrichterliche Ermahnung indes kaum verhindern.

Einheit der Ukraine weiter in Gefahr

Bei Aufteilung: Landwirtschaft für die Europäer – Stahlindustrie für die Russen

Nach Expertenmeinung führt der einzige Weg aus der verfahrenen Situation in der Ukraine in eine Teilung des Landes in eine West- und eine Ostukraine. Dabei lohnt ein Blick auf die Landkarte, um zu verstehen, warum Europa mit den USA und Russland so verbittert um die Ukraine ringen.

Pauschal lässt sich die Ukraine in die ärmeren westlichen Regionen und die reichen Industriegebiete im Osten unterteilen. Tatsächlich ist das Pro-Kopf-Einkommen in der Hauptstadt Kiew am höchsten, im agrarischen Westen am niedrigsten und wird höher, je weiter im Osten die Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Westen ist überwiegend von ethnischen Ukrainern besiedelt, im Osten überwiegt die russische Bevölkerung. Die Verteilung der Ethnien lässt auf die Verteilung bei einer Aufteilung der Ukraine schließen: Das landwirtschaftlich geprägte Gebiet um Lemberg bis nach Kiew würde an den Westen gehen, das russischsprachige Gebiet im Osten um Charkow und die Industrieregion Donezk sowie ein südlicher Zipfel um Odessa an der Grenze zu Moldau zu Russland. Auch das völkerrechtlich zur Republik Moldau gehörende Transnistrien will sich Russland anschließen.

Wirtschaft ist mit viel Geld ausbaufähig

Beim Assoziierungsabkommen mit der EU ging es um Fragen des Imports und Exports von Industrie- und Agrarprodukten. Der Agrarsektor stellt ein Sechstel des Außenhandels der Ukraine. Wegen seiner fruchtbaren Schwarzerdeböden galt das Land einst als Kornkammer Europas, aber Bodenerosion und die Katastrophe von Tschernobyl sowie veraltete Produktionstechnik haben die Landwirtschaft zurückgeworfen. Beim Export von Weizen kann die Ukraine sich dennoch sehen lassen. Sie belegt Platz sechs der Weizenexporteure der Welt.

Russlands Oligarchen sind mit ihren ostukrainischen Kollegen eng vernetzt. In den vergangenen Jahren ist die im Osten angesiedelte Stahlindustrie durch umfangreiche Modernisierungen mit Unterstützung aus dem Westen konkurrenzfähig geworden. Die Stahlindustrie ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor. Sie produziert über 30 Prozent der Exportgüter der Ukraine und gehört zu den zehn größten Stahlproduzenten der Welt.

Eine Aufteilung der Ukraine in Einflusssphären würde beiden Lagern dennoch kaum Freude bereiten. Die Rettung der zurzeit am Boden liegenden ukrainischen Wirtschaft wird Unsummen an Hilfsgeldern verschlingen. *MRK*

Einschüchterung

Antifa bedroht unliebsame Kandidaten

In Bochum hat die Antifa 51 Kandidaten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), der NPD und von Pro NRW für die Kommunalwahlen am 25. Mai massiv bedroht. Einen am 5. März im Internet veröffentlichten Aufruf hält die Polizei für so ernst, dass sie die Kandidaten angeschrieben und gewarnt hat.

Polizei gibt Opfern Verhaltenshinweise

Der AfD-Wahlkampfleiter Wolfgang Demolsky, den offenkundig die Sorge umtreibt, dass Kandidaten aus Angst vor der Antifa ihre Kandidatur zurückziehen, verweist darauf, dass die Zustimmung zu einer Kandidatur „unwiderruflich“ sei: „Auch wir bekommen da niemanden runter! Diese Art der Manipulation soll eben verhindert werden“.

Dem widerspricht der stellvertretende Leiter des Bochumer Rechtsamtes, Stefan Heimrath, mit dem Hinweis, dass die Parteien bis zum 7. April Kandidaten von ihren Listen nehmen könnten. Bewusst oder unbewusst schiebt der Beamte damit den Schwarzen Peter den Parteien zu und signalisiert der Antifa, dass ihr Terror doch zum Erfolg führen könnte, wenn die verängstigten Kandidaten nur genügend Druck auf ihre Parteien ausüben, sie von der Liste zu nehmen. *M.R.*

MELDUNGEN

Hacker legen Nato-Seiten lahm

Brüssel – Eine anonyme Gruppe ukrainischer Computer-Hacker, die sich nach der ukrainischen Polizeispezialeinheit Berkut den Namen „CyberBerkut" gegeben hat, hat am vergangenen Wochenende gleich mehrere Internetseiten der Nato über einen längeren Zeitraum lahmgelegt. Auf ihrer eigenen Seite begründet die Gruppe, die sich zu einem pro-russischen Kurs bekennt, ihre für das Bündnis äußerst peinliche Aktion mit dem Protest gegen die Einmischung der Nato-Staaten in der Ukraine-Krise. Nach eigenen Angaben hat die Hacker-Gruppe auch zahlreiche ukrainische Seiten erfolgreich attackiert. Das Nato-Hauptquartier bestätigte den Vorfall, betonte aber, dass er keinerlei Auswirkungen auf die operativen Systeme des Bündnisses gehabt habe. *J.H.*

US-Atomwaffen für Deutschland

Washington – Die USA haben nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Spiegel" angekündigt, bis 2020 ihr Atomwaffenpotenzial in Deutschland zu modernisieren. Demnach sind im US-Haushaltsentwurf für 2015 Mittel für die Stationierung neuer Atombomben des Typs B61-12 in Europa beantragt worden. Ab Frühjahr 2015 solle damit begonnen werden, die Software der Kampfflugzeuge der europäischen Verbündeten auf die neuen Waffen einzustellen. Die ersten Bomben sollten dann ab 2020 verfügbar sein und werden nach derzeitiger Schätzung insgesamt rund zehn Milliarden US-Dollar kosten. Für eine bessere Sicherung der Atomwaffenlager seien 154 Millionen US-Dollar vorgesehen, von denen Deutschland knapp ein Fünftel tragen werde. Der heutige Regierungspartner SPD hatte noch im Jahr 2012 die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung aufgefordert, sich für einen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. *J.H.*

Washingtons Klub der Steinreichen

Zum ersten Mal in der US-Geschichte sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten Millionäre

Während der US-Präsident die Armut im Land bekämpfen will, machen Großverdiener im Parlament die Gesetze.



Haben eigene Not nie kennengelernt: Kongressabgeordnete in einer Sitzung Bild: pa

Bei seiner wichtigsten Rede des Jahres, der stets mit viel Pomp begangenen Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress in Washington, legte US-Präsident Barack Obama den Schwerpunkt diesmal auf ein Thema, das ihm extrem wichtig ist: einen größeren Ausgleich zwischen Arm und Reich. Denn der Graben zwischen den wenigen, die sich alles leisten können, und den vielen, die um das tägliche Brot ringen müssen, erweitert sich konstant und bedrohlich. Das durchschnittliche Einkommen des reichsten einen Prozent der US-Bürger wuchs nach Regierungsangaben von 1979 bis 2007 um 275 Prozent, das der unteren Mittelklasse hingegen nur um 18 Prozent. Bei der Erholung von der Wirtschaftskrise ab 2009 verbuchten die Reichsten 95 Prozent des Wachstums auf ihre Konten, während 90 Prozent der Amerikaner noch ärmer wurden. „Diese soziale Ungleichheit", so der Präsident, „stellt eine größere Bedrohung für die US-Wirtschaft dar als das Budget-Defizit." Obama kündigte unter anderem an, weiter für die Anhebung des Mindestlohns von zehn auf 15 US-Dollar zu kämpfen.

„Wirtschaftliche Mobilität" ist jetzt ein neues Zauberwort der US-Regierung. Gezielte Programme sollen einen Aufstieg von unten nach oben erleichtern. Nach einer Analyse des Pew-Forschungsinstituts schaffen bisher nur vier Prozent aus dem unteren Fünftel der US-Bevölkerung den Weg in das obere Fünftel. Eines dieser neuen Programme namens „My Brother's Keeper" („Meines Bruders Hüter") soll mit speziellen Ausbildungs- und Berufs-Modellen Jugendliche aus Minderheiten wie Latinos und Schwarze von Kriminalität und Gangs fernhalten und ihnen den Weg in eine erfolgreiche Zukunft ebnen. Gleichzeitig will Obama eine Aufhebung der Steuererleichterungen für die Reichsten bewirken.

All dies sind Initiativen, die im US-Kongress ständig auf harten Widerstand stoßen. Das überrascht indes nur wenig. Denn nach einer neuen Untersuchung des „Center for Responsive Politics", das die Pflichtvermögensangaben aller Kongressmitglieder für 2013 prüfte, sind zum ersten Mal in der US-Geschichte über die Hälfte der gewählten Gesetzesgeber in Washington Millionäre. Danach haben 268 der 534 Kongressmitglieder ein Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar.

Der reichste Mandatsträger ist seit Jahren der Präsident des „Aufsichtskomitees" im Repräsentantenhaus, der kalifornische Abgeordnete Darrel Issa von den Republikanern, mit 464 Millionen US-Dollar, die er seiner Firma für Autoalarmanlagen und Immobiliengeschäften verdankt. Ansonsten sind die meisten Wohlhabenden unter den Senatoren zu finden, mit einem Durchschnittsvermögen von 2,9 Millionen US-Dollar bei den Republikanern und 1,7 Millionen Dollar bei den Demokraten. Wenn sie nicht reich verheiratet sind oder vor ihrer Wahl bereits ein Vermögen durch eigene Firmen oder lukrative Ämter im „Big Business" besaßen, machen die Großverdiener des Kongresses ihr Geld mit Investments, vor allem auf dem Grundstücksmarkt mit geschätzten Werten zwischen 442,2 Millionen und 1,4 Milliarden US-Dollar, gefolgt von Computer-Firmen, Öl und Gas, oder aber am Aktienmarkt, wo Anteile der Unternehmen General Electric und Microsoft, aber auch der Banken Wells Fargo, JPMorgan Chase und Bank of America beliebte Anlageobjekte sind.

> »Daran denken, wenn Politiker über Steuern reden«

„Daran sollten wir denken", erklärt der Ökonom Jared Bernstein, „wenn wir das nächste Mal einen Politiker sagen hören, wieso es notwendig sei, die Steuern für die großen Unternehmen zu kürzen. Und wieso das Sicherheitsnetz für die Armen dafür eingeschränkt werden muss." Sheila Krumholz, die Direktorin des „Center for Responsive Politics", führt aus, wieso die Amerikaner dennoch dazu neigen, wohlhabende Politiker zu wählen: „In unserem Wahlsystem brauchen die Kandidaten Zugang zum großen Geld für ihre Kampagnen. Und die Erfolgreichsten sind halt die, die sich in diesen Kreisen bewegen." Doch wer in diesen Kreisen lebt und eigene Not nie kennengelernt hat, kann die anderer kaum wirklich verstehen. So sollte es den Normalbürgern schon zu denken geben, in welchem Maße die Ansichten kleiner, mächtiger Eliten die nationale wie die globale Politik bestimmen und was die soziale Ungleichheit, die immer noch in vielen Ländern der Erde anzutreffen ist, für die Rolle der Demokratie bedeutet. Wie die britische Hilfsorganisation „Oxfam International" in einer neuen Untersuchung herausfand, besitzen 85 der reichsten Leute der Welt so viel wie die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Dazu Die Oxfam-Direktorin Winnie Biyanyima: „Und das im 21. Jahrhundert! 3,5 Milliarden Menschen haben nicht mehr als eine Elite, die bequem in einem Eilzug-Waggon Platz fände."

Wenn man das alles berücksichtigt, erstaunt es nicht, dass die Armen in Mexiko auf die Straße gehen, um für die Freilassung eines Drogenbosses zu protestieren. Der vor Kurzem verhaftete Joaquin „El Chapo" Guzman wird als Wohltäter wie eine Art Robin Hood verehrt. „Er nahm den Reichen und gab den Armen", so seine Anhänger, „das kann man von unserer Regierung nicht sagen." *Liselotte Millauer*

Die Schulden-Uhr: Rechentrick aus den USA

Fließt Geld in die Forschung und Entwicklung oder Rüstung, so wird dieses in Europa ab September dieses Jahres nach US-amerikanischem Vorbild dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zugeschlagen. Als Folge wird in jenem Monat das deutsche BIP nominell schätzungsweise um die drei Prozent höher ausfallen. Mit der Veränderung der Berechnung des BIP werden sich automatisch auch die Quoten verändern, die das BIP als Vergleichsgröße haben. Denn hier gilt der mathematische Grundsatz: Je größer die Vergleichsgröße, desto geringer die Quote. Zu nennen ist hier nicht zuletzt die Schuldenquote. Aber auch der Anteil des ebenfalls oft kritisierten deutsche Leistungsbilanzüberschusses am BIP lässt sich auf diese Weise klein(er)rechnen. *M.R.*

2.033.339.606.233 €

Vorwoche: 2.033.044.371.007 €
Verschuldung pro Kopf: 25.165 €
Vorwoche: 25.161 €

(Dienstag, 18. März 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ein Richter in Angst

Straftäter war V-Mann des Verfassungsschutzes

Durch einen Pressebericht musste Wilfried Kraft, Amtsgerichtsdirektor in Hannoversch Münden, erfahren, dass der Staat einen Rechtsextremisten bezahlt hat, der seine Familie in der Vergangenheit so massiv bedroht hat, dass diese unter Polizeischutz gestellt werden musste. Konkret hatte der Richter im Jahr 2002 wegen des Verdachts einer Straftat gegen Michael Doleisch von Dolsperg, den damaligen NPD-Kandidaten bei den Kommunalwahlen im Kreis Göttingen, die Anordnung erlassen, eine Speichelprobe abzugeben. Unter dem Motto „Schluss mit der DNA-Feststellung von Nationalisten – Weg mit Richter Dr. Kraft" hatte der mehrfach vorbestrafte Dolsperg daraufhin zu einer Demonstration aufgerufen, die am Haus des Richters vorbeiführen sollte. Kraft erwirkte zwar eine einstweilige Verfügung, mit der die Demonstration verboten und es Dolsperg untersagt wurde, sich dem Wohnhaus des Richters zu nähern, für seine Familie seien die damaligen Vorgänge aber trotzdem „eine schlimme Zeit" gewesen, so Kraft. Immerhin wurde die Bedrohungslage so eingeschätzt, dass vor dem Haus Polizisten mit Maschinenpistolen postiert wurden.

Was der Amtsrichter zu dem damaligen Zeitpunkt nicht wusste, hat nun ein Bericht über den „Szene-Aussteiger" Dolsperg aufgedeckt, der unlängst im „Spiegel" erschien: Dolsperg stand zu jener Zeit auf der Gehaltsliste des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Unter dem Deckname „Tarif" war er bereits 1994 als V-Mann angeworben worden. Laut „Spiegel" zahlte die Kölner Behörde noch bis 2003 Honorare an den Neonazi, der inzwischen in Schweden lebt. Kraft haben diese Enthüllungen fassungslos gemacht: „Es kann doch nicht sein, dass der Staat Straftäter finanziert. Mein Vertrauen in diesen Rechtsstaat ist erheblich erschüttert", so Kraft im „Weser-Kurier".

> Familie wurde unter Polizeischutz gestellt

Vordergründig präsentierte der „Spiegel" die Geschichte Dolspergs als ein weiteres Beispiel dafür, dass Hinweise von V-Leuten in der Neonazi-Szene auf das untergetauchte NSU-Trio bei den zuständigen Behörden keine Beachtung gefunden hätten. Laut „Spiegel" sei Dolsperg im Jahr 1998 von einem Bekannten angesprochen worden, ob er die drei verstecken könne. Daraufhin will Dolsperg den Verfassungsschutz informiert haben.

Fast noch interessanter ist allerdings, was Dolsperg so quasi nebenbei preisgibt. Etwa die Tatsache, dass alle Ausgaben der von ihm herausgegeben antisemitische Hetzpostille „Sonnenbanner. Nationales Sozialistisches Monatsblatt" jeweils vorab dem Verfassungsschutz – quasi zur Absegnung – vorgelegen haben. Über die an Dolsperg gezahlten V-Mann-Honorare hat es sich faktisch um ein staatlich finanziertes Propagandablatt gehandelt. In den Blättern war nicht nur wirres Zeug zu lesen wie der Vorwurf, der Schriftsteller Ralph Giordano führe „jüdische Mordbanden" an. Mit einem 1999 erschienenen Artikel „NS Bewegung heute", in dem „autonome Zellenstrukturen" und der Weg in den „Untergrund" propagiert wurden, gilt Dolsperg auch als Vordenker des NSU. Kaum verwundern kann da noch, dass Dolspergs Akte beim Bundesamt für Verfassungsschutz kurz nach Enttarnung des NSU im November 2011 in den Reißwolf gewandert ist. *N. Hanert*

Was weiß Edathy?

Ex-Abgeordneter droht im Internet

Erhebliches Rätselraten hat eine mysteriöse Nachricht von Sebastian Edathy (SPD), dem ehemaligen Vorsitzenden des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses, hervorgerufen. Anfang des Monats war auf seiner persönlichen Facebook-Seite in englischer Sprache eine Nachricht veröffentlicht worden, die übersetzt wie folgt lautet: „Die Papiere mit der gesamten Geschichte sind an vielen verschiedenen Orten und werden veröffentlicht, sobald mir irgendetwas zustößt." Da Edathy bisher nicht dementiert hat, dass er der Urheber dieser Warnung ist, schießen inzwischen Spekulationen ins Kraut, er habe im Zuge seiner Arbeit als Ausschussvorsitzender brisantes Hintergrundwissen – etwa über die Verwicklung von Sicherheitsbehörden – erhalten.

Aufgekommen war dieser Verdacht bereits, als das niedersächsische Landeskriminalamt bei dem unter Kinderpornoverdacht stehenden Politiker eine Hausdurchsuchung durchgeführt hatte und dabei Geheimunterlagen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss aufgefunden worden waren. Die Geheimschutzordnung des Bundestags sieht eigentlich vor, dass geheime Verschlusssachen in der Regel nur in der Geheimregistratur des Parlaments eingesehen werden dürfen. Aus dem Bundestag mitgenommen werden dürfen Geheimunterlagen nur, wenn der Bundestagspräsident dies aus unabweisbaren Gründen gestattet.

> Geheimunterlagen in Privaträumen gefunden

Aktuell ist Bundestagspräsident Norbert Lammert noch mit einem weiteren Regelverstoß Edathys konfrontiert. Obwohl der langjährige SPD-Innenpolitiker schon seit Wochen kein Bundestagsabgeordneter mehr ist, hat er seinen Diplomatenpass noch immer nicht zurückgegeben, wie ein Sprecher des Bundestagspräsidenten bestätigt.

Auch für das politische Berlin ist die Edathy-Affäre noch längst nicht ausgestanden. Während der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, bisher stets beteuert hatte, seine Behörde habe das Material mit Hinweisen zu Edathy wegen zu hoher Arbeitsbelastung erst ab Juli 2012 bearbeitet, musste er inzwischen einräumen, dass es schon im Januar eine „Grobsichtung" gegeben habe. *N.H.*

Wo das Geld hingeht

Von THEO MAASS

Schwimmen ist ein gesunder Sport. Er erspart den Krankenkassen erhebliche Kosten, Wer sich gesund bewegt, wird weniger häufig krank. Die Zahl der Schwimmer in Deutschland ist rückläufig und eine Wende nicht in Sicht. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) weiß zu berichten, dass am Ende der vierten Klasse bundesweit nur 50 Prozent der Kinder schwimmen können. Ende der 80er Jahre seien es noch rund 90 Prozent gewesen. „Das (Schwimmen) ist gut für die Motorik der Kinder, die heutzutage wegen anderer Anreize wie Smartphones, PCs oder Konsolen immer schlechter entwickelt ist“, beklagt die DLRG.

Man sollte meinen, dass die öffentliche Hand diesem Trend entgegenwirkt. Von wegen, sie verstärkt ihn noch: Unlängst ist der Eintrittspreis bei den Berliner Bäderbetrieben von 4,50 Euro (eigentlich neun Mark) auf 5,50 Euro (eigentlich elf Mark) angehoben worden. Neben gesundheitsbewussten Rentnern und berufstätigen Menschen werden an den Wochenenden die Hallenbäder auch von Vätern und Müttern mit ihrem Nachwuchs besucht. Gerade für kinderreiche Familien wird der Wochenendausflug ins Schwimmbad so zu einem schwer erschwinglichen Luxuserlebnis.

Nun setzen die Berliner Bäderbetriebe (BBB) noch einen drauf. Die bisher kostenlosen Parkplätze vor den Bädern sollen gebührenpflichtig werden. Ein Euro (eigentlich zwei Mark) wird kassiert. „Wir haben den Platz an einen privaten Betreiber verpachtet“, erklärte BBB-Sprecher Matthias Oloew. Die städtischen Ordnungsämter stehen bereit, „Parksünder“ mit 15 Euro abzukassieren.

Selbst den autofahrerfeindlichen Grünen ist das zu viel. „Angesichts der hohen Eintrittspreise sind die Parkgebühren eine bodenlose Frechheit“, schimpft der Abgeordnete Benedikt Lux. Dabei hat Berlin aus Kostengründen schon einige Bäder geschlossen.

Der Betrieb der Schwimmbäder ist keineswegs die einzige staatliche Aufgabe, die in Berlin (und anderswo) nicht mehr erfüllt wird. Fehlende Lehrer, marode Schulen, unzureichende Personalausstattung der Ämter ... eine Liste, die sich endlos fortsetzen ließe. Geld ist indessen reichlich vorhanden. Die Steuern sprudeln wie nie zuvor.
Wo bleibt es nur das Geld?

Etwa hier: Gerade in Berlin und Brandenburg geht die öffentliche Hand mit Leistungen für Asyltouristen und Wirtschaftsmigranten sehr großzügig um. In Brandenburg sind nun erstmals Zahlen konkret benannt worden. Die Stadt Potsdam bekommt über 9000 Euro jährlich für einen der unterzubringenden ungebetenen Neuankömmlingen aus dem Landeshaushalt. Das reicht jedoch nicht aus. Mit anderen Worten, die realen Kosten liegen höher. Für Berlin gibt es keine entsprechenden Zahlen. Sie dürften aber eher höher als niedriger sein.

Der »Rechtspopulist« von Potsdam

Grenzkontrollen: Was Dänemark noch verübelt wurde, will Brandenburg verschärft umsetzen



Trotz „Soko Grenze“ und Absichtsbekundungen deutscher und polnischer Grenzschützer zur intensiveren Zusammenarbeit nimmt die Flut der Grenzkriminalität im Land Brandenburg nicht ab: Verkehrsschild an der deutsch-polnischen Grenze nahe Groß-Neuendorf

Bild: pa

Mehr noch als das im Jahre 2011 dafür gescholtene Dänemark will Brandenburg zu Grenzkontrollen zurückkehren. Erstaunlich: Im Unterschied zum dänischen Fall ist kaum Kritik zu hören.

Was Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) vor wenigen Tagen verkündete, kam einem politischen Tabubruch gleich: Im Raum der deutschen EU-Binnengrenze zu Polen solle Brandenburgs Polizei wieder regelmäßig kontrollieren.

Man erinnere sich an den Aufschrei deutscher Politik, als Dänemark 2013 aus dem gleichen Motiv (Grenzkriminalität, damals vor allem Drogen) regelmäßige, aber nur stichprobenartige Kontrollen ankündigte. Nach dem Wegfall klassischer Grenzkontrollen infolge des Schengen-Abkommens der EU 2007 galt der deutschen Politik jedes auch nur halbwegs häufige System grenznaher Kontrollen als Sakrileg. Regierungspolitiker wie Oppositionsvertreter wähnten im Fall Dänemark das „Ende der Reisefreiheit“ nahe.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), seit Februar pikanterweise auch offizieller Polenbeauftragter der Bundesregierung, und sein Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) ernten nun hingegen kaum Kritik für ihre vergleichbaren Pläne. „Wir werden exakt das machen, was Schengen im Rahmen des Zulässigen gerade noch hergibt. Wir werden extensiv (ausgedehnt) an die Grenze dessen gehen, was möglich ist“, sagte Holzschuher am 12. März.

Dänemark plante damals weit weniger: Zollkontrollen im Übereinkommen mit Schengener Richtlinien. Holzschuher dagegen: „Wir werden unmittelbar vor allen Straßenübergängen kontrollieren.“ Verblüffend: Dass gerade eine solche Maßnahme den Einstand des Polenbeauftragten gibt, erregt im politischen Berlin wie Potsdam kaum Unbehagen.

Holzschuhers jähe Einkehr hatte ihren Grund. Die „mobilen Hinterlandkontrollen“, die deutsche Politiker den Dänen damals als Alternative empfahlen, haben in der Mark nicht gewirkt, im Gegenteil. Die Zahl der Autodiebstähle ist erneut gestiegen, das Verbrechen über die Grenze hinweg hat zugenommen, was Holzschuher am 12. März zu einer besonderen Erklärung zwang. Er sagte, die neuen Kontrollen sollten angeblich gemeinsam mit Polen durchgeführt werden. Einen Termin beim polnischen Botschafter zwecks Abstimmung der „Gemeinsamkeit“ halten Woidke und Holzschuher aber erstaunlicherweise erst im Nachhinein für nötig.

> Alle alten Rezepte gegen die Kriminalität sind gescheitert

Der Anstieg des Verbrechens über die Jahre nötigte dem Innenminister eine Bemerkung ab, die bisher als „rechtspopulistisch“ galt: „Die Erwartungen sind nicht aufgegangen, dass die neue Ostgrenze der EU in Polen in gleicher Weise gesichert wird, wie es früher in Deutschland der Fall war.“ Der Minister musste einen Anstieg von Diebstählen in den 24 Gemeinden und Städten der Grenzregion verkünden, nachdem er vor wenigen Wochen erst die Zunahme von Einbrüchen im Berliner Umland einräumen musste. Dort sind beispielsweise Banden aus Moldau aktiv, die serienmäßig Einbrüche verüben. In der Grenzregion nahm die Zahl der Verbrechen von 2012 auf 2013 um rund 9,5 Prozent zu. Auch der von seinem Ressort jüngst zugegebene Anstieg beim grenznahen Autodiebstahl zeigt eine fast ununterbrochene Tendenz seit 2009: Allein Frankfurt an der Oder meldete 2012 schon 264 Autodiebstähle im Jahr; 2013 waren es 283.

Ein grundlegender Sinneswandel der rot-roten Landesregierung ist trotz der Zahlen und Holzschuhers Ankündigungen nicht zu erhoffen, denn der Minister gab allen seinen Einsichten entgegen Einsparungen bei der Sonderkommission (Soko) Grenze bekannt – freilich getarnt. Die seit 2010 bestehende Soko soll dem Landeskriminalamt unterstellt werden, um vor allem den Kampf gegen international agierende Autoschieberbanden erfolgreicher zu gestalten. Jens Starigk, Leiter der Soko Grenze, befürwortet den Schritt als „dringend notwendig“, um die Hintermänner der Diebstähle zu fassen.

Indes: Die Umstrukturierung der seit 2010 aktiven Soko plant der Minister vor allem als Sparkarussell, denn die Einheit soll zwischen 20 und 40 Mitarbeiter von insgesamt 100 an die Polizeiinspektion abgeben. Dort sollen die Beamten künftig auch andere Aufgaben im Wach- und Wechseldienst wahrnehmen. Ziel der Umstrukturierung ist laut Polizeiführung des Landes ein wirksamerer Kampf gegen die “Drahtzieher“ der Grenzkriminalität. Die Fahnder sollen sich aber weiter um Grenzkriminalität kümmern, sagt der Minister. Aus der Grenzregion werde zudem kein Polizist abgezogen, beteuert Holzschuher.

Die Opposition im Landtag und die Polizeigewerkschaften bezweifeln das. Und sogar aus der SPD selbst regt sich Kritik an der Polizeireform des Landes einschließlich weiterer Sparpläne. Abgeordnete wie Mike Bischoff, ein Befürworter der Polizeireform, stehen lokal unter Druck. Bischoff lud Holzschuher nach Schwedt, damit der „sich selbst vor Ort ein Bild machen“ könne. Bischoff kritisiert angesichts von unbesetzten Polizeistellen in seinem Wahlkreis die “Unwucht“ der Reform, gerade in der Grenzregion: “Ich erwarte einfach, dass Beamte des Landes Brandenburg dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden.“

Wenigstens auf die polizeiliche Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin hat die Verbrechensentwicklung positive Auswirkungen: Die seit 2005 bestehende Gemeinsame Ermittlungsgruppe Berlin-Brandenburg (GEG) mit Sitz in Potsdam stokken die Länder von bislang 15 auf künftig 19 Polizisten auf.

Sverre Gutschmidt

Chance für Bauakademie

Wiederaufbau von Schinkels Meisterstück rückt in greifbare Nähe

Berlins Schlossbaustiftung könnte den Durchbruch bei den festgefahrenen Bemühungen zum Wiederaufbau von Schinkels legendärer Bauakademie bringen. Ideen für eine Nutzung als Hochschule, als Architekturmuseum oder für rein kommerzielle Zwecke sind bisher alle an zu hohen Kosten, an Platzmangel oder mangelnder Rentabilität für Investoren gescheitert.

Nach 20 Jahre langen Bemühungen scheint nun aber endlich eine praktikable Lösung gefunden zu sein: Der Schinkelbau wird von der Stiftung Humboldtforum als Bauherr errichtet, die bereits beim Wiederaufbau des Berliner Schlosses federführend ist. Später nutzt das Auswärtige Amt (AA) als Mieter einen Teil der Bauakademie. So die Planspiele, die nun bekannt geworden sind.

In unmittelbarer Nähe gelegen, könnte das AA die repräsentative Bauakademie nutzen, um Internationale Stiftungen aus seinem Umfeld unterzubringen, so die Überlegungen, die vom Chef der Stiftung Berliner Schloss Humboldtforum, Manfred Rettig, inzwischen bestätigt wurden. Demzufolge soll noch 2014 ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Zeitgleich mit dem Berliner Schloss soll die Bauakademie dann bis 2019 fertigstellt sein.

> Nach 20 Jahren Planung endlich ein Nutzungskonzept

Geplant ist, dass im Erdgeschoss Räume für Ausstellungen und Veranstaltungen entstehen, während in den oberen Bereichen Büros geplant sind, die vom AA genutzt werden können. Wahrscheinlich nicht wiedererstehen wird der 600 Quadratmeter große Wohnbereich, den Karl Friedrich Schinkel für sich selbst reserviert hatte und der von der Witwe des Baumeisters bis zu ihrem Lebensende bewohnt wurde.

Sollten die nun bekanntgewordenen Pläne tatsächlich Realität werden, würde Berlin damit eine baukulturelle Preziose zurückerhalten. Zwischen 1832 und 1836 nach Schinkels Englandreise errichtet, gilt der Bau mit seiner dunkelroten Backsteinfassade Architekturtheoretikern als ein Meilenstein der Baugeschichte, als richtungsweisend für die moderne Architektur. Die nun geplante Rekonstruktion wäre bereits der zweite Anlauf, Schinkels Meisterwerk wiederherzustellen. Bereits in den 50er Jahren war mit dem Wiederaufbau des nach einem Bombenangriff am 3. Februar 1945 ausgebrannten Gebäudes begonnen worden. Trotz der kunstgeschichtlichen Bedeutung ließ Walter Ulbricht im Jahr 1962 den Bau aber abreißen, um Platz für den Neubau des DDR-Außenministeriums zu schaffen. *N.H.*

Kritik an Kolat

SPD-Genossen beklagen Manipulation

Im SPD-Kreisverband Tempelhof-Schöneberg ist ein Kampf um Vorstandsposten entbrannt. Die Senatorin für Integration und Arbeit, Dilek Kolat (SPD), die den Verband führt, sieht sich schweren Vorwürfen aus dem Ortsverband Friedenau ausgesetzt, und das kurz vor der Wahl der Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlung am 29. März. Dabei steht Kolat zur Wiederwahl, bisher ohne echten Gegenspieler.

Kreis-Vizechef Frank Zimmermann sprach von „erheblichen Vorwürfen“. 43 SPD-Mitglieder halten Kolats Umfeld vor, Mitglieder beeinflusst zu haben, Kolat-Günstlinge zu wählen. Wortführer ist Serge Embacher, seit Februar Abteilungsvorstand der SPD Friedenau. So sei Embachers Ehefrau als SPD-Mitglied durch den Bezirksverordneten Orkan Özdemir, ein Anhänger Kolats, bedroht worden. Özdemir bestreitet das. Mitglieder aus anderen Ortsverbänden sollen gezielt in Friedenau angemeldet worden sein, um die Wahl zu manipulieren.

> Kampf um Posten im Kreisverband

Dilek Kolat ist Ehefrau von Kenan Kolat, Chef der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. Dieser prangert regelmäßig die angebliche Diskriminierung von Zuwanderern an. Dass Dilek Kolat angesichts ihrer Bilanz als Senatorin keinen aussichtsreichen Gegenkandidaten hat, überrascht: In der Frage des von illegalen Zuwanderern errichteten Lagers am Oranienplatz erzielte ihre Vermittlung keine Erfolge: Das Lager besteht weiter, trotz massiver Kritik auch von türkischstämmigen Anwohnern. Zum „Ehrenmord“ an Hatun Sürücü sprach sie allein von „gesamtgesellschaftlicher Pflicht“, ohne konkrete Ursachen zu benennen. *SV*

Makler werden zum Freiwild

Der Kampf der linksextremen Szene gegen Aufwertung und vermeintliche Luxusbauprojekte in der Berliner Innenstadt hat eine neue Qualität erreicht. Im Stadtteil Friedrichshain haben Unbekannte Plakate im Stil von Fahndungsaufrufen verteilt, mit denen Unternehmer aus der Immobilienwirtschaft quasi öffentlich an den Pranger gestellt werden. Die an Ampelmasten und Straßenlaternen angebrachten Plakate waren mit Texten wie „Warnung, dieser Mann will Ihren Lebensraum zerstören“ oder „Lassen Sie diese Person nicht in Ihre Nähe!“ versehen, dazu waren Fotos und die Mobilfunknummern von Maklern abgedruckt, die in Friedrichshain tätig sind. Einer der betroffenen Unternehmer, der in dem Stadtteil ein Bauprojekt vermarktet, hat inzwischen Strafanzeige erstattet, da er sich bedroht fühlt. Gegen Zuwanderer aus anderen Teilen Deutschlands wurde von Berliner Linken bereits ähnlich gehetzt („Schwaben raus!“). *N.H.*

Zeitzeugen



Victoria Nuland – Der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde die Europa-Beauftragte im US-Außenministerium durch einen Telefonmitschnitt, in dem sie sich äußerst abfällig über die EU äußerte. Nuland ist mit Robert Kagan verheiratet, der als einer der einflussreichsten Politikberater in den USA gilt.

Egon Bahr – „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt“, so der 91-jährige SPD-Politiker und ehemalige Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, bei einem Vortrag vor Schülern eines Heidelberger Gymnasiums im Februar 2014.



Zbigniew Brzezinski – In seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ erklärte der ehemalige US-Sicherheitsberater so offen wie sonst selten in Washington, dass „Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“ Der in Warschau geborene Politikwissenschaftler gilt neben Kissinger als graue Eminenz unter den US-Globalstrategen.

Robert Kagan – Der Berater der republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain und Mitt Romney zählt zu den führenden Propagandisten einer US-Weltherrschaft. Im Jahr 1997 war Kagan Mitbegründer des „Project for the New American Century“, dem sich außenpolitische „Falken“ wie Donald Rumsfeld, Dick Cheney und Richard Perle anschlossen.



Jeffrey Sachs – Der Harvard-Ökonom empfahl im Jahr 1992 als Berater des damaligen Ministerpräsidenten Jegor Gajdar eine „Schocktherapie“ für die russische Wirtschaft. Im Laufe der 90er Jahre stieg die Inflation in Russland auf 2600 Prozent, wurde der Rubel fast wertlos. Sachs ist inzwischen Sonderberater für die Millennium Development Goals des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und Forschungsmitglied am National Bureau of Economic Research.

Dornenkette von Krisenherden

Washingtons Politik verwandelt Europas Handelspartner in gescheiterte Staaten

Die Krise um die Krim ist nur das jüngste Beispiel für eine desaströse Außenpolitik der Europäer. Von Libyen über Ägypten, Syrien und den Irak bis nach Afghanistan hat sich im Laufe der letzten Jahre rings um Europa eine ganze Kette von Brandherden gelegt.

Meist von der US-Außenpolitik angestoßen, stand am Anfang jedes Mal das Versprechen, mit einem Regimewechsel würden in dem betreffenden Land Demokratie, Wohlstand und Frieden Einzug halten. Die Realität wird am Beispiel Libyens deutlich. Drei Jahre nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis ist das Land nun auf dem besten Wege, ein sogenannter „failed state“, ein gescheiterter Staat zu werden. Ähnlich wie in Syrien und dem Irak, breiten sich von Libyen Waffen und kampferprobte Söldner auf die angrenzenden Länder aus und setzten die gesamte Region in Brand. Angesichts dieser niederschmetternden Resultate ist eine Diskussion längst überfällig, ob solche Außenpolitik wirklich im Interesse der Europäer ist. Oder aber, ob die Ergebnisse gerade so niederschmetternd sind, weil die Europäer keine eigenen Interessen verfolgen, weil sie sich de facto zum Handlanger Washingtons gemacht haben.

Geht es nämlich um die regelmäßig eintretenden negativen Folgen des von den USA angezettelten „Kriegs gegen den Terror“ oder der planmäßig betriebenen Regimewechsel, dann sitzt man in Washington weit weg vom Schuss. „Die US-Amerikaner spielen mit dem Feuer, aber sie spielen in unserem Wald“, so bringt es der Wirtschaftsjournalist Dirk Müller auf den Punkt. Tatsächlich haben die Krisenherde in Nordafrika und dem Nahen Osten hierzulande zu einem massiven Anschwellen der Zahlen von Asylbewerbern geführt. Zudem fallen die Länder, die sich in jahrelang schwelende Krisenherde und gescheiterte Staaten verwandelt haben, auch als Kunden für europäische, vor allem deutsche Exportgüter weitgehend aus. Werden Wirtschaftssanktionen verhängt wie im Fall des Iran, ist China hocherfreut, die Lücke zu füllen, die deutsche Exporteure zwangsweise hinterlassen.

»USA spielen mit dem Feuer, aber sie spielen in unserem Wald«

Mit der Krise um die Ukraine ist nun allerdings nochmals eine völlig neue Qualität erreicht. Wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) inzwischen einräumen musste, ist die Frage von Krieg und Frieden nun wieder auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt. Der Versuch, mit einem EU-Assoziierungsabkommen die ethnisch gespaltene Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszubrechen, war dilettantisch genug. Die eigentliche Lunte für den Konflikt dürften allerdings wiederum die USA gelegt haben. Wie die Europa-Beauftragte des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, bereits im Herbst 2013 ganz offen eingestand, haben die USA in eine „demokratische Entwicklung“ der Ukraine mittlerweile fünf Milliarden US-Dollar „investiert“. Profitiert haben von dem Geldstrom unter anderem Politiker wie „Washingtons Mann“ in Kiew, der amtierende Regierungschef Arsenij Jazenjuk mit seiner Stiftung „Open Ukraine“.

Selbst, wenn eine friedliche Beilegung des Konflikts gelingt – die EU halst sich mit der Ukraine einen finanziellen Problemfall auf, der vergleichbar mit Griechenland ist. Mit Auslandsschulden in Höhe von 75 Milliarden US-Dollar und einem kurzfristigen Kreditbedarf von 25 Milliarden US-Dollar ist die Ukraine faktisch pleite. Deutsche Politiker wären allein schon deshalb gut beraten, genau zu überlegen, was in Bezug auf die Ukraine wirklich in deutschem Interesse liegt. *Norman Hanert*



Nichts ist entschieden: Tod und Zerstörung beherrschen weiterhin das Straßenbild im syrischen Aleppo Bild: action press

Eilig verwischte Spuren

Im Internet sind noch immer letzte Hinweise auf eine Stiftung des derzeit amtierenden ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk namens „Open Ukraine Foundation“ zu finden, die den Eindruck erwekken, jemand habe in Eile Spuren verwischen wollen. Zwar sind die Seite „openukraine.org“ und auch der Facebook-Auftritt der Stiftung inzwischen bereinigt worden, noch vorhandene Bildschirmfotos machen aber schnell klar, was zum Verschwinden gebracht werden sollte: die Liste der Partner der Stiftung Jazenjuks.

Zumindest für einen nicht gewählten, nur kommissarisch eingesetzten Regierungschef ist die Aufzählung doch wohl zu kompromittierend. Schnell kommt nämlich der Verdacht auf, dass mit Jazenjuk ein Wunschkandidat fremder Mächte ans Ruder gekommen ist. Mit aufgezählt werden das US-Departement of State, die polnische Regierung, ein Nato Information and Documentation Centre sowie das National Endowment for Democracy, eine Stiftung des US-Kongresses. Finanziert mit Steuergeldern ist das Aufgabengebiet von letzterer nach eigener Darstellung die „weltweite Förderung der Demokratie“. Aufgeführt wird ebenfalls die International Renaissance Foundation, eine Nichtregierungsorganisation von Großspekulant George Soros. Hinter dem aufgeführten Chatham House verbirgt sich nichts anderes als das Royal Institute of International Affairs, ein britisches Gegenstück zum US-Council on Foreign Relations. Aus deutscher Sicht interessant ist der aufgeführte „Black Sea Trust for Regional Cooperation – A Project of the German Marshall Fund«, eine US-gesteuerte Einflussstiftung, die mit deutschen Marshallplangeldern operiert. *N.H.*

Diener fremder Herren

Gebranntes Kind

Die Russen haben mit dem Westen schlechte Erfahrungen gemacht

Die chaotischen Wirtschaftsreformen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion von Politikern wie Jegor Gajdar und Anatolij Tschubajs nach Rezepten des „Harvard Institute for International Development“ auf den Weg gebracht wurden, sind für viele Russen zu einer ebenso traumatischen Erfahrung geworden wie die Hyperinflation des Jahres 1923 für die Deutschen. Bei den einfachen Russen stehen Namen wie Gajdar oder der seines US-Beraters Jeffrey Sachs bis heute für Verarmung breiter Schichten und Hyperinflation, für Sparguthaben und Renten, die über Nacht ihren Wert verloren haben.

Gleichzeitig nutzten clevere Geschäftemacher und ehemalige Funktionäre des Sowjetsystems die missratene Privatisierungspolitik, um riesige Vermögen zusammenzuraffen. Während die breite Masse verelendete, wurde das Land von den Oligarchen regelrecht ausgeplündert. Trauriger Endpunkt war das Jahr 1998, in dem das extrem rohstoffreiche Land am 17. August den Staatsbankrott erklären musste. Für die Masse der Russen war damit die erste Erfahrung mit westlicher Marktwirtschaft die einer Verarmung. Zu denken geben sollte, dass Politiker wie Gajdar und Tschubajs, die bei den westlichen Eliten äußerst beliebt waren, in Russland geradezu verhasst waren.

Wladimir Putin wiederum, der in hiesigen Medien fast durchgehend auf die Rolle des finsteren Autokraten abonniert zu sein scheint, genießt einiges Ansehen. Zumindest hat er dafür gesorgt, dass die Einkünfte aus russischen Gas- und Ölexporten wenigstens teilweise dem eigenen Volk zugute kommen, und er hat den Oligarchen insoweit die Grenzen aufgezeigt, dass sie sich mit ihren oftmals regelrecht ergaunerten Riesenvermögen nicht auch noch in die Politik einmischen.

Wladimir Putin zeigte den Oligarchen Grenzen auf

Das Gefühl, vom Westen betrogen worden zu sein, stellte sich nicht nur in wirtschaftlichen Belangen ein, sondern auch außenpolitisch, und das nicht nur bei der Nato-Osterweiterung (siehe Nr. 11, Seite 8). Fast vergessen ist, dass Russland nach dem 11. September 2001 ein wichtiger Partner der USA im Kampf gegen den Terror war. Mit Moskaus Erlaubnis konnte die Nato Nachschub über russisches Territorium nach Afghanistan bringen. Präsident Putin selbst war es, der sich dafür stark machte, dass der Luftraum über Zentralasien von US-Militärflugzeugen bei der Afghanistan-Intervention genutzt werden konnte. Resultat dieser ausgestreckten Hand Moskaus war, dass die USA die Gelegenheit ergriffen, sich auch in Zentralasien mit festen Luftwaffenbasen festzusetzen.

Dass sich ein Zugehen auf den Westen nicht unbedingt auszahlt, hat Moskau zuletzt beim Libyenkonflikt zu spüren bekommen. Russland verzichtete im UN-Sicherheitsrat auf seine Vetomöglichkeit gegen Luftschläge, die Frankreich und Großbritannien „zum Schutz“ der libyschen Zivilbevölkerung führen wollten. Endresultat war, dass London, Paris und Washington einen kompletten Machtwechsel in Libyen herbeiführten. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4488**

Wenn der Gasmann zweimal kassiert ...

Deutschland will unabhängiger werden, macht sich aber noch abhängiger: Gazprom kauft Netz und Lager

Neues aus Absurdistan: Angesichts der Krim-Krise will Deutschland sich aus der Anhängigkeit von russischen Energie-Importen befreien, verkauft aber ein Fünftel seiner Erdgaslager und -leitungen an den russischen Staatskonzern Gazprom.



Gazprom hat schon seit Jahren einen Fuß in deutschen Unternehmen: Arbeiter in Schweinrich (Ostprignitz-Ruppin) Bild: pa

Die Nachricht kam zur Unzeit: Der Chemie- und Energiekonzern BASF vermeldet – mit verhaltenem Stolz – ein Milliardengeschäft, und nicht einmal eingefleischte Verfechter der Energiewende wollen sich so recht darüber freuen. Geschäftspartner ist nämlich der russische Staatskonzern Gazprom, und dessen Ruf ist nicht erst seit Putins Griff nach der Krim eher zweifelhaft. Gazprom erhält von der BASF-Tochter Wintershall die hundertprozentige Kontrolle über den weltweit größten Erdgasspeicher im norddeutschen Rehden. Dessen Kapazität macht mit 4,4 Milliarden Kubikmeter ein Fünftel der insgesamt 47 Lagerstätten in Deutschland aus; mit dem gespeicherten Gas kann man zwei Millionen Haushalte ein ganzes Jahr lang versorgen. Zudem sollen Gazprom über das „Wintershall Erdgas Handelshaus“ und weitere bislang zum BASF-Konzern gehörige Firmen rund 20 Prozent des bundesweiten Gashandels übertragen werden. Im Gegenzug erhält Wintershall eine 25-prozentige Beteiligung an dem Urengoj-Erdgasfeld in Sibirien. Hier sollen ab 2016 jährlich acht Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert werden. Insgesamt geht es laut „Welt“ um Aktivitäten mit einem Jahresumsatz von mehr als zehn Milliarden Euro, es handelt sich also um „eine der größten Transaktionen der europäischen Energiewirtschaft seit Jahren“.

Offiziell soll das gigantische Geschäft erst Mitte dieses Jahres abgeschlossen werden. Vermutlich hoffen beide Seiten, dass bis dahin Krim und Kiew nicht mehr die Schlagzeilen beherrschen. In Wahrheit aber ist das Geschäft längst besiegelt: Schon am 23. Dezember 2013 haben BASF/Wintershall und Gazprom den abschließenden Tauschvertrag unterzeichnet – unter Ausschluss der weihnachtlich gestimmten Öffentlichkeit. Eben diese Öffentlichkeit, inzwischen weniger friedlich gestimmt, was das deutsch-russische Verhältnis betrifft, fürchtet nun, dass die Machthaber im Kreml den Gashahn als Waffe nutzen, also zudrehen könnten, sollte „der Westen“ sich allzu intensiv gegen Moskaus Machtansprüche stellen.

Aber gehen in Deutschland wirklich die Lichter aus, wenn die EU, angeführt von Kanzlerin Angela Merkel, weitere, schmerzlichere Sanktionen gegen Russland beschließen sollte? Zwei gewichtige Argumente sprechen dagegen: Zum einen hat Moskau sich über Jahrzehnte, auch zu Zeiten des „Kalten Krieges“, stets als zuverlässiger Gas- und Öllieferant gezeigt. Zum anderen, und das zählt wohl noch mehr, sind die Deviseneinnahmen aus Gas- und Erdölverkäufen in den Westen für Moskau überlebenswichtig. Ansonsten hat die weitgehend marode russische Wirtschaft nicht viel zu bieten. Russland ist also mindestens ebenso abhängig von unserem Geld wie wir von dessen Gas und Öl.

> Putin benötigt unser Geld nötiger als wir sein Gas

Dennoch sollten wir uns nicht allzu sicher fühlen. Denn Präsident Putin steht zumindest in einem Punkt voll in der Tradition früherer Kreml-Herren. Wenn es darum geht, nationale Interessen durchzuboxen und (macht-)politische Ziele zu erreichen, ist es ihm völlig egal, was die sogenannte Weltöffentlichkeit von ihm hält. Einlenken wird er, wenn das aus seiner Sicht im eigenen Interesse liegt, nicht weil EU und USA an Menschenrechte und Völkerrecht erinnern.

Putins Politik ist offenkundig bestimmt von einer langfristigen Strategie. Darin eingebettet ist auch das Auftreten des Staatskonzerns Gazprom im Westen, speziell in Deutschland. Längst begnügen die kremltreuen Manager sich nicht mehr damit, nur Lieferanten zu sein. Als solche können die Russen ohnehin kaum noch viel zulegen: Im vergangenen Jahr lieferten sie 34,8 Prozent der deutschen Erdöl- und sogar 38,7 Prozent der Gasimporte. Seit Jahren stagnieren diese Zahlen, waren zuletzt sogar leicht rückläufig. Daher versucht Gazprom, das Geschäftsmodell zu erweitern und bei deutschen Kunden gleich zweimal abzukassieren. Man will nicht nur liefern, sondern selber handeln, transportieren, speichern und möglichst auch produzieren. Zwar sind erste Versuche, gemeinsam mit RWE in den Bau und Betrieb von Kraftwerken einzusteigen, vorerst gescheitert. Der Abschluss mit BASF/Wintershall aber eröffnet den Russen glänzende Perspektiven: Schon bahnt sich ein Übernahmevertrag mit den Energiekonzernen E.ON und VNG an, 1200 Kilometer Gasleitungen in Sachsen und Thüringen sollen den Besitzer wechseln.

Auf anderen Feldern war Gazprom weniger erfolgreich. Vor drei Jahren wollte man beim deutschen Rekord-Fußballmeister Bayern München einsteigen, musste sich aber mit seinem Engagement bei Schalke 04 begnügen. Und während der Triple-Gewinner aus München ohne russisches Geld von Sieg zu Sieg eilt, mussten sich die königsblauen Knappen – trotz millionenschwerem „Gazprom“ auf dem Trikot – von Real Madrid belehren lassen, dass Rubel keine Tore schießen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

MELDUNGEN

Salamitaktik für Pofallas Karriere

Berlin – Bei der Versorgung von Ex-Kanzleramtsminister Roland Pofalla (CDU) wird nun offenkundig eine Salamitaktik gefahren. Nachdem der Versuch, für ihn einen neuen Vorstandsposten als Lobbyist beim Staatsunternehmen Deutsche Bahn (DB) zu schaffen, auf Widerstand gestoßen ist, wird er nun erst einmal – laut „Focus“ spätestens am 1. Oktober – Generalbevollmächtigter der DB für Wirtschaft, Politik und Regulierung. Wenn dann am 28. Februar 2017 der Vertrag Gert Bechts ausläuft, soll, so die „Saarbrücker Zeitung“, Pofalla dessen Nachfolger als Vorstandsmitglied werden. Damit wäre 2017 dann doch erreicht, was dieses Jahr noch gescheitert ist: Angela Merkels ehemaliger Kanzleramtsminister wäre bei der DB Lobbyist im Vorstandsrang. *M.R.*

Straßenbau steckt fest

Berlin – Erst vor wenigen Wochen wurde die Bundesregierung von der EU kritisiert, weil sie zu wenig investiere. Vor allem die Infrastruktur gilt als absolut unterfinanziert. Eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hat nun ergeben, dass von dem 2003 beschlossenen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) erst Teile umgesetzt sind. Der BVWP ist Grundlage für die Erhaltung, Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und gibt angesichts erwarteter Verkehrsströme Empfehlungen für die nächsten zehn bis 15 Jahre. So wurden bis Ende 2013 erst 70 Prozent der vorgesehenen Autobahnneubauten umgesetzt. Von den 5495 Kilometern an neuen Fern- und Bundesstraßen wurden bisher erst 1840 Kilometer gebaut, was einer Umsetzung von 33 Prozent entspricht. Für den Erhalt vorhandener Straßen wurden zwischen 2001 und 2013 rund 22 Milliarden Euro ausgegeben. *Bel*

Linke Hetze siegt

Diskussion über Minderheiten verhindert

Drohungen und Diffamierungen seitens einer linksextremen Gruppe haben eine im Rahmen der Leipziger Buchmesse vorgesehene Podiumsdiskussion verhindert. Die Veranstaltung zum Thema „Der Erste Weltkrieg und die Entfesselung der Minderheitenproblematik in Ostmitteleuropa“ war für vergangenen Sonntag geplant. Als Teilnehmer hatten die Veranstalter, die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und das Deutsche Kulturforum östliches Europa, unter anderem die an der Technischen Universität Chemnitz lehrenden Historiker Frank-Lothar Kroll und Milos Reznik sowie Tobias Körfer, Vorsitzender der Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen (AGMO), eingeladen.

Bis zur Zerschlagung der Vielvölkerstaaten und der Etablierung einer Vielzahl gänzlich neu geschaffener Nationalstaaten nach 1918 lebten die Völker und vielfältigen ethnischen Gruppen im östlichen Europa für Jahrhunderte weitgehend friedlich miteinander. Was folgte, waren Spannungen zwischen der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung und den einzelnen Volksgruppen, die verschiedentlich blutig eskalierten.

Den Veranstaltern der Podiumsdiskussion ging es darum, die Entwicklung und den Stand der heutigen Problematik sowie deren historische Ursachen zu beleuchten. Vor allem aber wollten sie auf der Basis der dabei gewonnenen Erkenntnisse Lösungen für ein dauerhaftes gedeihliches Zusammenleben von Volksgruppen und Mehrheitsbevölkerungen in den europäischen Staaten aufzeigen.

> Buchmesse im Visier der »Antifa«

Dieses doch eigentlich nicht zu kritisierende, sondern im Rahmen der Völkerverständigung höchst löbliche Vorhaben rief jedoch schon im Vorfeld der Buchmesse eine Leipziger „Antifa“-Gruppe auf den Plan. Wie die AGMO mitteilte, zogen die „extrem linken Verfasser“ in einem „in bekannt hetzerischen Stil verfassten Artikel“ über verschiedene Veranstaltungen, die im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattfinden sollten, her, darunter auch die geplante Podiumsdiskussion. Die Argumentation habe, so die AGMO weiter, „jeglicher Plausibilität entbehrt“. Dennoch habe der so erzeugte politische Druck zur kurzfristigen Absage der Podiumsdiskussion geführt. *J.H.*

Voll verschaukelt

Einheitsdenkmäler in Berlin und Leipzig drohen an Kleingeistigkeit zu scheitern

Der Anlass wäre perfekt gewesen. Zum 25. Jahrestag des Mauerfalls hätten Denkmäler in Berlin und Leipzig an die deutsche Einheit erinnern sollen. Der Bundestag hatte dafür schon im Jahr 2007 grünes Licht gegeben, die Kostenfrage sowie die Standorte waren geklärt und die Siegerentwürfe präsentiert. Jetzt steht fest: Bei den Jubiläumsfeiern am 9. November dieses Jahres wird kein einziges Denkmal realisiert sein.

Wenn es darum geht, sich selbstbewusst zur jüngeren Geschichte zu bekennen, haben die Deutschen ein dauerhaftes Problem. Selbst das Feiern über ein freudiges nationales Ereignis will sich nicht so richtig einstellen. Ein identitätsstiftendes Denkmal der Deutschen scheint in Zeiten des Argwohns gegenüber allen nationalen Symbolen nicht geheuer. Man ist nur gut darin, Mahnmale zu errichten, wie zum Beispiel das Berliner Holocaust-Mahnmal. Aber bei Einheitsdenkmälern tut man sich schwer.

> Tierschutz geht vor Denkmalbau

Petitessen und Kleingeistigkeit sind es, welche die Errichtung der nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmäler in Berlin und Leipzig bis auf Sankt Nimmerlein hinaus verzögern. In Berlin sind es Fledermäuse, die einen Denkmalbau, eine begehbare Wippe, vorerst ins Kippen bringen. Die Tiere haben es sich im Inneren des Sockels, auf dem ein Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. stand, bequem gemacht. Auf dem leeren Sockel auf der Berliner Schlossfreiheit soll für zehn Millionen Euro der Wettbewerbssieger, ein Entwurf des Stuttgarter Designers Johannes Milla nach einer Idee der Berliner Choreografin Sasha Waltz, entstehen. Solange aber die Fledertiere im Sockelgewölbe leben, wird aus Tierschutzgründen nichts geschehen.

Zuletzt haben sich auch noch die Denkmalschützer eingemischt, nachdem am Sockel alte Mosaiken aus der Kaiserzeit entdeckt wurden. Nun müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Mosaiken und die Population der Fledermäuse beim neuen Denkmalbau zu erhalten. Damit verbundene drohende Kostensteigerungen könnten gleich das Ende besiegeln.

Und wenn das nicht reicht, dann könnten Sicherheitsbestimmungen das Projekt zu Fall bringen. Dem Zeitgeist geschuldet, soll das „Bürger in Bewegung“ genannte Kunstwerk wie in einem Vergnügungspark begehbar sein. Bis zu 1500 Menschen sollen auf der gebogenen Wippe Platz finden und diese durch ihre Bewegungen in Neigung bringen. An behindertengerechten Zugängen auf der abgerundeten Stahlscheibe oder Rutschgefahr bei Eisglätte im Winter haben die Planer jedoch nicht gedacht. Viele fühlen sich jetzt schon von der Einheitsschaukel verschaukelt.

> Ein Flickenteppich für Leipzig

Auch in Leipzig regt man sich über einen Siegerentwurf auf, der einen Flickenteppich von 70 000 bunten Feldern vorsieht, welcher auf die Zahl der Demonstranten anspielt, die bei den ersten Massendemonstrationen am 9. Oktober 1989 teilgenommen hatten. Bloß nicht protzig wie das Völkerschlacht-Denkmal im Süden der Stadt oder ähnliche Monumentalbauten aus der Kaiserzeit sollte es sein. Dann lieber schlicht, unscheinbar, preiswert und am besten versteckt auf einem Platz am Rand der Innenstadt, der mit den Montagsdemos nicht das Geringste zu tun hatte. Der verödete Wilhelm-Leuschner-Platz, auf dem das Denkmal entstehen soll, darf sich mit dem vom Bund mit fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellten Geldern auf eine Verschönerung freuen. Ansonsten bleiben der Ort und damit auch das Denkmal im Abseits liegen.

Nach Protesten der Bürger haben die Stadtväter den Siegerentwurf mit den bunten Feldern gestoppt und den Drittplatzierten zum Sieger gekürt. Doch vor wenigen Tagen urteilte das Oberlandesgericht Dresden: Die nachträgliche Korrektur der Gewinner ist unzulässig, wenn überhaupt ein Denkmal gebaut werden soll, dann das mit dem Flickenteppich.

Im Leipziger Stadtrat rumort es inzwischen gewaltig. Axel Dyck, Fraktionsvorsitzender der Leipziger SPD, kritisierte seinen Parteigenossen, Oberbürgermeister Jung: „Zu keinem Zeitpunkt vermitteln Sie den Eindruck, das Anliegen des Denkmals tatsächlich zur Chefsache gemacht zu haben.“ Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee fordert inzwischen einen neuen Wettbewerb. Damit wären aber neue Kosten verbunden, welche die Leipziger Denkmal-Idee wohl endgültig begraben würden. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Arzt 175 Stunden im Einsatz

Warschau – Ein Arzt im Krankenhaus der westgalizischen Stadt Neu Sandez [Nowy Sacz] in Polen war mehr als eine Woche lang rund um die Uhr im Einsatz, insgesamt 175 Stunden. Entweder hatte er Patienten behandelt oder war in Bereitschaft. Bei einer Kontrolle der polnischen Arbeitsinspektion flog die Horrorschicht auf, bei der die Sicherheit von Patienten erheblich gefährdet wurde, da der Mediziner kaum noch voll einsatzfähig gewesen sein dürfte. Experten sehen hier eine Folge der Abwanderung von Ärzten in den Westen, von der neben anderen Ländern wie Rumänien oder Bulgarien auch Polen massiv betroffen ist. *H.H.*

Hungriges Britannien

London – Der Nahrungsmangel in armen Familien wird zu einem größeren Gesundheitsproblem als Übergewicht. Dies war nur eine der erstaunlichen Informationen, die unlängst von der BBC in einer Dokumentation namens „Hungry Britain?“ präsentiert wurden. Als einer der Hauptgründe dafür, dass inzwischen hunderttausende Briten auf Nahrungsspenden von Lebensmitteltafeln angewiesen sind, gilt die Verhängung von Sanktionen durch die Sozialbehörde. Ein von der BBC gezeigtes Beispiel eines Jobcenters in Grantham/Lincolnshire legt den Verdacht nahe, dass die Streichung von Unterstützungsleistungen ganz gezielt als Mittel zum Geldsparen und weniger als Sanktion von Fehlverhalten genutzt wird. Die konservative Denkfabrik „Policy Exchange“ geht in einer Untersuchung davon aus, dass im vergangenen Jahr bei 70 000 Arbeitslosen die zeitweise Streichung der Unterstützung unfair und mit unnötigen Härten verbunden war. *N.H.*

Krim-Krise spaltet auch Russland

Pro-Ukraine- und Pro-Russland-Demonstranten stehen sich gegenüber – Regierung setzt auf mehr Zensur

Mit der Annexion der Krim wird Russland vordergründig zwar einen geopolitischen Sieg gegenüber dem Nato-Bündnis erzielen, die langfristigen Folgen dürften jedoch kaum im Interesse Moskaus liegen: Trotz der großen Zustimmung für Wladimir Putin demonstrierten voriges Wochenende Zehntausende gegen die russische Krimpolitik. Es droht eine tiefe Spaltung der Bevölkerung, gegen die eine Verschärfung der Zensur wirkungslos ist.

Den bestellten Großdemonstrationen von der Regierungspartei „Einiges Russland“, von Betrieben und Gewerkschaften in Moskau und anderen Großstädten des Landes, an denen Zehntausende teilnahmen, stand eine ebenso große Zahl von Teilnehmern an der „Friedensdemonstration“, überwiegend Unterstützern der neuen ukrainischen Regierung, gegenüber. In Moskau sollen es bis zu 70 000 gewesen sein. Solche Massenkundgebungen hatte es seit den Anti-Putin-Protesten 2012 nicht mehr gegeben. Mit einer solch hohen Zahl von Gegnern hatte die Regierung offenbar nicht gerechnet, denn schon während der Olympischen Winterspiele in Sotschi und dem Beginn der Majdan-Proteste in Kiew war die Pressefreiheit weiter eingeschränkt worden. Der kritische TV-Sender „Doschd“ wurde ohne Angabe von Gründen abgeschaltet, die Nachrichtenagentur „rianovosti“ in ein Propagandainstrument umfunktioniert, und bei führenden Magazinen rollten Köpfe. Während die Welt auf Sotschi und die Entwicklung in der Ukraine schaute, wurden in Russland von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet Putin-Gegner zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, anderen elektronische Fußfesseln angelegt.

Auch aktuell setzt die Regierung wieder auf das Mittel der Zensur und Druck von oben. Die Internetseiten von Oppositionsführer Nawalnyj, das Portal „Grani“ und Kasparows Seite wurden abgeschaltet. Gegen diese Vorgehensweise regt sich Widerstand im Internet, der letzten Bastion der freien Meinungsäußerung. Kommentare auf Facebook und anderen Portalen zeugen von der gespaltenen Stimmung im Lande. Die Internetgemeinde hilft sich mit Anleitungen, wie man die Inhalte gesperrter Seiten wieder sichtbar machen kann.

So erklärt sich die laut Umfragen hohe Zustimmung von zirka 70 Prozent für Putin damit, dass Menschen, deren einzige Informationsquelle das staatliche Fernsehen oder regionale Tageszeitungen sind, gezielt manipuliert und desinformiert werden. Doch die Umfragewerte können nicht über die Zerrissenheit der Russen zum Thema Ukraine hinwegtäuschen.

Was bislang keinen Politiker zu kümmern scheint, ist, dass die Spaltung der Ukraine auch eine zutiefst menschliche Dimension beinhaltet: Viele Russen haben Verwandte in den verschiedensten Regionen der Ukraine. In Kiew entstand im 9. Jahrhundert die „Kiewer Rus“, die als Wiege Russlands gilt. Durch den von außen geschürten Hass gehen plötzlich Freundschaften in die Brüche, Familien fallen auseinander, niemand hört den Argumenten seines Gegenübers mehr zu. Darüber ist die Mehrheit der russischen Bevölkerung sehr verunsichert. Sie betrachtet die Ukrainer als Brudervolk, gegen das man keinen Krieg führen darf. Auch im fernen Königsberg gab es auf dem Hansaplatz eine Demonstration, an der sich neben Vertretern von Parteien und Gewerkschaften auch Unterstützer der neuen ukrainischen Regierung beteiligten. Fast jeder im Königsberger Gebiet hat enge Verwandte, Freunde, Kollegen oder Bekannte in der Ukraine, um die sie sich Sorgen machen. Während der Maidan-Kämpfe führten sie ständig Telefonate.



„Kein Krieg“, „Keine Nato-Paraden“: Pro-Russland-Demonstration, hier in Königsberg

Russen schämen sich für die Grobheit ihrer Regierung

Die Russen fühlen sich für das aggressive Vorgehen ihrer Regierung verantwortlich, Nach der Friedensdemonstration richteten deren Organisatoren, zu denen neben Künstlern auch Vertreter kleinerer Parteien zählen, eine Petition an Putin, in der sie die Mitbürger auffordern, nicht der „pseudopatriotischen Hysterie zu verfallen, sondern selbst kritisch zu denken.“ An die Ukrainer gerichtet heißt es: „Es schmerzt uns und wir schämen uns dafür, dass die Regierung in unserem Namen die schwierige innere Situation der Ukraine zur groben Einmischung und dem Versuch, ein unabhängiges Land zu spalten, ausnutzt.“ Irina Prochorowa, Chefin der Partei Bürgerplattform, sagte: „Die Situation in der Ukraine ist wirklich sehr widersprüchlich, aber es ist schrecklich, die niedersten Gefühle der Menschen zu schüren, den Hass gegenüber einem Brudervolk.“

Ein Pro-Russland-Aktivist argumentiert: „Die Europäer behaupten, dass sie sich um die Demokratie in der Ukraine sorgen. Europa sieht nur, was ihm gefällt. Dass die neue ukrainische Regierung mit Hilfe von Rechtsradikalen an die Macht gekommen ist, stört sie nicht. Aber mal ehrlich, wem geht es denn besser nach dem EU-Beitritt? Bulgarien? Rumänien? Selbst die Letten stöhnen bis zum heutigen Tag.“

Ähnlich zerrissen beurteilen auch im Ausland lebende Russen die Situation. Nikolaj Bardun, ein IT-Spezialist, der seit Ende der 90er Jahre in Finnland lebt, fühlt sich verantwortlich für das Blutvergießen auf dem Maidan. Seine Firma hatte 2012 ein elektronisches Wahlsystem an Kiew verkauft, mit dem Ziel, die Wahl transparenter zu machen. Die aktuelle Entwicklung beunruhigt ihn so sehr, dass er auf die Krim reiste, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen und zu sehen, ob er vermitteln kann. Er sei kein politischer Mensch, sagt er von sich selbst.

Sergej Timofejew, ein in Lübeck tätiger Spediteur, betrachtet das Geschehen weniger emotional. „Die Krim war eigentlich schon immer russisch. Wen wundert's, dass sie jetzt lieber zu Russland wollen. Aber es ist eigentlich ein Kampf zwischen Russland und dem Westen. Den Politikern geht es um Macht und Einfluss. Die Menschen auf der Krim oder in der Ukraine sind denen doch völlig egal.“

Tatsächlich weist der Umgang der Gegenspieler USA, EU und Russland mit der Situation in der Ukraine und auf der Krim ein hohes Maß an Selbstüberschätzung und Hochmut gegenüber Bevölkerungen auf. Die Unzufriedenheit hierüber könnte eine Eigendynamik entwickeln, die nicht nur Russland gefährlich werden, sondern die bestehende Weltordnung in erheblichem Maße verändern könnte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Gefahr aus Danzig

Warnung vor Unfall in polnischem AKW

Die weitverbreiteten Sorgen wegen des Kernkraftwerkes, das unweit von Danzig bis 2024 errichtet werden soll, haben durch ein Gutachten der Universität Wien neue Nahrung erhalten. Meteorologen haben im Auftrag von Greenpeace detailliert untersucht, welche Folgen ein schwerer Unfall in dem Kraftwerk haben könnte. Das Fazit: Dann würde bei ungünstiger Wetterlage drohen, dass radioaktive Substanzen große Teile Deutschlands unbewohnbar machen. Schwer treffen könnte es insbesondere die Region um Berlin. Die Danziger Anlage soll leistungsstärker sein als die deutschen Atomkraftwerke, der Standort liegt zudem nur etwa 400 Kilometer Luftlinie von Berlin entfernt. So hatte eines der errechneten Szenarien zum Ergebnis, dass die Hauptstadtregion komplett verseucht wäre und die Menschen umgesiedelt werden müssten.

Forderungen von Greenpeace, der Bund und die Bundesländer sollten den polnischen Plänen entschiedener entgegentreten, drohen vor allem Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in eine Zwickmühle zu bringen. Dieser ist der neue Polenbeauftragte der Bundesregierung, von dem eigentlich erwartet wird, für möglichst harmonische Beziehungen zu Warschau zu sorgen. Auf der anderen Seite wächst in Berlin und Brandenburg der Druck auf die Politik, etwas gegen Warschauer Pläne zu unternehmen. Bereits Ende 2011 hatte das Potsdamer Umweltministerium im Rahmen einer nach EU-Recht durchgeführten „Strategischen Umweltprüfung“ starke Sicherheitsbedenken gegenüber den polnischen Nuklearplänen angemeldet. Eine Bürgerinitiative aus der Uckermark hat der polnischen Botschaft in Berlin zudem 20 000 Unterschriften übergeben. Im Berliner Abgeordnetenhaus kam Anfang 2012 sogar ein fraktionsübergreifender Beschluss zustande, mit dem der Senat aufgefordert wurde, den polnischen Behörden ins Gewissen zu reden. Auf ein Schreiben, das Umweltsenator Michael Müller (SPD) an die Kernkraft-Bevollmächtigte im polnischen Wirtschaftsministerium geschickt hat, soll nach Angaben aus der Grünenfraktion der Senat allerdings nie eine Antwort erhalten haben. Unbeeindruckt von deutschen Bedenken hat der polnische Ministerrat bereits im Januar sein „Nationales Kernenergieprogramm“ verabschiedet. *H.M.*

Gutachten: Berlin wäre unbewohnbar

Der Westen und die »guten« Nazis

Gefahr durch rechtsextreme Kräfte in der Ukraine wird sträflich verharmlost

Während man in Deutschland im „Kampf gegen Rechts“ sprichwörtlich jeden Kieselstein umdreht, um echte oder vermeintliche Neonazis aufzuspüren, gelten im Fall der Ukraine völlig andere Maßstäbe. Politiker und Medien üben sich mit Blick auf das, was in Kiew vorgeht, in Verharmlosen und Wegschauen. Anders als es so manches deutsche „Qualitätsmedium“ darstellt, sind die rechtsextremen Kräfte nämlich weder marginal noch „politisch eingebunden“. Die Swoboda-Partei – Partner von NPD und British National Party – konnte sich in Kiew gefährlich viel Macht sichern. Parteichef Oleg Tjagnibok, der vom Wiesenthal-Center noch im Jahr 2012 auf Platz 5 seiner „Liste judenfeindlicher Verunglimpfungen“ geführt wurde, ist im Übergangskabinett zum Vize-Premier avanciert. Dazu stellt Swoboda auch noch vier Minister: für Bildung, Landwirtschaft und Umwelt sowie – besonders brisant – mit Ihor Tenyukh auch für das Verteidigungsressort. Als brandgefährlich könnte sich zudem erweisen, dass Swoboda mit Oleh Makhnitsky auch den neuen Generalstaatsanwalt stellt.

Dabei scheinen Tjagnibok und seine Swoboda sogar noch die harmlosesten Vertreter im Lager der Ultranationalisten zu sein. Als noch weitaus gefährlicher könnten sich der Anführer des berüchtigten „Rechten Sektors“, Dmitri Jarosch, und Andrij Parubij von der militanten „Samoobrona“ (Selbstverteidigung), erweisen. Sie waren es, die Ende Februar mit ihren paramilitärischen Schlägertrupps tatsächlich den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch durchgesetzt haben und den vom deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit ausgehandelten Vertrag in Makulatur verwandelten.

Parubij ist gleichzeitig das beste Beispiel dafür, was von dem Argument zu halten ist, in Kiew habe der gemäßigte Block der „Gasprinzessin“ Julia Timoschenko weitgehend die Kontrolle übernommen. Zwar ist Parubij Mitglied in Timoschenkos Vaterlands-Partei, trotzdem gilt er als radikaler Scharfmacher. So war er Mitbegründer der Sozial-Nationalen Partei der Ukraine, des Vorläufers von Swoboda. Als inoffizieller „Kommandeur des Maidan“ hat er eng mit dem Führer des „Rechten Sektors“ zusammengearbeitet. Zum Chef des nationalen Sicherheitsrates aufgestiegen, scheint Parubij ganz gezielt die Konfrontation mit Russland zuspitzen zu wollen, um die EU und die USA zu einem stärkeren Engagement zu zwingen. Abgerundet wird die in Kiew errungene Macht noch dadurch, dass zehn der 21 neu eingesetzten Regionalverwaltungschefs auch Ultranationalisten verschiedener Organisationen sind.

Nicht nur mit Blick darauf, dass es den Extremisten gelungen ist, die Posten des Verteidigungsministers, des Chefs des Sicherheitsrates und des Generalstaatsanwalts zu besetzen, wäre Europa gut beraten, die Vorgänge in der Ukraine nicht als Kreml-Propaganda abzutun. Tatsächlich drängt sich nämlich bei den aktuellen Vorgängen in der Ukraine ein Vergleich mit der „Machtergreifung“ der deutschen Nationalsozialisten geradezu auf. War im Frühjahr 1933 das Argument zu hören, Adolf Hitler und Konsorten würden im Kabinett von Konservativen „eingerahmt“, quasi gebändigt, so ist nun beschwichtigend davon die Rede, mit der Regierungsbildung in Kiew wären die radikalen Kräfte „eingebunden“ worden. An das Zustandekommen des „Ermächtigungsgesetzes“ erinnert, was sich in Kiew rund um die Bildung der Übergangsregierung abgespielt hat. Abgeordnete wurden vor laufenden Kameras zusammengeschlagen oder sie wurden nachts von einem Mob heimgesucht, der forderte, Frau und Kinder der Abgeordneten „kennenlernen“ zu wollen. Nimmt man diese Vorgänge nicht zur Kenntnis, dann bleibt am Ende nur, wie die linksliberale „Zeit“ leicht verwundert festzustellen, dass „selbst ein großer Teil der Partei der Regionen des gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch für die neue Regierung stimmte“. Wenig überraschen kann da noch, das inzwischen in Kiew gefordert wird, die Partei der Regionen ganz einfach zu verbieten.

Ähnlich wie 1933: »Einbindung« ist eine Illusion

Ins Bild passt ebenso, dass Kiew paramilitärische Schlägertruppen zum Bestandteil der staatlichen Sicherheitsstruktur machen will. Teil der neu formierten ukrainischen Nationalgarde mit 20 000 Mann sollen die sogenannten Selbstverteidigungskräfte der Maidan-Bewegung werden. Damit werden der „Rechte Sektor“ und die „Samoobrona“ künftig im staatlichen Auftrag unterwegs sein. Insgesamt lässt diese Machtkonstellation für die kommenden Wahlen das Schlimmste befürchten. Hochgradig naiv ist die Annahme, dass die schwer bewaffneten und gut organisierten Radikalen nach der Wahl am 25. Mai eine Niederlage akzeptieren und die einmal errungene Macht einfach wieder aus der Hand geben werden. *Norman Hanert*

Ursachen der Zinskrise verschwiegen

Verluste der Versicherer sollen »gerechter« auf Kunden verteilt werden – aber wer ist schuld an den Miesen?

Die Krise der Lebensversicherer soll auf dem Rücken der Versicherten bewältigt werden. Die politische Verantwortlichkeit für diese Krise wird schamhaft ausgeblendet. Stattdessen sollen nun Einbußen „gerechter" verteilt werden, die es ohne die politischen Fehlentscheidungen gar nicht gegeben hätte.

Nun also plant Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), den Lebensversicherern zu Hilfe zu eilen. Die zunehmend niedrigeren Zinsen machen es denen immer schwerer, hohen Zinsverpflichtungen aus der Vergangenheit nachzukommen. Dass die Kunden darunter leiden werden, indem sie spürbar weniger ausbezahlt bekommen als einst vorhergesagt, scheint unabwendbar.

Der Finanzminister will die Einbußen nun aber wenigstens gerechter verteilen. Damit künftige Auszahlungskandidaten nicht völlig unter die Räder kommen, sollen bereits heute zur Auszahlung anstehende Policen schlechter gestellt werden als erwartet. Dafür will Berlin die Auszahlungsmodalitäten bei den „Bewertungsreserven" ändern (Was das konkret bedeutet: siehe Beitrag unten).

Von den Medien wird der Schritt überwiegend begrüßt. Die „Zeit" trifft den allgemeinen Tenor: Schäubles Schritt sei ein „gerechter Raubzug", denn er verhindere, dass alle Lasten der Ertragskrise bei den Versicherungen auf spätere Generationen abgewälzt würden, während die jetzige ungeschoren bliebe.

An sich betrachtet ist diese Sicht unabweisbar. Sie blendet jedoch die Fehlentscheidungen aus, aus denen diese Schieflage zulasten von Millionen Versicherten überhaupt erst entstanden ist – und damit auch die dafür politisch Verantwortlichen.

Kein Volkswirt bestreitet ernsthaft, dass das derzeitige Zinsniveau für die deutsche Wirtschaft viel zu niedrig ist. Die Faustregel gilt: Je höher Wirtschaftswachstum und Inflation, desto höher muss auch das Zinsniveau sein. Bei höherem Wirtschaftswachstum steigt die Neigung, leichtfertig Geld auszugeben, weil der Glaube verbreitet ist, dass jedes investierte Kapital mehrfach zurückkommt – wegen der Vermutung, dass es bestimmt noch weiter aufwärts geht. Das provoziert übermütige Fehlinvestitionen. Um diese zu bremsen, werden die Zinsen, ausgehend vom Leitzins der Zentralbank, angehoben, um Kredite teurer zu machen und die Übermütigen so vom leichtfertigen Geldausgeben abzuhalten.

Bei hoher Inflation ist es zudem angezeigt, den Geldwertverlust auszugleichen durch höhere Zinsen, um die Sparneigung zu erhöhen. Denn: Ein starker Preisanstieg am Markt ist auch die Folge davon, dass zu viel Geld im Markt ist, das ausgegeben werden will. Hohe Zinsen verlocken zum Sparen statt zum Ausgeben, senken also die Nachfrage und wirken damit dämpfend auf die Preis-Inflation.

Ist hingegen die Nachfrage lau und das Wachstum gering, sind niedrige Zinsen das Mittel, welches das Investieren und Kreditaufnehmen beflügelt.

Guthaben schrumpfen, weil Südländer billigen Kredit benötigen

In Deutschland ist die Nachfrage verhalten schwunghaft, das Wirtschaftswachstum moderat gut. Dennoch liegt der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einem historischen Rekordtief bei nahe Null. Damit sind die Zinsen für Deutschland viel zu niedrig.

Grund dafür ist, dass sich die kriselnden Südländer der Euro-Zone in einer ganz anderen Wirklichkeit befinden als die Deutschen: Dort ist die Nachfrage seit Jahren eingebrochen. Das Wirtschaftswachstum scheint erst in jüngerer Zeit Fuß zu fassen, wobei noch gar nicht zu beurteilen ist, ob es sich wirklich um eine Wende zum Besseren oder bloß um ein Zwischenhoch handelt.

Sowohl für die strauchelnde Wirtschaft als auch für die hochverschuldeten Staaten Südeuropas wie für die klammen Privathaushalte ist es daher wichtig, dass die Zinsen niedrig sind. Denn nur so können sich die Staaten billig verschulden und kommen Private wie Unternehmen günstig an Kredite, um wieder investieren zu können.

Das ist die positive Sicht auf das „billige Geld". Die negative lautet: Mit den Niedrigzinsen können die Südeuropäer wieder in der Weise konsumieren und Schulden machen wie zu jener Zeit, als sie durch leichtfertiges Geldausgeben die heutige Krise losgetreten haben. Die dringend notwendigen Strukturreformen bleiben so auf der Strecke, weil sie zu anstrengend sind und zu unpopulär und weil es eben bequemer ist, die alten, falschen Pfade weiter zu gehen, so lange man dafür billige Kredite bekommt.

Wegen der Währungsunion hat das direkte Auswirkungen auf die Deutschen: Hierzulande nämlich verlieren Sparguthaben und Lebensversicherungen stetig (und auf lange Sicht dramatisch) an Wert, damit der Süden billiger Schulden machen kann. Auf diese Weise findet eine gewaltige Verschiebung von Kapital aus Deutschland in die „Euro-Krisenländer" statt – und zwar nicht aus irgendwelchen Staatssäckeln, sondern direkt aus der Privatbörse der einfachen Deutschen.

Statt das offen zu beanstanden, wird in Berlin lediglich darüber nachgedacht, wie man die entstehenden Verluste „gerechter" auf die leidtragenden Deutschen verteilen kann. Diese Schamhaftigkeit hat ihren Grund: Wer zur eigentlichen Frage vorstößt, landet schnell beim grundlegenden Konstruktionsfehler der Währungsunion an sich. Nämlich, dass hier Länder mit völlig unterschiedlicher Wirtschaftsstärke und -entwicklung unter ein gemeinsames Zinsdiktat gezwungen wurden. Daraus erst sind jene Verwerfungen entstanden, die nun über den gigantischen Geldtransfer „ausgeglichen" werden.

Unter einer eigenen Währung oder einem „Nord-Euro" mit vergleichbar starken Volkswirtschaften stellte sich das derzeitige Zinsproblem überhaupt nicht. Daher gäbe es auch keine Verluste, die unter den Versicherten verteilt werden müssten. Doch genau darüber möchte Berlin auf keinen Fall diskutieren. Daher wird die Zinskrise wie etwas Gottgegebenes dargestellt, auf das nun einmal irgendwie zu reagieren sei. *Hans Heckel*



Kundengelder durch den Reißwolf geschickt: Versicherer kürzen Gewinne Bild: pa

MELDUNGEN

Männer machen mehr Gewinn

Stockholm – Mit einer breit angelegten Untersuchung von 125 000 Unternehmen wollte die Vorsitzende des schwedischen Unternehmerverbandes, Elisabeth Thand Ringquist, nachweisen lassen, dass von Frauen geführte Unternehmen mehr Umsatzrendite erwirtschaften als männlich geführte. Herausgekommen ist das Gegenteil: Während die weiblich geführten Betriebe im Schnitt sieben Prozent Rendite erbringen, sind es bei von Männern geleiteten 8,4 Prozent, ein Fünftel mehr. Thand Ringquist ringt nun um Begründungen, hat aber noch nichts Greifbares anzubieten. *H.H.*

Coeuré will deutsches Geld

Paris/Frankfurt – Der Vertreter der französischen Notenbank im EZB-Direktorium, Benoît Coeuré, dringt erneut auf die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Fonds zur Bankenabwicklung. Über einen solchen Fonds sollen deutsche Steuerzahler auch für die Verluste mit einstehen, welche durch die Abwicklung bankrotter Banken in anderen Euro-Staaten entstehen. *H.H.*

Zypern: Zweite Enteignung?

Nikosia – Zyperns Präsident Nikos Anastasiadis hat gegenüber der „FAZ" eingeräumt, dass die Banken seines Landes trotz ausländischer, vor allem deutscher Milliardenhilfe und der Teilenteignung von Sparern weiter massiv unter Druck stünden. Rund die Hälfte der Kredite sei notleidend, eine gigantische Zahl. Er hofft, dass sich die Euro-Partner zu weiteren Milliardenleistungen bereitfinden für die zypriotischen Banken. Zugleich sprach er die Möglichkeit einer weiteren Sparer-Enteignung an, um die Löcher der Geldhäuser zu stopfen. *H.H.*

Niedrigzins soll alle belasten

Lebensversicherungen: Bewertungsreserven neu umverteilen

Die Versicherten werden geschröpft, so der Tenor zu den von der Bundesregierung geplanten Änderungen in Bezug auf Lebensversicherungen. Vor allem rund um das Thema Bewertungsreserven gibt es Widerstand, so dass die bereits von Schwarz-Gelb angedachten Anpassungen im letzten Jahr nicht beschlossen werden konnten. Doch um was geht es da eigentlich?

Bewertungsreserven, auch stille Reserven genannt, bildet eine Versicherung, wenn sie eine Aktie, aber auch eine festverzinsliche Anleihe, die das Unternehmen vor Jahren als Geldanlage gekauft hat und die jetzt in ihrem Bestand ist, derzeit zu einem höheren Wert verkaufen könnte. Die Differenz zwischen dem einst bezahlten Betrag und dem heute theoretisch zu erzielenden Wert wird als stille Reserve verbucht. Doch diesen Wert gibt es nur auf dem Papier, denn so lange der dazugehörige Wert nicht verkauft wird, gibt es diesen Gewinn auch nicht wirklich. Trotzdem müssen die Versicherer aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das damals die heutige Niedrigzinsphase nicht hat vorhersehen können, seit 2008 die Hälfte dieser Bewertungsreserve an Kunden, die ihren Vertrag kündigen oder deren Vertrag regulär ausläuft, auszahlen.

Derzeit sind die Bewertungsreserven sehr hoch, da die Versicherer, die langfristig planen, noch viele alte Anleihen im Bestand haben, die aus einer Zeit stammen, wo es noch fünf, sechs oder sieben Prozent Zinsen gab. Diese Anlagen sind in der jetzigen Niedrigzinsphase, in der schon 1,5 Prozent Zinsen als viel zu betrachten sind, sehr begehrt und wären für einen Kurs von weit über 100 Prozent des Nennwertes zu verkaufen, obwohl sie bei Fälligkeit nur zu 100 Prozent zurückbezahlt werden. Von diesem theoretischen Mehrwert erhält der scheidende Lebensversicherungskunde 50 Prozent. Das ist für ihn gut, aber für die verbleibenden Versicherten schlecht. Denn die Versicherung kann dieses Geld nur aufbringen, indem sie die entsprechenden Werte verkauft oder das Geld anderswoher nimmt.

Bisherige Regelung belastet die Mehrheit der Versicherten

Ersteres würde die künftigen Einnahmen schmälern, denn so einen traumhaften Zins kann man am derzeitigen Markt mit risikofreien Anlagen nicht erzielen. Stattdessen müsste die Versicherung das nicht ausgezahlte Geld in eine Anlage investieren, die nur ein oder 1,5 Prozent Zinsen erbringt, was auch zu Lasten der Rendite der verbliebenen Versicherten geht. Um das zu verhindern, wird auf einen Verkauf verzichtet und das Geld aus den Rücklagen genommen. Doch diese schmelzen in der Niedrigzinsphase aufgrund zugesagter Garantiezinsen an die Kunden schneller dahin als Eis in der Sonne.

Es sei „ungerecht und falsch", wenn 19 Kunden weniger Geld erwarten müssen, damit der 20. heute mehr bekomme, klagt der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, Alexander Ermland. „Das Bundesfinanzministerium strebt eine langfristige und umfassende Stabilisierung der Lebensversicherungen an", so Staatssekretär Michael Meister (CDU). Um einen „fairen Ausgleich" zwischen den Versicherten zu erreichen, soll künftig weniger als die Hälfte der Bewertungsreserve ausgezahlt werden. *Bel*

Zusammengeschustert

EZB-Bankenaufsicht nicht einsatzbereit – Bilanzprüfungen ausgelagert

Derzeit laufen als Vorbereitung auf den Banken-Stresstest Bilanzprüfungen bei 128 europäischen Großbanken. Offiziell ist die Europäische Zentralbank (EZB) hierfür zuständig. Sie soll ab 1. November die Bankenaufsicht für jene vorab ausgewählten Kreditinstitute übernehmen. Da die Banken-Krise das Versagen der nationalen Bankaufsichtsbehörden offenbart hat, hatten sich die EU-Regierungschefs darauf geeinigt, der EZB als Hüterin der Gemeinschaftswährung Euro diese Aufgabe zu übertragen, in der Hoffnung, so nicht nur die Kriterien der Prüfung zu vereinheitlichen, sondern auch die Qualität zu erhöhen.

Allerdings ist der hierfür neu zu errichtende Einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) weit davon entfernt, die volle Arbeit aufzunehmen. Erst Ende letzten Jahres konnten sich die EU-Regierungschefs auf die französische Bankenaufsichtschefin Danièle Nouy als Leiterin des Bereiches einigen. Im Januar wurden dann die vier Generaldirektoren der Unterabteilungen benannt. Von den 1000 Mitarbeiterin, die der SSM erhalten soll, sind derzeit erst knapp 300 eingestellt.

„Bankenaufseher wachsen nicht auf Bäumen", hat EZB-Vize-Chefin Sabine Lautenschläger den Personalmangel erklärt. Und tatsächlich hat der SSM ein beachtliches Problem. Da nach der Banken-Krise die Großbanken selbst deutlich ihren Personalbestand im Bereich Risikomanagement erhöht haben, ist der Arbeitsmarkt für Experten nahezu leergefegt. Da die EZB zudem viel weniger bezahlt als Privatbanken und auch die Steuerprivilegien als Angestellter einer EU-Institution, die die EZB ja ist, das Gehalt nicht wesentlich attraktiver werden lassen, kommen überwiegend Mitarbeiter der nationalen Bankenaufsichtbehörden infrage, doch genau diesen soll wegen der gemachten Fehler die Aufgabe eigentlich entzogen werden.

Prüfer waren zum Teil vorab bei Banken engagiert

Der Personalmangel ist Grund dafür, dass die EZB die Bilanzprüfungen überwiegend ausgelagert hat. Derzeit sind Mitarbeiter privater Unternehmen in den Banken unterwegs und blicken in deren Bücher. „Es ist, als würde ein Trupp Rettungssanitäter schon mal mit der Operation am offenen Herzen anfangen, weil das Ärzteteam noch fehlt", kritisierte der „Spiegel" diesen Ablauf scharf. Und tatsächlich wirkt alles ziemlich zusammengeschustert. Die Auslagerung der Aufgaben hat auch bereits für Unmut gesorgt, da einige der engagierten Firmen – wie auch einige der neuen SSM-Mitarbeiter – schon bei Großbanken tätig waren, dort zum Teil selbst Risikomodelle entwickelt haben, die sie nun überprüfen sollen. Im Falle der Unternehmensberatung Oliver Wyman betont die EZB aber, diese sei nur im Hintergrund beratend tätig.

Immerhin erhielten die Prüfer inzwischen von der EZB ein 300 Seiten dickes Handbuch, in dem vereinheitlichte Vorgaben stehen. Es gilt risikoreiche Anlagen der Großbanken im Wert von 3,72 Billionen Euro auf die Wahrscheinlichkeit der Rückzalung hin zu bewerten. Jene Banken, die im Verhältnis zum Eigenkapital zu viele faule Kredite und toxische Wertpapiere haben, müssen dann wohl gerettet oder abgewickelt werden. Über das Wie streiten derzeit noch die EU-Regierungschefs *Bel*

Wider den Strich

Von Manuel Ruoff

Nun wird groß darüber diskutiert, wie die Abhängigkeit vom russischen Gas vermindert werden kann. Es muss allerdings die ketzerische Frage erlaubt sein, ob das überhaupt wünschenswert ist. Abhängig von ihren ehemaligen Besatzungsmächten ist die Bundesrepublik bereits genug. Da kann etwas Abhängigkeit von deren Widerpart im Osten als Kompensation nicht schaden, damit die Republik nicht nur noch im Fahrwasser der Westmächte fährt.

Des Weiteren ist festzustellen, dass einerseits ein möglicher Wirtschaftskrieg so oder so schwerwiegende Folgen für die Handelsnation Deutschland in ihrer Mittellage hätte und andererseits die Gefahr eines Wirtschaftskrieges derzeit eher vom Westen als vom Osten ausgeht.

Angesichts dessen stellt sich doch die Frage, ob ein friedliebender Deutscher, der einerseits so viel Unabhängigkeit wie möglich für sein Land sowie andererseits keinen Krieg – auch keinen Wirtschaftskrieg – will, sich nicht eine möglichst große Abhängigkeit der Bundesrepublik vom russischen Gas wünschen muss, auf dass die Bundesregierung das Land eben nicht so ohne Weiteres in die Reihen des sanktionslüsternen Westen eingliedern kann.

Hauptsache billig?

Von Jan Heitmann

Seit Jahresbeginn purzeln bei Deutschlands größtem Lebensmittel-Billighändler die Preise, seit vergangenem Wochenende sogar für Fleisch und Wurst. Dabei geht die allgemeine Tendenz wegen der gestiegenen Nachfrage auf dem Weltmarkt in die entgegengesetzte Richtung. Jedes Unternehmen will sich mit einer geschickten Preispolitik am Markt gegen die Konkurrenz durchsetzen und mit dem Verkauf seiner Produkte Gewinn erwirtschaften. Das ist ebenso selbstverständlich wie legitim. Deshalb kann niemand ihm einen Vorwurf machen, wenn es aufgrund günstiger Einkaufspreise die Verkaufspreise senkt. Und wenn der Marktführer auf breiter Front die Preise senkt, gerät die Konkurrenz unter Druck und muss irgendwann nachziehen.

Doch des Verbrauchers verständliche Freud ist des Erzeugers Leid. Denn wenn die Landwirte wegen dieses Preiskampfes weniger Geld für ihre Erzeugnisse bekommen, sind sie irgendwann gezwungen, an der Qualität zu sparen. Die Schuld daran tragen jedoch nicht allein die Händler, sondern auch die Verbraucher, die den Wert qualitativ hochwertiger Lebensmittel nicht mehr zu schätzen wissen. Wird dann aber ein Lebensmittelskandal aufgedeckt, ist das Geschrei groß und alle geloben, fortan nur noch „bio“ und teuer zu kaufen. Doch schon nach kurzer Zeit heißt es wieder: Hauptsache billig.

Das hat noch einen anderen Negativeffekt: Mancher kauft lieber viel beim Billighändler als weniger, aber qualitativ besser und dafür teurer beim Einzelhändler. Den nicht benötigten Rest wirft er gedankenlos weg. Hauptsache billig? Nein, Hauptsache verantwortungsbewusst.

Ein einziger Irrwitz

Von Hans Heckel

Neben dem Einstieg von Gazprom bei der deutschen Wintershall (siehe S. 5) wurde dieser Tage noch ein weiterer gigantischer Handel zwischen Deutschen und Russen im Energiesektor bekannt: RWE verkauft seine Öl- und Gasfördertochter Dea an den Investmentfonds LetterOne in Luxemburg, an dem der russische Milliardär Michail Fridman beteiligt ist.

Der Dea-Verkauf ist nicht nur vor dem Hintergrund der Sanktionsdrohungen gegen Moskau eine politische Delikatesse. RWE benötigt die 5,1 Milliarden Euro für die Dea, um Verluste auszugleichen, die durch die deutsche Energiewende entstanden sind. Das ist ein bitterer Treppenwitz, in dem sich zeigt, welcher Irrsinn mit jener „Wende“ angerichtet worden ist.

Laut politischer Propaganda sollte die „Energiewende“ den Planeten vor der „Klimakatastrophe“ retten helfen und hunderttausende neue Abreitplätze schaffen. Die These vom menschengemachten „Klimawandel“ ist nach dem Ausbleiben der „Erderwärmung“ in den vergangenen 16 Jahren umstrittener denn je. Die neuen Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo sie massiv subventioniert werden, und zudem meist im Ausland – chinesische Solarpanele beherrschen den deutschen Markt.

> »Energiewende«: Jetzt haben die Russen auch Dea

Überdies wurde versprochen, dass uns der abrupte Übergang zu den „Erneuerbaren“ in Energiefragen unabhängiger mache von ausländischem Einfluss. Nun verkehrt sich auch dieses letzte Argument in sein genaues Gegenteil.

RWE hat im Jahre 2013 mit drei Milliarden Euro den höchsten Verlust seit mehr als 60 Jahren eingefahren. Grund: Durch die „Energiewende“ hat Ökostrom aus Sonne, Wasser oder Biogas stets Vorrang vor Strom aus Gas, Kohle oder Kernkraft. Sonne und Wind sind aber nicht grundlastfähig, speisen nämlich nur Strom ein, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint.

Damit es in dunklen, windstillen Phasen nicht zum Stromausfall kommt, müssen Unternehmen wie RWE ihre konventionellen Kraftwerke dauernd in Bereitschaft halten. Geld verdienen sie aber nur in den Ökostrom-armen Phasen, während die Kosten für den Unterhalt der Kraftwerke dauernd anfallen.

Resultat sind jene riesigen Verluste, die RWE nun damit ausgleichen muss, dass sie ihre Öl- und Gasfördertochter an einen ausländischen Fonds verkauft. Dea ist an 190 Öl- und Gasförderlizenzen in Europa, Nahost und Nordafrika beteiligt, die nun in russische Hände übergehen.

In Berlin wird derzeit daran herum gewerkelt, wie man die „Energiewende“ noch zum „Erfolg“ machen könne. Man kann nur antworten: Lasst es, sagt den ganzen Wahnsinn endlich ab und gebt zu, dass ihr euch auf Kosten eures Landes entsetzlich verrannt habt.



Wo die Vernunft in Rauch aufgeht: Windrad im Bördekreis in Sachsen-Anhalt brennt nach einem Gewitter lichterloh

Bild: pa

Gastbeitrag



Gottlöwenzahnblümchen

Von Lena Kornyeyeva

Vor langer Zeit, als die Winter noch kalt und die Sommer warm waren, als der Medien-Müll noch nicht über das Land gekommen war, haben Menschen Bücher gelesen, nicht zuletzt im Osten Europas. Auch wenn Putin heute wie ein Herrscher im Stil der alten Sowjetunion auftritt – seit 1990 haben sich die Gesellschaften in den Ländern der ehemaligen UdSSR dramatisch verändert. Neben neue Möglichkeiten trat auch ein bis heute weitgehend unbemerkter Verlust: die zunehmende Sprachlosigkeit der Intellektuellen.

Zum festen Inventar der UdSSR gehörten einst die Dissidenten. Ein damals gebräuchliches Wort war „Inakomislie“, was so viel wie „Andersdenken“ bedeutete. Andersdenkende waren in der UdSSR wahrlich nicht zu beneiden. Die Macht steckte sie in Gefängnisse, nahm ihnen die Arbeitsplätze und die Bürgerrechte. Dennoch gab es stets gut ausgebildete, kluge Menschen, die über die Schwächen und die Fehler des Systems dachten, sprachen und schrieben. Jahre sind inzwischen vergangen und im Februar veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ein Gespräch mit vier bekannten ukrainischen Schriftstellern, die an den Main gekommen waren, um über die Situation in ihrem Land zu diskutieren – noch vor der Flucht Janukowitschs. Sie sprachen offene Worte und befeuerten die Revolution. Hatten sie, von denen drei in der Ukraine leben, keine Angst, so offen zu reden? Mussten sie nicht mit Verfolgung, womöglich gar Verhaftung rechnen? Vielleicht sobald ihr Flugzeug von Frankfurt kommend in Kiew landete?

> Ein Appel an Kulturschaffende in Russland und der Ukraine

Nein, sie mussten tatsächlich keine Angst haben. Verfolgte Schriftsteller wie Brodsky oder Bukovsky gehören bereits zu einer vergangenen, sowjetischen Generation. Die überraschend implodierte ukrainische Janukowitsch-Regierung hatte genauso wenig wie die Putin-Herrschaft Angst vor solchen Menschen – die modernen Diktaturen sehen in Intellektuellen, sofern sie nicht auf den Spuren der privaten Vermögen der Herrscher recherchieren, keine Gefahr.

Die Rolle von gut ausgebildeten und denkenden Menschen hat in der postsowjetischen Gesellschaft eine umfassende Metamorphose erlebt. Es mag sie zwar noch geben, die Menschen mit Kopf und Verstand, mit Mitteilungswillen und Formulierungskunst, aber das breite Publikum nimmt sie nicht mehr ernst. Im besten Fall werden Denkende und Schreibende als ein unbedeutender Teil der gesellschaftlichen Landschaft wahrgenommen, als Glasperlenspieler oder Gottlöwenzahnblümchen – als hübsche harmlose Wesen. Intellektuellen und Schriftstellern gelingt es heute nicht mehr, Einfluss auf die Gesellschaft und die einfachen Menschen auszuüben. Die breite Masse ist für ihre Worte nicht empfänglich.

Waren in der UdSSR die Menschen, die alleine mit Schreibmaschinen bewaffnet waren, eine Bedrohung für das System, eben weil sie Gehör fanden, weil sie andere Menschen überzeugen konnten, verpuffen heute die Worte der Intelligenzia im weiten Rauschen der Medienwelt. Menschen entwickeln kein Interesse mehr, anders zu denken, sich selbstständige Gedanken zu machen, zu neuen Ufern zu gelangen. Intellektuelle sind für die breite Masse längst keine Vorbilder mehr, eher traurige gestrige Gestalten. Die Massen beschäftigen sich mit profanen Dingen des Konsums, mit materiellen Gütern. Ein riesiger Verlust für die Ukraine: Zur materiellen Armut ist die mentale getreten, die geistige Verwahrlosung.

Eine kulturelle Erneuerung des Landes muss mit einer Rehabilitierung seiner geistigen Kräfte einhergehen. Es geht nicht an, dass Bildungstitel an den Universitäten gekauft werden – als schmückendes Beiwerk einer Karriere. Bildung muss wieder ein ernsthafter Anspruch in der Gesellschaft werden. Die gut ausgebildeten Menschen, die es nicht nötig haben, Titel zu kaufen, die für sich und für die Welt neue geistige Höhen erobern, haben eine Aufgabe, die nicht länger übersehen werden darf. Von Intellektuellen geschaffene Bedeutungen und Ideen sind das Baumaterial der Identität der Bürger, sie geben deren Handeln den Sinn.

Materielle Dinge, hinter denen die Menschen heute so verzweifelt herlaufen, sind endlich, werden schnell vergessen. Allein die Produkte des Geistes können unsterblich werden. Die Werke von Schriftstellern und Künstlern können auch nach 300 Jahren noch frisch und relevant sein. An Kapitalisten hingegen wird man sich nur dann erinnern, wenn sie die unsterblichen Werke der Künstler gesammelt haben. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Denkenden – und sie gibt es natürlich noch in der Ukraine und in Russland – das neue intellektuelle Paradigma ihrer Länder beeinflussen und nicht irgendwo auf der Seite einer breiten Straße stehen. Es ist wichtig, dass Denker und Schriftsteller keine Löwenzahnblümchen werden. Die Korruption an den staatlichen Universitäten hat hunderte von ukrainischen und russischen Wissenschaftlern in den Westen getrieben – sie muss der Vergangenheit angehören.

> Die Denkenden haben jetzt die Chance, Ideen zu produzieren

Wenn man in die 2000er-Ära in Osteuropa zurück blickt, stellt man die dort etablierten Verhaltensweisen fest: In den vergangenen Jahren hat sich statt Andersdenken ein institutionalisiertes „Doppeldenken“ als besonders erfolgreich erwiesen: eine doppelte Buchführung des Denkens, ja ein offizielles richtiges und ein inoffizielles Denken. Das sind die „diplomierten“ Juristen, die kennen oft die Gesetze nicht, beherrschen aber die Regeln perfekt, wann wer zu bezahlen ist. Die Journalisten, die ganz genau wissen, dass sie Lügen verbreiten – und machen, was ihnen im System nutzt. Die Wähler, die für eine finanzielle Belohnung einer Partei zustimmen, und denken, dass sie schlau gehandelt haben.

In der Ukraine mussten die Menschen unter der Janukowitsch-Herrschaft erleben, dass das Doppeldenken noch perfektioniert werden konnte: durch das „Nichtdenken“. Bürger leben ohne Meinung und eigene Urteile – und sehen kommentarlos zu, wie Menschen auf der Straße ermordet werden. Machthaber profitieren von Nichtdenkern. Hätten wie kein Doppeldenken und kein Nichtdenken, hätten wir nicht so viel Korruption, Kriminalität und Gewalt in unseren Ländern. Wir könnten stattdessen kooperieren und davon profitieren.

Die denkenden Menschen in unseren Ländern müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass dieses System der Vergangenheit angehört, dass gut ausgebildete und kluge Menschen wieder eine Rolle in der Gesellschaft spielen, dass sie mitreden und mitgestalten – ohne doppeltes Denken. Sonst werden wieder die Menschen die entscheidende Position erobern, die statt zu denken, statt verantwortungsvoll zu handeln, nur habsüchtig sind. Die Position der Produzenten der neuen Ordnung.

Die Denkenden haben jetzt, in der Phase des Umbruchs und der Neuorientierung, die Chance, selbst zu Produzenten zu werden – nicht zu Produzenten von Kapital, sondern von Ideen und von Bedeutungen. Wenn sie diese Chance nicht nutzen, dann werden sie, wie man im Russischen sagt, doch nur wieder „Gottlöwenzahnblümchen“ sein, die im Frühling das Auge erfreuen, aber keinen praktischen Nutzen für das Leben besitzen.

Dr. Lena Kornyeyeva, geboren in der Ukraine, arbeitet als Psychologin in Deutschland. Ihr Buch „Putins Reich – Neostalinismus auf Verlangen des Volkes“ ist auf Deutsch und auf Russisch erschienen.

Das Genie im Hintergrund

Schiller verehrte ihn, Despoten hassten ihn – Preußenfreund Chr. F. D. Schubart, der zehn Jahre auf der Bergfestung Asperg einsaß

Am 26. März vor 275 Jahren wurde im Württembergischen die wohl schillerndste Gestalt des 18. Jahrhunderts geboren: Christian Friedrich Daniel Schubart, der Dichter der „Forelle".

Er war Lebemann, Hasardeur, Schürzenjäger, Dichter, Organist, Komponist, Journalist und einer der berühmtesten Gefangenen der deutschen Literatur. Zehn Jahre lang war Schubart auf der Bergfestung Hohenasperg nördlich von Stuttgart eingekerkert – ohne Verhör, ohne Anklage, ohne Prozess, ohne Urteil. Als er 1787 nach einer Intervention von Preußens König Friedrich Wilhelm II. entlassen wurde, war er politisch umerzogen und schrieb als Hofpoet sogar Loblieder auf den Mann, der ihn ins Gefängnis brachte: Württembergs Herzog Karl Eugen.

Am 23. Januar 1777 ließ Karl Eugen den Dichter des adelskritischen Gedichts „Die Fürstengruft" von Ulm aus auf württembergisches Gebiet entführen, wo er sogleich auf die Festung bei Asperg verbracht wurde. Schubart war dem Landesherren ein Dorn im Auge, weil er als Herausgeber der „Deutschen Chronik" den Duodezfürsten Machtmissbrauch attestierte wie beim Verkauf von Landeskindern für den Kolonialkrieg Englands in Nordamerika. Das Fass zum Überlaufen brachte wohl, dass er die Mätresse Karl Eugens als „Lichtputze, die glimmt und stinkt" verspottete und Anfang 1777 fälschlicherweise den Tod von Österreichs Königin Maria Theresia meldete.

So wurde Schubart einer der ersten Journalisten, der hinter Gitter musste. Einen offiziellen Haftgrund hat es nie gegeben. Karl Eugen ließ lediglich wissen, Schubart habe „es bereits in seiner Unverschämtheit so weit gebracht, daß fast kein gekröntes Haupt und kein Fürst auf dem Erdboden ist, so nicht von ihm in seinen herausgegebenen Schriften auf das freventlichste angetastet worden". Eine der wenigen Ausnahmen war Schuberts Idol Friedrich der Große. Für Schubart besaß Preußen Vorbildcharakter, herrschte dort doch Toleranz, Pressefreiheit und ein reformiertes Universitätswesen.

In der „Deutschen Chronik", dessen Artikel Schubart meist im Wirtshaus mit einem Bierkrug und qualmender Tabakpfeife in der Hand diktierte, lobte er die Preußische Hauptstadt und ihren König über alle Maßen: „Wir können mit Recht Berlin ... das neue Athen nennen. In dieser einzigen Stadt sind beinahe eben so viel große Schriftsteller und Genies, als in dem ganzen übrigen Deutschlande. Ueber das läßt der König diese Stadt immer mehr verschönern, um sie zu einer der schönsten und grösten Städte von Europa zu erheben... Vor hundert Jahren stand *Friedrich Wilhelm* der *Grose* mit 25 000 Mann am Rhein; was würde dieser große Churfürst sagen, wann er seinen Urenkel, nach dem Verlaufe so weniger Jahre, in der gegenwärtigen Macht und Herrlichkeit erblickte? – So große Veränderungen können ein paar große Genies in einem Staate hervorbringen!"


Dichter in Denkerpose: der junge Christian Friedrich Daniel Schubart Bild: Akg Berlin

Friedrich II. setzte sich vergeblich für eine Freilassung Schubarts ein. Erst als dieser in der Haft weitere Hymnen auf den Preußenkönig schrieb (siehe Kasten rechts), gelang es dem Nachfolger des Alten Fritz, eine Freilassung zu erwirken. Inzwischen hatte man dem antiklerikalen Schubart mit pietistischen Schriften und Besuchen von Gottesleuten einer religiösen Gehirnwäsche unterzogen.

Der einst trinkfreudige Mann, von dem sein Sohn berichtete, „für alles Flüssige – ungemischtes Wasser allein ausgenommen – besaß er von Natur einen unüberwindlichen Hang", wurde handzahm und verrichtete am Hof Karl Eugens das Amt des Poeten und Theaterdirektors. Seine journalistische Tätigkeit führte er aber bis zu seinem Tod 1791 weiter. Wenngleich in abgeschwächter Form. Die „Deutsche Chronik" hieß fortan nur noch „Chronik", die Betonung auf das „Deutsche", mit dem Schubart auch gegen die Franzosenmode auf den Fürstenhöfen anschrieb, entfiel.

Schubarts Begeisterung für die Literatur der Stürmer und Dränger, welche die mit einer für damalige Verhältnisse hohen Auflage von 4000 Exemplaren verkaufte „Chronik" populär machte, blieb aber bestehen. Schiller besuchte ihn 1881 auf dem Hohenasperg. Dessen Beispiel vor Augen, floh er selbst ein Jahr später aus Stuttgart.

Schubarts Erzählung „Zur Geschichte des menschlichen Herzens" inspirierte Schiller zu seinem Drama „Die Räuber", wie denn auch Schubarts „Die Forelle" den Anstoß zur Vertonung des Gedichts durch seinen Beinahe-Namensvetter Schubert zu dessen berühmtem Lied sowie dem „Forellenquintett" gab. Auf diese Weise wirkte der Gefangene vom Hohenasperg für mehrere Generationen von Dichtern und Komponisten als Genie im Hintergrund. *Harald Tews*

Die Forelle

In einem Bächlein helle,
Da schoß in froher Eil
Die launische Forelle
Vorüber wie ein Pfeil.
Ich stand an dem Gestade,
Und sah' in süsser Ruh
Des munteren Fisches Bade
Im klaren Bächlein zu.

Ein Fischer mit der Ruthe
Wohl an dem Ufer stand,
Und sah's mit kaltem Blute
Wie sich das Fischlein wand.
So lang dem Wasser Helle,
So dacht' ich, nicht gebricht,
So fängt er die Forelle
Mit seiner Angel nicht.

Doch plötzlich ward dem Diebe
Die Zeit zu lang. Er macht
Das Bächlein tückisch trübe,
Un eh' ich es gedacht; –
So zuckte seine Ruthe,
Das Fischlein zappelt dran,
Und ich mit regem Blute
Sah' die Betrogene an.

Die ihr am goldnen Quelle
Der sichern Jugend weilt,
Denkt doch an die Forelle;
Seht ihr Gefahr, so eilt!
Meist fehlt ihr nur aus Mangel
Der Klugheit. Mädchen seht
Verführer mit der Angel! –
Sonst blutet ihr zu spät.

Preußenlied

So zieht dann hin ins Ehrenfeld,
Den alten Preußen gleich!
Fritz schaut aus seiner Sonnenwelt
Herab, und segnet euch!

Auch *Friedrich Wilhelm* geht voran
Mit edlem Muth erfüllt.
Ihn dekt auf seiner Heldenbahn
Der Vorsicht Wunderschild.

Karl, *Möllendorf*, dies Heldenpaar,
Zieht auch mit euch in Streit.
Zeigt nur im Wetter der Gefahr,
Daß ihr noch Preußen seyd.

Seht nicht der Feinde Menge an,
Denkt nur an Tod und Sieg!
Habt ihr nicht Wunder einst gethan
Im siebenjähr'gen Krieg?

Wenn's um euch kracht, wenn's um euch blitzt:
So weicht nicht denket doch:
Der Gott, der damals euch beschützt,
Der alte Gott lebt noch.

Des alten *Fritzens* Geist ist ja
Um euch; wenn's um euch weht;
So ist er da, so ist er da,
Und ruft: „Ihr Preussen steht!

Die Feinde haben große Macht,
Doch ihr habt großen Muth.
Kein Preuße scheut die finstre Schlacht,
Kein Preuße schont sein Blut!

So geht den großen Siegeslauf!
Wer im Getümmel fällt,
Deß schöne Seele nehm' ich auf
In meine Sonnenwelt."

Aus Liebe zur Heimat

Vor 150 Jahren geboren: Königsberger Romanautorin Agnes Harder

Um 1900 galt Agnes Harder als eine der erfolgreichsten ostpreußischen Romanautorinnen. 100 Jahre später gibt es kaum jemanden, der auch nur einen Romantitel von ihr nennen könnte. Dass sie nicht ganz in Vergessenheit geraten ist, verdankt sie einem Gedicht, dass unter ihren Landsleuten auch heute noch oft zitiert wird: „Sprich Landmann, der du deinen Pflug / Durch fetter Niederung Erde ziehst, / Wie heißt der Zinnen stolzer Zug, / Der von der Nogat her mich grüßt?" Antwort: Es ist die Marienburg, die als Harders bekanntestes Gedicht bis zu uns herübergrüßt.

Geboren am 24. März 1864 in Königsberg als Tochter eines Gerichtsassessors wuchs Harder in Wehlau und Preußisch Holland auf, wo ihr Vater als Richter tätig war. Über diese Zeit dichtete sie: „Hier war ich Kind: Hier wächst Erinnerung / Wie zwischen Steinen Gras. Hier war ich jung."

Der Stadt Preußisch Holland hat Harder später ein Buch gewidmet: „Die kleine Stadt", in dem sie aus ihren Kindertagen in Ostpreußen erzählt. Es ist eine Liebeserklärung, die gleichermaßen für alle ostpreußischen Städte gelten mag: „Es ist sonst nicht viel von der kleinen Stadt zu sagen, und das ist gut ... Sie lag auf ihrem Berg, trank Sonne und Regen, schneite ein und taute wieder auf und atmete ruhiges Dasein. Wenn ein Kind nicht auf dem Lande groß werden kann, dann ist so eine kleine Landstadt die allerengste Nachbarschaft zum Paradiese dieser Jahre ..."

Ihre Mutter Luise stammte aus Masuren, wo auch der Vater aufgewachsen war. „Mein Vater war meiner Mutter erste Liebe", berichtete später die Tochter. „Sie hatten sich verlobt und vier Jahre aufeinander gewartet, bis er, als Assessor am Eisenbahnbau der Südbahn angestellt, nach Königsberg kam und heiraten konnte. In Königsberg hatte er dann später als Landgerichtspräsident seine juristische Laufbahn beendigt. Er stammte aus einem alten juristischen Geschlecht. 200 Jahre, hieß es, wären seine väterlichen Vorfahren Juristen gewesen. Mein Urgroßvater war zur Franzosenzeit Polizeipräsident von Kolberg. Ein Harder war mit Gustav Adolf nach Pommern gekommen und später dort geblieben ..."



„Schlumski": Buchtitel von Agnes Harder Bild: Archiv

Nach dem Schulbesuch in Preußisch Holland und in Elbing, wo der Vater zum Landgerichtsdirektor aufgestiegen war, legte Harder die Lehrerinnenprüfung ab und war einige Jahre Erzieherin, bis sie sich ganz der Schriftstellerei verschrieb. Auch arbeitete sie als Journalistin und berichtete 1898 für ein größeres deutsches Blatt über die Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem. Mit offenen Augen erlebte die reisefreudige Autorin ihre Welt und wusste lebendig davon zu erzählen.

In ihren Romanen, Novellen und Reiseschilderungen schlägt sich immer auch ein wenig Selbsterlebtes nieder. Neben der Erinnerung „Die kleine Stadt" erschienen weitere Bücher wie „Anno dazumal" oder „Neue Kinder alter Erde", eine Schilderung von Land und Leuten des Samlandes nach dem Ersten Weltkrieg.

Nach 1918 trat Harder der Deutschnationalen Volkspartei bei. Später verfestigten sich in ihren Büchern wie dem Ostpreußenroman „Neue Kinder alter Erde" (1933) nationalsozialistische Tendenzen. Nach der Machtergreifung Hitlers gab sie mit 88 Dichter-Kollegen ein Gelöbnis „treuester Gefolgschaft" für Hitler ab. Es war wohl dieses Bekenntnis zum Nationalsozialismus, was mit ausschlaggebend dafür war, dass Harder – sie starb am 7. Februar 1939 in Berlin – nach 1945 in Vergessenheit geriet. *PAZ/tws*

Große »Verbrecher«-Karriere

Vor 50 Jahren starb László Loewenstein – bekannt als Peter Lorre

Nach einer Berliner Premiere von Frank Wedekinds „Frühlings Erwachen" trat Fritz Lang, der gefeierte Regisseur von „Metropolis", hinter die Bühne und stürzte sich auf den Hauptdarsteller: „Ich drehe bald meinen ersten Tonfilm, die Hauptrolle bekommen Sie!"

Für Peter Lorre war das wie ein Sprung ins kalte Wasser. Noch herrschte die Stummfilm-Ära, und mit seinen großen rollenden Augen sowie seinem schleichenden, leicht vornübergebeugten Gang wäre Lorre, der sogar mit den Ohren wackeln konnte, für den Stummfilm prädestiniert gewesen. Nun aber sollte seine Filmkarriere mit Beginn der Tonfilm-Ära in Deutschland einsetzen. Erfahrungen damit hatte niemand, geschweige denn der Bühnenschauspieler Lorre. Fritz Lang wollte, dass er einen Mörder spielte, nämlich die Hauptrolle in dem Film „M – Eine Stadt sucht einen Mörder".

Ein Jahr musste Lorre warten, bis die erste Klappe für den Film fiel. Der Ufa war ein Film über einen Lustmörder zu riskant. Am Ende sollte es sich für alle lohnen. Der 1931 entstandene „M", einer der ersten abendfüllenden deutschen Tonfilme, wurde ein Welterfolg, den Kritiker zu den 100 besten Spielfilmen aller Zeiten zählen. Die Szenen, als Lorre als Kindermörder mit einem mit Kreide gezeichneten „M" auf dem Rücken wie ein gehetztes Reh von der Polizei und Gangstersyndikaten verfolgt durch die Stadt irrt, zählen zu den unvergesslichen Bildern des Weltkinos.

Für Lorre war das der Durchbruch. Fürs Theater blieb nun keine Zeit mehr. Zeitweilig hatte er in Berlin gleichzeitig ein Engagement in Brechts Theater am Schiffbauerdamm und an der Volksbühne. Manchmal an zwei Abenden gleichzeitig. Starb er an dem einen Theater den frühen Bühnentod, setzte er sich ins Taxi, kleidete sich dort um und erschien rechtzeitig zum Auftritt am anderen Theater.


Zwielichtige Rolle: Peter Lorre Bild: action press

Er arbeitete wie ein Berserker, um die Hungerjahre vergessen zu lassen, die er in Wien durchlebt hatte. Dorthin floh der 1904 als László Loewenstein im österreichisch-ungarischen Rosenberg geborene Schauspieler, nachdem sein Vater ihn in eine Kontokorrentlehre schicken wollte. In Wien änderte er seinen Namen in Peter Lorre – wobei der Nachname wie ein Anagramm von „Rolle" klingt – und gab kostenloses Stegreiftheater, von dem er nicht leben konnte. „Ich bin der einzige Schauspieler, glaube ich, der wirklich mal Hungerskorbut hatte", sagte Lorre über diese Lehrjahre.

Über Breslau, Zürich und wiederum Wien kam er nach Berlin, wo er nach seinen Theaterengagements einer der gefragtesten Ufa-Stars wurde. Goebbels hielt so viel von ihm, dass er den Juden Lorre geraten haben soll, Berlin zu verlassen. Bei den Vorarbeiten zum Film „Kaspar Hauser" reiste Lorre nach Wien. Ufa-Direktor Klitsch telegrafierte: „Sofort zu Goebbels kommen, Vertrag schließen." Lorre antwortete: „Für zwei Mörder wie Hitler und mich ist in Deutschland kein Platz."

Ohne ein Wort Englisch zu können, fuhr Lorre nach England, wo ihm Alfred Hitchcock nach drei Monaten Sprachunterricht die Hauptrolle in „Der Mann, der zu viel wusste" gab, in dem er einen Anarchisten spielte. Seit „M" war Lorre auf die Verbrecherrolle abonniert. Die wusste der kleine, kaum über 1,60 Meter große Mann auch in Hollywood in rund 50 Filmen einzubringen. Unvergessen ist auch sein Auftritt als ängstlicher Henkershelfer in der Komödie „Arsen und Spitzenhäubchen". Mit „Der Verlorene" wagte er 1951 einen Neuanfang in Deutschland. Seine einzige Regietat wurde zum Reinfall. Morphinsüchtig ging er in die USA zurück, wo er am 23. März 1964 nach einem Schlaganfall starb. *tws*

Gemeinsam gegen Russland

Krimkrieg: Am 27. und 28. März 1854 sprangen die Westmächte dem Osmanischen Reich zur Seite

Der Krimkrieg unterscheidet sich von der aktuellen Krimkrise nicht zuletzt darin, dass die Krim damals nicht Streitobjekt der Kontrahenten, sondern Hauptkriegsschauplatz war. Nichtsdestotrotz drängt sich allein schon aufgrund der Namens ein Vergleich der aktuellen Krise mit dem damaligen Krieg geradezu auf. Und tatsächlich gibt es bei allen Unterschieden eine Reihe durchaus erhellender Parallelen, Analogien und Ähnlichkeiten.

Das fängt bereits mit den Parteien an. Auch vor 150 Jahren standen sich die Westmächte – damals in Form der westeuropäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich – sowie die Ostmacht Russland gegenüber. Und auch hinsichtlich des Machtzentrums in der Mitte Europas, Deutschland, war die Lage in mancher Hinsicht vergleichbar. Einerseits stimmten seine Interessen und Ziele mit denen des Westens nicht überein, andererseits stand es nichtsdestoweniger der westlichen Erwartungshaltung gegenüber, sich in der Auseinandersetzung mit der Ostmacht in die Front der Westmächte einzureihen.

Schauen wir uns die damalige deutsche Haltung näher an, so gab es damals zwar den Deutschen Bund als einigendes Band, doch ist zwischen den ihn dominierenden beiden deutschen Großmächten Preußen und Österreich zu differenzieren. Preußen wahrte Neutralität – und wurde damit zum Opfer westlicher Kritik, wie es mittlerweile gang und gäbe ist, wenn Deutsche sich weigern, an der Seite der Westmächte für deren Ziele zu kämpfen. So spottete die Londoner Tageszeitung „The Times“, dass Preußen nur am Konferenztisch, nicht aber auf dem Schlachtfeld zu finden sei.

Österreich hingegen schlug sich auf die Seite der Westmächte, schloss mit den Kriegsparteien Frankreich und Österreich am 2. Dezember 1854 sogar das sogenannte Dezemberbündnis, unterließ es aber, wie die Westmächte Russland den Krieg zu erklären. Damit setzte sich Wien zwischen die Stühle. Die Westmächte waren unzufrieden mit Österreichs geringem Engagement. So machte es die Haltung des Kaiserstaates beispielsweise unmöglich, Russland im Zentrum Europas an der österreichisch-russischen Grenze auf breiter Front anzugreifen. Aus Ermangelung einer eigenen Grenze mit Russland wichen die seefahrenden Westmächte deshalb notgedrungen auf eine Offensive zur See über die Ostsee und vor allem das Schwarze Meer aus. Viel mehr noch als die Westmächte war jedoch Russland von der österreichischen zwar nicht kriegerischen, aber doch eindeutig prowestlichen Haltung enttäuscht. Petersburg empfand Wien als undankbar, hatte es doch in der 48er Revolution durch die Beteiligung an der Niederschlagung des Aufstandes separatistischer Ungarn maßgeblich zum Erhalt der territorialen Integrität der Donaumonarchie beigetragen. Diese vermeintliche Undankbarkeit des Habsburgerreiches hat die österreichisch-russischen Beziehungen nachhaltig geschädigt und ist ein maßgeblicher Grund dafür, dass das Zarenreich später wohlwollende Neutralität übte, als Preußen unter Ministerpräsident Otto von Bismarck die deutsche Frage zum Schaden Österreichs im kleindeutschen Sinne löste.



Von der Gräuelpropaganda zum Massaker gemacht: Seeschlacht bei Sinope Bild: Glow images

Die Rolle der Ukraine in der gegenwärtigen Krimkrise ist wohl beim Krimkrieg am ehesten mit derjenigen des Osmanischen Reiches zu vergleichen, bildete doch damals ein offensives Vorgehen Russlands gegenüber seinem osmanischen Nachbarn den Ausgangspunkt des Krieges. Ähnlich wie heute die Ukraine war damals das Osmanische Reich seinem russischen Nachbarn unterlegen. Seine besten Jahre hatte es längst hinter sich und der russische Zar wollte den „kranken Mann am Bosporus“ im Einvernehmen mit dem sogenannten Konzert der Mächte, sprich den anderen vier europäischen Großmächten, beerben. Er selber hatte es dabei insbesondere auf die türkischen Meerengen abgesehen, auf dass seine Schwarzmeerflotte ungehinderten Zugang zum Mittelmeer und darüber dann zum Atlantik bekäme. Nachdem es vorher bereits zu neun russisch-türkischen Kriegen gekommen war – die bilateralen Beziehungen waren traditionell nicht die besten –, besetzten russische Truppen am 3. Juli 1853 die Donaufürstentümer Moldau und Walachei, worauf die Osmanen, zu deren Imperium die Fürstentümer gehörten, am 16. Oktober 1853 den Russen den Krieg erklärten. Am 30. November 1853 griff die russische Schwarzmeerflotte die zum Osmanischen Reich gehörende Hafenstadt Sinope an und vernichtete die dort liegenden gegnerischen Kriegsschiffe fast vollständig. Aus dieser Seeschlacht machte die britische Presse das „Massaker von Sinope“ und heizte damit die antirussische Stimmung an. Die Gräuelpropaganda fiel auf fruchtbaren Boden, galt das autokratisch geführte Zarenreich im liberalen England doch als Hort der verhassten Reaktion.

Zar Nikolaus beging vor seinem Schlag gegen das Osmanische Reich im Grunde denselben Fehler wie Saddam Hussein vor seinem gegen Kuwait. So wie Hussein vorangegangene Äußerungen der US-Botschafterin in Bagdad, interpretierte Nikolaus ein vorangegangenes Gentlemen's Agreement mit dem britischen Außenminister als grünes Licht der jeweiligen Regierung zum Losschlagen.

Doch da irrte der Kaiser aller Reußen sehr. Die Handelsnation par excellence versuchte, ihre Handelswege nach Möglichkeit vom Einfluss möglicher Konkurrenten freizuhalten. Das galt für Indien, das „Juwel in der Krone“ des Empire, im Besonderen, aber auch für den Balkan, aus dem die Industrienation wichtige Getreidelieferungen erhielt. Ein unbeschränkter Zugang der russischen Schwarzmeerflotte zum Mittelmeer war Großbritannien daher ein ähnliches Gräuel wie ein Naher Osten unter russischem Einfluss. Da war London der kraftlose „kranke Mann am Bosporus“ ungleich lieber. Zudem war das Osmanische Reich Großbritannien ein nicht zu unterschätzender Handelspartner, wichtiger als Russland, Österreich, Frankreich oder Italien.

Für die zweite Großmacht Westeuropas, Frankreich, war ein großer europäischer Krieg die Chance, die Frontstellung aus den napoleonischen Kriegen aufzubrechen und die auf dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen geschaffene Wiener Friedensordnung von 1814/15 zu revidieren. Der Kaiser der Franzosen, Napoleon III., träumte zudem von einer Revanche für den verlorenen Russlandfeldzug seines Onkels und nahm dem Zaren übel, dass dieser ihn nur als „lieben Freund“ und nicht als „meinen Bruder“ bezeichnet hatte, ihm damit die Ebenbürtigkeit absprach.

> Es gibt einige Parallelen zur aktuellen Krimkrise

Die Westmächte hatten also manchen Grund, am 12. März 1854 mit dem Osmanischen Reich einen Kriegshilfevertrag zu schließen und 13 beziehungsweise 14 Tage später Russland den Krieg zu erklären. Vordergründig kämpften in diesem Krieg die Russen gegen die Benachteiligung ihrer orthodoxen Glaubensbrüder durch die Moslems im Heiligen Land, die Franzosen gegen die Benachteiligung ihrer katholischen Glaubensbrüder gegenüber den orthodoxen Christen im Heiligen Land, die Briten für die „Integrität und Unabhängigkeit“ des Osmanischen Reiches und viele Osmanen einen „Heiligen Krieg“. Ideologische Verbrämungen handfester materieller Kriegsziele hat es ebenso wie Propaganda also schon damals gegeben und nicht erst heute.

Manuel Ruoff

Für die Sonnenseiten des Lebens wie geschaffen

Doch die »Robert Ley« wurde nach nur fünf Monaten als Kreuzfahrtschiff zum Lazarett umgebaut

Als am 24. März 1939 das KdF-Schiff „Robert Ley“ in Dienst gestellt wurde, hatten bereits über 600 000 Passagiere an den „Erholungsreisen zur See“ der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ teilgenommen. Dem Schiff war allerdings nur noch eine letzte kurze Saison in Friedenszeiten vergönnt.

Bereits seit 1934 veranstaltete die nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften gegründete Staatsgewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) Seereisen. Mit der eigens gegründeten Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) sollte selbst Arbeitern und kleinen Angestellten der Zugang zu vielfältigen Freizeitaktivitäten ermöglicht werden. Dazu gehörten auch die beliebten KdF-Kreuzfahrten. Anfang der 30er Jahre gab es weltweit eine große Krise in der Passagierschifffahrt. Auch in Deutschland waren viele Dampfer nicht in Fahrt. Die Kapazitäten waren also vorhanden, und die Schiffsbesatzungen hatten dadurch wieder Arbeit, was beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ein wichtiger Faktor war. Die ersten KdF-Schiffe wurden von verschiedenen Reedereien gechartert, und mit großem Propaganda-Aufwand fuhren die ersten Passagiere ab Mai 1934 zu fünftägigen Reisen in die norwegische Fjordlandschaft. Nachdem Seereisen lange Zeit ein Vergnügen für die gehobenen Gesellschaftsschichten gewesen waren, hatten nun auch Arbeiter und kleine Angestellte die Möglichkeit, an diesem Vergnügen teilzuhaben.

Die ersten KdF-Schiffe waren klassische Passagierschiffe, deren Kabinen sich je nach Klasse von der Luxussuite bis zum Mehrbettzimmer ohne fließendes Wasser unterschieden. So konnte man zum selben Fahrpreis im Luxus schwelgen oder in Jugendherbergsatmosphäre reisen. Um diese Ungleichheiten auszumerzen, kaufte die DAF ab 1935 Schiffe auf, die dann in Einklassenschiffe für etwa tausend Passagiere umgebaut wurden. Wegen der anhaltenden Beliebtheit der Reisen und der langen Wartelisten wurden 1936 zwei große Neubauten in Auftrag gegeben: Die „Wilhelm Gustloff“ und die „Robert Ley“ sollten als Flaggschiffe über 1500 Passagiere an Bord nehmen. Die „Wilhelm Gustloff“ wurde nach einem in der Schweiz ermordeteten Nationalsozialisten benannt und das andere Schiff nach dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley. Die „Robert Ley“ war zum Zeitpunkt der Indienststellung am 24. März 1939 das größte Diesel-Elektro-Schiff der Welt. Eine Besonderheit war das durchgehend gebaute obere Promenadendeck, wodurch im Festsaal für 800 Personen auf fast 1000 Quadratmetern eine eindrucksvolle Raumgröße entstand.

> Brandbomben besiegelten ihr Ende

Die erste Fahrt war eine Propagandareise von Hamburg nach Wilhelmshaven zur Taufe des Schlachtschiffs „Tirpitz“ am 1. April. Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen Deutschlands. Adolf Hitler nutzte den Stapellauf zur Großkundgebung und kam zur Rückreise nach Hamburg an Bord der „Robert Ley“. In Hamburg wurde das Schiff mit großem Jubel begrüßt. Nach einem Empfang mit dem Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann und Hamburger Parteiprominenz dankte Hitler persönlich der Besatzung und schritt an Land die Front der angetretenen Ehrenkompanien ab. Mit einer Triumphfahrt zum Bahnhof endete diese große Propaganda-Aktion. Auch wenn die KdF-Reisen immer wieder propagandistisch genutzt wurden und die „Verplanung der Werktätigen im Urlaub im Sinne der Ziele der NS-Gemeinschaft“ an vorderster Stelle stand, hielt sich die tatsächliche Beeinflussung an Bord in Grenzen. Und so waren diese Seereisen auch nach über 50 Jahren bei den damaligen Teilnehmern in einer Untersuchung Ende der 80er Jahre als schöne Erlebnisse auf See in Erinnerung.



Verletzte statt tanzende Gäste: Der große Festsaal oben sah nur wenige gute Tage Bild: Archiv

Die 19-tägige Jungfernfahrt führte die „Robert Ley“ ab dem 18. April 1939 mit 1600 Passagieren von Hamburg nach Madeira, Teneriffa, Lissabon, Bilbao und zurück. Am 22. Mai 1939 brach die KdF-Flotte nach Spanien auf, um als Truppentransporter die deutschen Freiwilligen der „Legion Condor“ dort abzuholen. Diese Fahrt wurde ebenfalls propagandistisch ausgeschlachtet. Es folgte noch eine kurze Rückkehr zu den KdF-Seereisen bis zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Nur fünf Monate und sechs Tage betrug die Zeit der „Robert Ley“ als KdF-Schiff.

Danach wurde sie in Hamburg zum Lazarettschiff „B“ umgerüstet und am 24. September 1939 wieder in Dienst gestellt. Ohne aktiven Einsatz wurde sie Anfang November nach Danzig-Westerplatte verlegt und dort mit KdF- und anderen Passagierschiffen zum Rücktransport der Baltendeutschen eingesetzt. Bereits Ende November erfolgte die Außerdienststellung als Lazarettschiff und die Umrüstung zum Wohnschiff für die Kriegsmarine in Pillau. Am 25. Januar 1945 verließ die „Robert Ley“ gemeinsam im Konvoi mit anderen Schiffen Pillau in der bis dahin größten Evakuierungsaktion einer deutschen Stadt. Sie wurde nicht mehr für weitere Flüchtlingsfahrten eingesetzt, sondern kehrte in ihren Heimathafen Hamburg zurück. Am 24. März 1945 wurde das Schiff bei einem Luftangriff von Brandbomben getroffen. Dabei fanden zahlreiche Besatzungsmitglieder den Tod. Die „Robert Ley“ brannte komplett aus, das Wrack wurde 1947 nach England geschleppt und dort verschrottet.

Britta Heitmann

Mehr als nur der Stiefsohn Sudermanns

Vor 60 Jahren starb der ostpreußische Lyriker, Dramatiker, Librettist und Drehbuchautor Rolf Lauckner

Zu Unrecht ist Rolf Lauckner in Vergessenheit geraten, denn er könnte unserer hektischen Zeit, in der so wenig Bestand hat, Beispiel und Vorbild sein. Die Sehnsucht des Menschen, über sich hinauszuwachsen, dies Streben, hinter aller Verworrenheit der Erdenschicksale dem tieferen Sinn allen Geschehens nachzuspüren, war bei Lauckner die Triebfeder seines dichterischen Schaffens. Gerade die angsterfüllte Zerrissenheit der Gegenwart verlangt nach einem Dichter, der auf die bleibenden Werte hinweist und dessen Werk unter dem versöhnlichen Motto steht: „Denn um die Sehnsucht geht es, nicht um Schuld."

Vor 60 Jahren kam die Nachricht, dass Rolf Lauckner am 27. April 1954 zu Bayreuth verstorben war. Während seines Erholungsurlaubes, den er im Fichtelgebirge verbrachte, erkrankte er an einer Lungenentzündung, die ihm den Tod brachte.

Rolf Lauckner — Bild: Archiv

Rolf Lauckner wurde am 15. Oktober 1887 in Königsberg als Sohn des Stadtbaurats Wilhelm Lauckner geboren, der bereits 1889 tödlich verunglückte. Rolfs Mutter Clara geborene Schulz war unter ihrem Mädchennamen recht erfolgreich als Schriftstellerin tätig. Ihre Eltern stammten beide aus Memel. Lauckner war von Geburt her ein waschechter Ostpreuße, der schon als junger Mann viele Wanderungen durch die geliebte Heimat unternahm. Besonders liebte Lauckner die Landschaft Masuren, von deren geheimnisvollen Seen er wunderbare Geschichten zu erzählen wusste.

Die Tatsache, dass die Mutter Hermann Sudermann heiratete, der 1857 ebenfalls in Ostpreußen geboren wurde, und der mit dem Drama „Ehre" und dem Roman „Frau Sorge" berühmt geworden war, wurde für Lauckner zu einer Belastung, da die Literaturgeschichte ihn stets als den „Stiefsohn Sudermanns" bezeichnete. Dadurch wurde das durch das eigene Schaffen Erworbene verkleinert, obwohl er ein ureigenes, unverwechselbares Werk geschaffen hat, dessen Bedeutung, besonders heute, von kaum übersehbarer Tragweite ist.

Hier soll nicht Lauckners Gesamtwerk vorgestellt werden, da dies in seiner Vielschichtigkeit kaum möglich ist, zumal der Dichter als Dramatiker nicht nur den Expressionismus ganz entscheidend beeinflusste, sondern auch mit seinen späteren Werken alle Epochen und Stile inspirierte. Seine Stücke erlebten beim Theater – unter Mitwirkung großer Regisseure und bekannter Schauspieler – überwältigende Erfolge. Auch als Lyriker hatte Lauckner sich einen hervorragenden Namen gemacht. Bereits 1912 kamen seine „Frühen Gedichte" heraus; Verse, deren melodiereicher Rhythmus bezwingt, deren sprachliche Schönheit fasziniert und deren gedankenvoller Reichtum die schöpferische Kraft kündet. 1913 heiratete Lauckner die bekannte Malerin Elfriede Thun, die auch die „Silbernen Bühnenbilder" für die Dresdner Oper zu von Carl Maria von Webers „Euryanthe" schuf, zu der Lauckner ein neues Libretto geschrieben hatte.

Die ostpreußische Heimat mit ihrer schwermütigen Landschaft begeisterte Lauckner stets aufs neue, und durch sie beeinflusst, kam der Dichter immer näher an das Problem heran, das immer wieder ein Suchen nach dem Göttlichen, dem Unvergänglichen war. Lauckner war schwerblütig, nachdenklich, stets in die Tiefe spürend. Ihm lag das Leichte, Seichte nicht und selbst sein Humor hatte oftmals etwas Tragisches. Aber in seinem Wesen lagen viel Güte, selbstlose Liebe, weises Verstehen. Ein Mann, der die Stille liebte, aus der er schöpferisch seine Werke gestaltete.

Auch für den Film hat Lauckner vielgestaltige Bücher geschrieben, die Literatur geworden sind. So den unvergesslichen, 1939 unter der Regie von Leopold Hainisch gedrehte Film „Eine kleine Nachtmusik", der Wolfgang Amadeus Mozarts Reise nach Prag in einer feinen, zarten und doch wirklichkeitsnahen Art beschreibt, die den Rahmen der reinen Unterhaltung sprengt, da dieser Spielfilm nach Eduard Mörikes Novelle „Mozart auf der Reise nach Prag" bedeutsame Aussagen beinhaltet. Der leider viel zu früh verstorbene Hannes Stelzer, der so eindringlich Mozart spielte, vermochte den Worten Lauckners so viel Menschlichkeit zu verleihen und in den Empfindungen den Dichter so zu interpretieren, dass diese „Kleine Nachtmusik" zu einem aufwühlenden Erlebnis wurde, da hinter der scheinbaren Leichtigkeit eines Rokoko-Menschen auch die vagen Hoffnungen ebenso deutlich wie Leid und Angst eines um seine Existenz kämpfenden Menschen. Hier war Lauckner die Lebensnähe eines historischen Menschen in einer Form gelungen, deren künstlerische Aussage dominant ist.



„Eine kleine Nachtmusik": Heli Finkenzeller und Hannes Stelzer als Mozart — Bild: akg

Die reizende, in Ostpreußen angesiedelte Komödie: „Der Hakim weiß es" erlebte 1936 in Berlin eine aufsehenerregende Uraufführung mit Christian Kayssler in der Hauptrolle. Paul Fechter schrieb begeistert: „Eine der wirklichen Komödien aus dieser Zeit und der neueren Dramatik. Eine Komödie aus der ewigen Traumwelt des Mannes und dem ewigen Wirklichkeitsbereich der Frau, gestaltet mit so viel dichterischem Untergrund, dass man sie zum bleibenden Besitz der Bühne zählen muss." Nach der Aufführung dieser Komödie 1954 in Gießen schrieb Hans Knudsen: „Ich möchte wünschen, dass das Eintreten für Lauckner weithin vernommen wird, damit die deutschen Bühnen erkennen: Rolf Lauckner darf im Spielplan unserer Theater einen besten Platz in Anspruch nehmen."

Die Handlung von „Der Hakim weiß es" ist in dem kleinen ostpreußischen Hafen Kerschitten angesiedelt und weiß so lebensnah diese Atmosphäre hervorzuzaubern, wie den Personen in der Charakterisierung echte Impulse, wirkliche Empfindungen mitzugeben, so dass dieses Spiel zu einem nachhaltigen Erlebnis wird.

Die Nachkriegsliteratur beschuldigt, sehr zu Unrecht, Lauckner der Annäherung an den Nationalsozialismus. Lauckner hat nie den damaligen Machthabern das Wort geredet. Er träumte von einem wahrhaft freien Deutschland, das Freund aller Völker sein sollte. Frank Thiess schrieb einmal: „Suchen wir nach einer Gemeinsamkeit in seinen Dramen, so schwingt ein unendlich ethischer Ton durch Lauckners Werk, freilich auch ein unendlich tragischer."

Lauckners reiches, vielgestaltiges Werk darf nicht weiterhin der Vergessenheit überantwortet bleiben, denn das Theater hat an Lauckner vieles wieder gutzumachen. Er ist in seiner Reife, in der Überzeitlichkeit der allgemeingültigen Verpflichtung für uns alle, denen es um den Bestand der Kultur geht, wirkt doch Lauckners tiefgreifende Menschlichkeit weit über unsere Generationen hinaus. *E.B.*

Feuertaufe bei Jasmund

Preußens Marine kämpfte vor 150 Jahren gegen die Dänen

Ihre Feuertaufe erlebte die 1848 gegründete preußische Marine im Deutsch-Dänischen Krieg. Anders als zu Lande, waren die Deutschen den Dänen im ersten Einigungskrieg zur See weit unterlegen. Preußen verfügte nur über 23 dampfgetriebene Kriegsschiffe mit 117 Geschützen, 22 Ruderkanonenboote mit 40 Geschützen sowie drei Segelschiffe.

Dänemark hingegen verfügte über 31 Dampfschiffe mit 387 Geschützen, von denen bei Kriegsausbruch 26 mit 363 Geschützen verfügbar waren, zehn Segelschiffe und 50 zur Küstenverteidigung bestimmte Ruderkanonenboote mit 80 Geschützen. Ähnlich wie die Briten im Ersten Weltkrieg, nutzten die Dänen ihre klare Überlegenheit zur See für eine Seeblockade gegen den deutschen Gegner. Am 15. März 1864 erklärten die Skandinavier die Blockade der preußischen Küste.

Preußen bekam zwar im Laufe des weiteren Kriegsverlaufes Unterstützung von der größten deutschen Seemacht Österreich, das ein Geschwader von neun dampfgetriebenen Kriegsschiffen mit zusammen 246 Geschützen aus dem Mittelmeer auf den Kriegsschauplatz verlegte. Aber zum einen erreichte der Verband erst im Mai die Nordsee und zum anderen blieben die Preußen in der Ostsee und damit sozusagen vor ihrer Haustür bis zum Kriegsende auf sich allein gestellt. In der Ostsee verfügte Preußens Marine über die Korvetten „Arcona" und „Nymphe", die Avisos „Grille" und „Loreley" sowie die Mehrzahl ihrer Kanonenboote.

Einen Tag vor der Verhängung der Blockade erhielt der Chef des Stationskommandos der Ostsee, Kapitän zur See Eduard von Jachmann, den Befehl, mit dem preußische Ostseegeschwader zu ermitteln, wie ernst die zu erwartende Blockade sei. Bei dieser Erkundung stieß das Geschwader östlich der zur Insel Rügen gehörenden Halbinsel Jasmund auf das aus einem Linienschiff, zwei Fregatten und zwei Korvetten bestehende Blockadegeschwader des Konteradmirals Carl Edvard van Dokkum mit zusammen 168 Geschützen. Das um 14.30 Uhr einsetzende Gefecht kostete fünf Preußen und drei Dänen das Leben. Sieben preußischen Verwundeten standen 19 dänische gegenüber.



Seegefecht bei Jasmund: „Loreley", „Nymphe" und die dänische Fregatte „Sjaelland" (v.l.) — Bild: Archiv

Das Gefecht blieb für den weiteren Verlauf der Blockade und erst recht des Krieges ohne Relevanz. Seine Bedeutung liegt vor allem in der Premiere, der Feuerprobe auf preußischer Seite. Das Werk des Großen Generalstabs urteilte über das Gefecht wie folgt: „Wenn Kapitän Jachmann in diesem Gefecht auch keinen Erfolg errungen hatte, so war der Tag doch insofern von Bedeutung, als es der erste Kampf war, den ein Theil der jung aufstrebenden Flotte bestanden hatte. Ohne Bedenken war das Geschwader dem dreifach überlegenen Feind entgegen gegangen und hatte sich dem Gegner in der Gefechtsleitung überlegen gezeigt. Den Dänen dagegen war es nicht gelungen, ihre Übermacht zur vollen Geltung zu bringen."

Entsprechend dieser positiven Einschätzung machte Jachmann anschließend Karriere. Der umgehenden Ernennung zum Konteradmiral „zum Beweise der Anerkennung der Umsicht, Entschlossenheit und Kühnheit, mit welcher derselbe am 17. März ein überlegenes feindliches Geschwader angegriffen" hatte, folgte 1869 die zum Vizeadmiral sowie 1871 schließlich jene zum Oberbefehlshaber sämtlicher Seestreitkräfte.

Manuel Ruoff

Banker über Umwege

Der erste Präsident der Zentralnotenbank des Deutschen Reiches

Nach der Gründung des Deutschen Reiches erhielt der neue Staat auch eine eigene neue Währung, die Goldmark. Die Aufgabe der zentralen Notenbank übernahm ein halbes Jahrzehnt später jene des mit Abstand größten Bundesstaates, die Preußische Bank. Aus ihr wurde die Reichsbank, aus ihrem Präsidenten der Reichsbankpräsident.

Erster Präsident der Reichsbank wurde mit Hermann von Dechand ein Mann, der wohl erst von seinem Vorgänger an der Spitze der Preußischen Bank, Ferdinand von Lamprecht, für das Bankwesen gewonnen worden war. Als Gymnasiast hatte der vor 200 Jahren, am 2. April 1814, in Marienwerder geborene Preuße eigentlich Philosoph werden wollen. Als Student wandte er sich dann des Rechts- und Finanzwissenschaften zu, wobei ursprünglich Jura überwog. Nach dem Studium in Bonn und Berlin war der Jungakademiker als erstes am Stadt- und Landgericht sowie am Oberlandesgericht seiner Vaterstadt tätig.

1838 wechselte er jedoch von der Judikative in die Exekutive, blieb aber vorerst in Marienwerder. 1844 ging er zur Weiterbildung in die Hauptstadt Berlin und wurde dort noch im selben Jahre in die Finanzverwaltung übernommen. Es folgten Einsätze in der Provinz Westfalen. 1846 arbeitete er in Arnsberg, im darauffolgenden Jahr in Münster.

Die 48er Revolution gab Dechends Karriere dann neuen Schub. Der damalige preußische Finanzminister David Hansemann rief ihn nach Berlin zurück, um die Preußische Darlehenskasse zu errichten und zu leiten. Im Jahre darauf holte ihn der Handelsminister August von der Heydt in sein Ministerium.

In dieser Berliner Zeit hatte Dechend intensiveren Kontakt zum Präsidenten der Preußischen Bank, Ferdinand von Lamprecht.



Hermann von Dechend — Bild: Archiv

1851 wechselte er in dessen Haus. Er wurde Hauptbankdirektor und Mitglied des Direktoriums. Im März 1864 schließlich wurde er Vizepräsident. Als Lamprecht im Dezember 1864 starb, wurde Dechend sein Nachfolger.

Als Chef der Zentralnotenbank seines Staates versuchte er, die Privatnotenbanken zurückzudrängen. Gleichzeitig baute er das Filialnetz großzügig aus, was vor allem durch die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches seiner Bank infolge der Einigungskriege eine große Herausforderung war. Unter seiner Ägide wurde sein Haus zu einer der führenden Zentralbanken Europas.

Politisch stand Dechend im Lager der linkskonservativen Bismarck-nahen Freikonservativen. Für sie saß er 1867 bis 1869 als Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus. Nach der Reichsgründung war er von 1872 bis zu seinem Tode Mitglied des Herrenhauses. Ab 1884 gehörte er auch dem Staatsrat an. 1885 war er dann auch noch kurz Reichstagsabgeordneter.

Die von ihm als Freikonservativem begrüßte Einigung machte ihn nicht nur vom Präsidenten der Preußischen Bank zum Reichsbankpräsidenten, sondern bescherte ihm auch zusätzliche Aufgaben im Zuge der Währungsumstellung, wobei er ungeachtet seiner Bismarck-Nähe auf Unabhängigkeit von der Regierung bestand. Der bei der Einführung der Goldmark zu befürchtenden Goldknappheit begegnete er mit der Versorgung der Wirtschaft mit Silberkurantgeld. Zu den großen Leistungen des Reichsbankpräsidenten bei der Währungsumstellung zählt des Weiteren die Einführung des Giroverkehrs, der Maßstäbe setzte. Hermann von Dechends Wirken als Reichsbankpräsident endete am 30. April 1890 mit seinem Tod in Berlin. *M.R.*

Die Angst geht um

Zu: Revision darf kein Tabu sein (Nr. 10)

Vor genau 100 Jahren begann in Europa der Erste Weltkrieg. Ausgangspunkt war ein zwischen Österreich-Ungarn und Serbien seit Jahren schwelender Konflikt, der durch die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin eskalierte und durch die Einmischung der europäischen Großmächte zum Weltkrieg mutierte.

Und heute? Wird der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkrieges, weil sich die Großmächte, allen voran die USA, wieder nicht zurückhalten können? Spielen sich die USA einmal mehr als Hüter des Völkerrechts auf, das sie in ihrer eigenen Geschichte selbst oft genug gebrochen haben, wie zum Beispiel im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak, von dem sie weder angegriffen noch bedroht waren? Suchen die USA nicht vielmehr einen Vorwand, um die Grenze ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflussbereiches durch Einbeziehung der Ukraine wieder ein Stück weiter nach Osten vorzuschieben, ohne zu bedenken, dass sich die Russen dadurch bedroht fühlen könnten? Früher nannte man das Imperialismus.

Stoßen die europäischen Staaten in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Führungsmacht USA nicht in dasselbe Horn, statt als neutraler Vermittler aufzutreten? Dem Autor des Artikels ist zuzustimmen: „Die Deutschen sollten sich nicht von den USA aufhetzen lassen.“

Ich gestehe offen: Ich habe Angst! Angst, dass den Politikern – wie 1914 – ein lokaler Konflikt aus den Händen gleitet und zu einem dritten Weltkrieg wird, den – auch wie 1914 – angeblich niemand gewollt hat. **Rolf Bürgel, Darmstadt**

Falschen Gegner ausgesucht

Zu: Berlins zentrale Rolle (Nr. 10)

„Die Torheit der Regierenden“ (so lautet ein Buchtitel der US-Historikerin Barbara Tuchman) wird in der Ukraine in besonderer Weise vom Westen beispielhaft vorgeführt: Die USA wollen Russland mit der Ukraine das letzte Vorfeld nehmen, in dem Russland aber die stärkeren Bataillone hat.

Die EU-Europäer, nicht zuletzt Deutschland, mischen in diesem neuen „großen Spiel“ mit, obschon sie stark von Russlands Energielieferungen abhängig sind, und aus vielen anderen Gründen an einem guten Verhältnis zum großen Nachbarn interessiert sein müssten. Die USA und EU-Europa initiierten oder forcierten zumindest eine Revolution, welche die Lunte an das Pulverfass der ethnischen Frage legen musste, die auf der Krim und in Teilen auch in der östliche Ukraine im Zweifelsfall zugunsten Russlands entschieden wird.

Um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, halst sich die EU durch die Einmischung eine finanzielle Last auf, die untragbar ist. Außerdem: Nützt es dem Westen, wenn Russland seine Kraft gegen ihn verbraucht und dadurch den Fernen Osten völlig an China verliert? **Manfred Backerra, Hamburg**

Keine Meinung

Zu: Berlins zentrale Rolle (Nr. 10)

Ja, Berlin kommt in Sachen Ukraine eine zentrale Rolle zu. Aber diese ist so zu verstehen: Die Bilderberger, die aus den USA stammen, haben den Wunsch geäußert, dass die Ukraine vollständig in den westlichen Machtbereich eingeordnet wird. Diese Wünsche sind den Kommissaren in Brüssel und der Berliner Regierung ein Befehl. Ich glaube nicht, dass die Berliner Regierung oder gar der Wendehals Merkel dazu eine eigene Meinung hat. Eigene Meinungen leisten sich nur souveräne Staaten. **Jürgen Kunz, Buchen**

Scheindemokratie

Zu: Wenn nur noch die Gesinnung zählt (Nr. 9)

Wer freut sich schon, wenn er einen Spiegel vorgehalten bekommt und darin erkennen muss, welche ärmliche Figur er macht.

In Deutschland gibt es Tabuthemen, die kein Journalist anpacken darf. Der vorauseilende regierungstreue Journalismus ist da nur ein Teil der Kampagne, mit denen echte Demokratien schlechtgeredet werden und Scheindemokratien wie Deutschland als demokratische Rechtsstaaten bezeichnet werden.

Ich denke, ein Volk, das den Verblödungsjournalismus des Regierungsfernsehens nicht durchschaut und auch nicht dementsprechend reagiert, ist auch nicht in der Lage, in demokratischen Strukturen wie in der Schweiz zu leben. Was ist zum Beispiel ein Grundgesetz wert, wenn das Volk nicht in der Lage ist zu erkennen, dass darin sehr viel geschrieben steht, nur damit die Seiten voll wurden? **Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien**



Ein selbstgerechter Tugend-Mob protestiert gegen Thilo Sarrazin: Der Gesinnungsterror hat längst alle Ebenen von Politik und Gesellschaft erreicht Bild: action press

Welche Gleichberechtigung?

Zu: Wenn nur noch die Gesinnung zählt (Nr. 9)

Die Interviewerin begleitet die Veröffentlichung des neuesten Buches von Thilo Sarrazin „Der neue Tugendterror“ mit kritischen Fragen. Wohl nötig, da nur wenige Leser das Buch gelesen haben und auch nur wenige Bewertungsmaßstäbe dazu zur Verfügung haben dürften. Dank dafür!

In diesem Interview geht Sarrazin neben vielen Nebenaspekten auch auf die versuchte Meinungsmache zur Mehrheit wahlberechtigter „Demokraten“ ein. Es ist der für mich wesentliche des von ihm mit Recht als „prinzipienstarker Gesinnungsjournalismus“ bezeichnete alltägliche TV- und Zeitungs-Journalismus. Der Schwerpunkt dieser Meinungsmache in der Zeitgeist-Journaille ist immer der Hinweis auf die sogenannte „Gleichberechtigung“. Dabei wird immer nur auf eine rein materielle „Gleichberechtigung“ abgehoben, was ja bei jedem sogenannten „Armen“ schnell Anklang findet. Was aber immer unterschlagen wird, ist die Tatsache, dass die heutige Auffassung von „Gleichberechtigung“ mit dem geistigen Ursprung dieses Ideals gar nichts mehr zu tun hat. Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika nach Jefferson 1776 besagt zur Gleichberechtigung: „... dass alle Menschen gleich erschaffen, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit.“

Leben und Freiheit sind allein Anspruch auf Gleichberechtigung. Materielle Gleichberechtigung kann nur vom einzelnen in seinem Bestreben nach Glückseligkeit selbst erworben werden.

Die Interpretation von „Gleichberechtigung“ im Sinne der französischen Revolution nach 1789 auf gleichen Besitzanspruch ist offenkundig im linksideologischen Denken von heute allein vorhanden. Und leider wird das von den Politprofis aller Parteien missbraucht. **Manfred Laufer, Meppen**

Ukraine: Zu hoch gepokert

Zu: Berlins zentrale Rolle (Nr. 10)

1954 schrieb der Schweizer Historiker Herbert Lüthy die aufsehen- und anerkennungfindende Analyse „Frankreichs Uhren gehen anders“ – das hat sich bis jetzt nicht geändert. Heute fehlt leider ein Buch mit dem Titel: „Russlands Uhren gehen anders“. Doch auch ohne Buch sollten die EU-Politiker, viele deutsche Zeitungen und auch Obama wissen, dass seit jeher Russlands Uhren anders gingen, gehen und gehen werden. Das ergibt sich aus seiner Geschichte, aus der russischen Mentalität und auch aus der russischen Religion.

Das westliche Gerede vom wiedergekommenen Kalten Krieg wird der Situation in keiner Weise gerecht. Auch irgendwelche Bezüge zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – Sommer 2014 – gehen fehl. Warum?

Die Krim ist ein Teil Russlands. Katharina II., genannt „Die Große“, – deutschen Geblüts – erklärte vor 231 Jahren, am 8. April 1783, die Krim „von nun an und für alle Zeiten“ als russisch. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist Sewastopol der Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Das änderte sich auch nicht, als Nikita Chruschtschow aus einer Laune heraus – oder weil er im ukrainischen Donezbecken aufgewachsen war – die Krim der ihm untertanen Sowjetrepublik Ukraine „schenkte“. Anlass war die Feier des 300. Jahrestages, als seinerzeit der von Polen bedrängte ukrainische Kosakenstaat sich dem Schutz des russischen Zaren unterstellte – „nomen est omen!“.

Das änderte sich auch nicht, als am 24. August 1991 der souveräne Staat „Ukraine“ entstand. Jedoch, die ukrainische Autorität über die Krim war und blieb fragil. Lediglich mit erheblichem politischem Druck konnte ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim verhindert werden. Als Kompromiss wurde 1992 der Krim der Status einer Autonomen Republik innerhalb des ukrainischen Staates zugestanden. Die Krim erhielt Hoheitsrechte in Finanzen, Verwaltung und Recht.

Im Juli 1993 erklärte das russische Parlament Sewastopol, welches nicht nur der wichtigste Flottenstützpunkt, sondern wegen seiner Rolle im Krimkrieg und im „Große Vaterländischen Krieg des sowjetischen Volkes“ gegen Deutschland ein nationaler russischer Mythos ist, zur russischen Stadt auf fremdem Territorium nach dem Vorbild Gibraltars. Erst im Mai 1997 haben Russland und die Ukraine in einem Vertrag die Aufteilung der Flotte und den Verbleib der russischen Marine auf der Krim geregelt. Der Pachtvertrag wurde 2010 bis zum Jahr 2042 verlängert.

Es braucht keine Phantasie, sondern einzig nüchternen Menschenverstand, um zu erkennen, dass für die Russische Föderation – gleichgültig wer an ihrer Spitze steht – es überhaupt nicht in Frage kommt, dass die Ukraine sich mit der EU assoziiert, ja ihr beitritt, dass die Ukraine der Nato beitritt, so dass in Sewastopol kein Platz mehr ist für die russische Schwarzmeer-/Mittelmeerflotte. Da ist jetzt der Moment gekommen, die Krim von der Ukraine abzutrennen und den einzig richtigen Status, den der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation wiederherzustellen.

Die EU und die Nato haben zu hoch gepokert, das ist ihr Problem. Außerdem: Sowohl die USA wie auch Großbritannien besitzen Territorien, die aus souveränen Staaten herausgeschnitten sind: Guantánamo und Gibraltar. Zudem: Die EU-Insel Zypern duldet nolens volens die britischen Stützpunkte aus kolonialer Zeit. Rund fünf Prozent der Fläche der Republik Zypern sind britisches Hoheitsgebiet. Die Krim dagegen ist russischer Boden. **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Ein Rattenfänger

Zu: Revision darf kein Tabu sein (Nr. 10)

Dem guten Kommentar ist kaum etwas hinzuzufügen. Dennoch: Es ist ein Trauerspiel zu erleben, wie im Verlauf der Krimkrise alle westlichen Länder den USA folgen wie dem Rattenfänger von Hameln. Wenn sich jetzt noch ein US-Zerstörer ins Schwarze Meer aufmacht, wäre es sicher im Bereich des Möglichen, wieder ein kleines Pearl Harbor zu inszenieren. Auf jeden Fall ist die Krise geeignet und wohl auch von den USA heraufbeschworen, um einen Keil zwischen Russland und die EU zu treiben.

Sind unsere Politiker so dumm oder angstgepeinigt, weil sonst Schlimmeres droht? **Eva–M. Licht, Herrsching**

Eine Verhöhnug

Zu: Tief verunsichert (Nr. 8)

Zu Dresden möchte ich sagen, dass einst über 200 000 Opfer gezählt wurden in der Bombennacht vom 13. zum 14. Februar 1945. Auf Grund der extrem hohen Temperaturen wurden nicht alle Leichen gefunden, daher schätzt man 350 000 bis 500 000 Opfer. Die Stadt war schließlich zu über 80 Prozent zerstört.

Vergleicht man das mit den aktuell nach unten revidierten Zahlen von 16 000, ist das eine Verhöhnung der zivilen Opfer. Die Bombardierung Dresdens war und ist ein Kriegsverbrechen.

Wenn heute an dem Gedenktag nackte Frauen herumhüpfen und sich bei den Briten noch dafür bedanken – das schlägt dem Fass den Boden aus. So viel Dummheit ist unerträglich. **Rainer Sebald, Hamburg**

Nachzudenken kann nicht schaden

Zu: Wenn nur noch die Gesinnung zählt (Nr. 9)

Mir geht es auch um die von Thilo Sarrazin angesprochene Gleichmacherei. Von Verbrechern (Lobbyisten) bis in die Haarspitzen geschmierte Politiker, schon ab Gemeinde- beziehungsweise Stadtebene, wollen mit unterschiedlichen Mitteln aber gleichem Ziel nur eines: ein willfähriges, gleichgeschaltetes Wahlvolk. Denn die Politiker wollen in Ruhe nur einem nachgehen: die Pfründe ihrer persönlichen Bereicherung zu sichern und zu mehren.

Dabei nutzen Sie auch immer mehr die nahezu schon völlig gleichgeschalteten Medien. Also das von abgepressten Gebühren der Bevölkerung sehr gut lebende Staatsfernsehen und den Staatsrundfunk. Ebenso die größtenteils links-grüne Presse im Land.

Ich möchte mich aber von all diesen Medien nicht gleichmachen lassen. Bis 1989 musste ich als Leipziger so etwas schon einmal über mich ergehen lassen. Schon aus diesem Grunde lehne ich solches aus tiefstem Herzen und hoffentlich meist wachem Verstand ab.

Die völlig verquasten Gleichmachereien möchte ich an einem biologischen Beispiel erläutern: Biologisch gehört der Mensch zu den Säugetieren. Das können nicht einmal die erzlinks-grünen Tatsachenverdreher bestreiten. Um den Fortbestand der jeweiligen Art zu sichern, bedarf es der Natur nach ein weibliches und ein männliches Wesen der jeweiligen Art. Nur in dieser Kombination ist die Vermehrung auf natürliche Weise gegeben. Auf uns Menschen bezogen spricht man von Heterosexualität. Jegliche andere Art der Sexualität ist nach meiner Ansicht nach somit nicht natürlich.

Ich bin weit davon entfernt, Personen, welche solche Neigungen in sich tragen, zu verurteilen oder Ähnliches. Aber ich wehre mich entschieden dagegen, dieses als normal zu bezeichnen und mit diesen Personen in einen „Gendertopf“ geworfen zu werden.

Ich habe zwei Kinder in die Welt gesetzt und großgezogen. Das bezeichne ich als normal. Alles andere ist biologisch wider die Natur. Auch das ständige Getue und lärmende Geschrei dieser Gruppen geht mir gehörig auf den Zeiger. Es ist purer Unsinn. Aber nachdenken hat noch nie zu den Stärken von Schreihälsen, linken Demagogen oder grünen Pädophilen gehört. Ohne mich! **Hartmut Thiele, Leipzig**

Aus der Krise heraushalten

Zu: Revolution mit offenem Ausgang (Nr. 5)

Dem Artikel über die gegenwärtigen Ereignisse in der Ukraine möchte ich einiges anfügen. Worum geht es eigentlich bei dem vom Westen organisierten Chaos? Es soll eine weitere Flanke Russlands geschleift werden. Bei den Verhandlungen zur Vereinigung Deutschlands von 1989 hat man Russland das erste Mal über den Tisch gezogen. Die Rote Armee zog ab und die westlichen Alliierten blieben. Das Versprechen des Westens, die Nato nicht weiter nach Osten auszudehnen, wurde gebrochen. Das von Amerika geplante Raketenabwehrsystem, angeblich gegen den Iran, ist gegen Russland gerichtet. Und nun die Ukraine. Soros hat schon die Orangene Revolution in Kiew vor ein paar Jahren finanziert. Weil ihm Demokratie nach westlicher Art so wichtig ist? Damals hat es nicht so richtig geklappt. Jetzt aber soll es klappen, mit Gewalt.

Den USA ist jedes Mittel recht, ihren Machterhalt in der Welt durchzusetzen. Aber müssen Deutschland und die deutschen Mainstream-Medien da mitmachen? Was haben Westerwelle, McCain, Frau Ashton und die EU-Granden in Kiew zu suchen und sich einzumischen. Es ist ein übles Spiel. Der deutsche Vasall der Amerikaner sollte sich da heraushalten. **Dr. Knut Wuntke, Milow**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 12 – 22. März 2014

MELDUNGEN

Philips investiert in Rastenburg

Rastenburg – Die Firma Philips Lighting Poland will in Rastenburg [Ketrzyn] bis zum Jahre 2018 mehr als 50 Millionen Zloty (etwa zwölf Millionen Euro) investieren. 565 Personen arbeiten bereits in der Kreisstadt für das Unternehmen. 70 sollen nun hinzukommen. In der Stadt baut das polnische Tochterunternehmen des niederländischen Konzerns unter anderem Beleuchtungskörper für Straßen, Büros, Schulen, Krankenhäuser, Geschäfte, Industriebauten, Tankstellen und Stadien. Nach der Modernisierung der Fabrik sollen dort auch energiesparende LED-Leuchten hergestellt werden. Laut Dorota Filipowicz von Philips Lighting Poland gehört zum Rastenburger Betrieb auch ein Zentrum für Forschung und Entwicklung mit 50 Mitarbeitern. Es sei eines von nur vier derartigen Zentren auf der ganzen Welt. In der Republik Polen besitzt Philips Lighting Poland neben jener in Rastenburg auch noch je eine Produktionsstätte in der ehemaligen Hauptstadt der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Schneidemühl, und in Pabianice bei Lodz. *PAZ*

Oberteich statt Obersee

Königsberg – In der Nummer 10 vom 8. dieses Monats war auf dieser Seite leider vom Wrangelturm am Köngsberger Obersee statt vom Oberteich die Rede, wie es richtig hätte heißen müssen. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen. *PAZ*

Russen setzen auf Schlachtenbummler

Militärhistorisch bedeutende Stätten und die Fußball-WM 2018 sollen Touristen nach Königsberg locken

Die Königsberger Regionalregierung legt großen Wert auf die Entwicklung des Gebiets zu einem touristischen Zentrum, das viele Touristen anzieht, sowohl aus Russland als auch aus anderen Ländern.

Ursprünglich lautet das Ziel sieben Millionen Touristenbesuche bis 2020. Als jedoch klar wurde, dass diese Zahl völlig unrealistisch ist, wurden die Pläne etwas bescheidener: Nun rechnet man mit vier Millionen, gestützt auf die Zahlen der Vorjahre. Im Jahr 2012 haben 475 000 Gäste das Gebiet besucht. Nur ein gutes Zehntel von ihnen – 48 000 – kamen von außerhalb der Russischen Föderation.

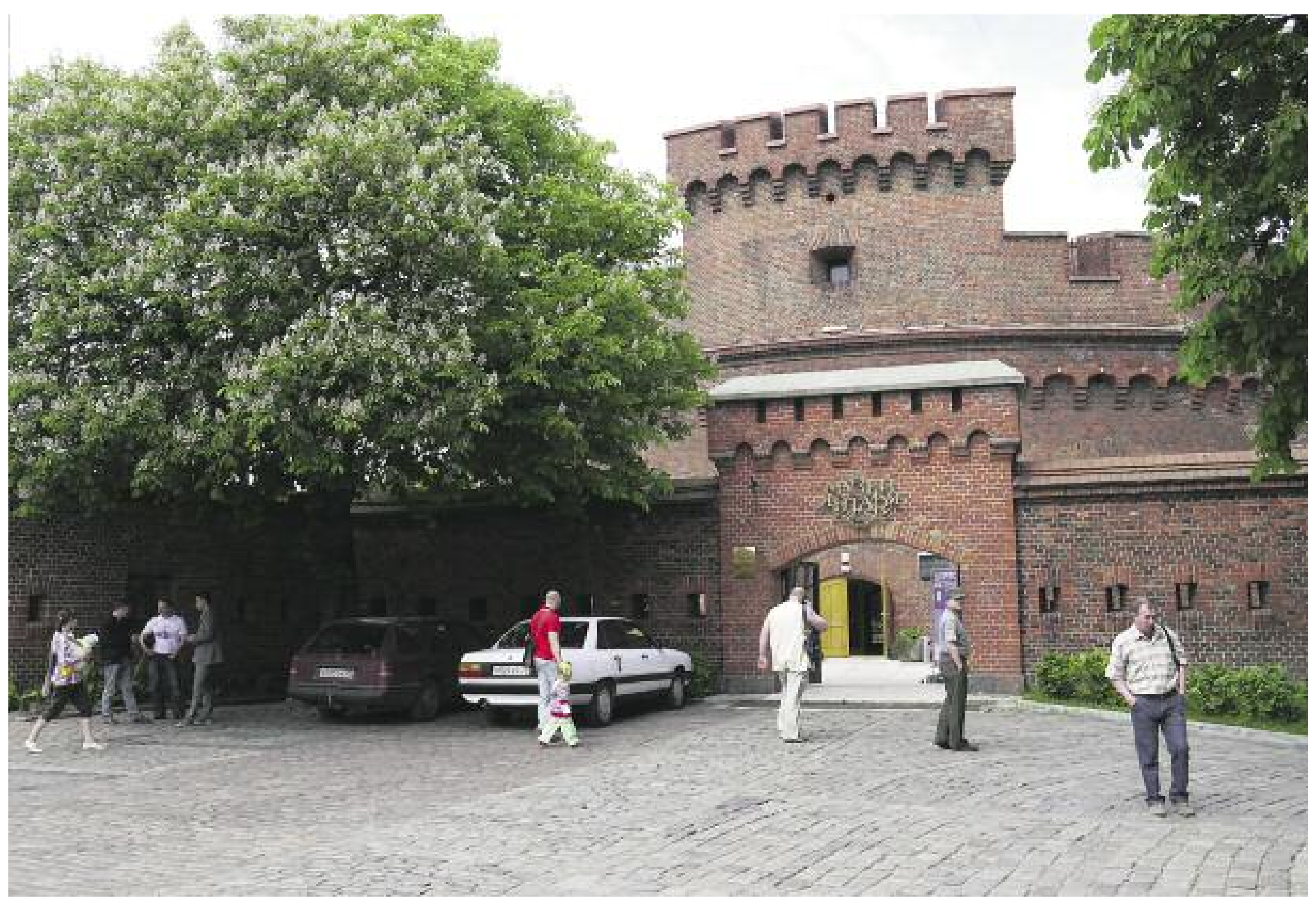
Die für Tourismus zuständige Ministerin Marina Agejewa hat

150 Prozent mehr als im Vorjahr?

bei einer Zusammenkunft der Gebietsregierung die vorläufigen Ergebnisse für 2013 bekanntgegeben. Die Auswertung einer Umfrage unter Vertretern der Tourismusbranche hat ergeben, dass der Touristenzustrom um sieben Prozent gestiegen ist. Agejewa fügte hinzu, dass für dieses Jahr ein Anstieg der Gästezahlen um das Anderthalbfache erwartet wird. Die Ministerin rechnet mit einer großen Sogwirkung durch die in der Region stattfindenden Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2018.

Doch die Beamten der Region zählen nicht nur auf die Fußball-WM. Die örtliche russische Agentur für Tourismus richtet ihre Aufmerksamkeit auch auf die Entwicklung eines militärgeschichtlichen Tourismus. Sie glaubt, dass eine Route zu den Schauplätzen militärhistorisch bedeutender Ereignisse für Gäste der Region interessant sein müsste, genauso für Einheimische wie auch Touristen von außerhalb. Das Königsberger Gebiet sei in dieser Hinsicht besonders anziehend. Die russische militärhistorische Gesellschaft, die mit der Tourismusbehörde zusammenarbeitet, hat bereits entsprechende Routen im Gebiet ausgearbeitet. Nach Ansicht der Experten hat das Königsberger Gebiet mit seinen Festungen und militärischen Objekten aus der Vorkriegs- und der Sowjetzeit einen unbestreitbaren Vorteil. Die wichtigsten Ziele dieser Strecke, die Touristenströme anlocken sollen, dürften die eng beieinanderliegenden Forts und Festungen Ostpreußens sein. Es ist der „Festungsring Königsbergs“, zu dem der Wrangelturm, die Bastion Oberteich, Grolmann und der Dohna-Turm gehören. Mit den Orten der blutigen Schlachten des Siebenjährigen Kriegs, der napoleonischen Kriege sowie des Ersten und Zweiten Weltkriegs lassen sich vielfältige Reiserouten zusammenstellen.

Im Rahmen des aktuellen regionalen Tourismus-Programms sind 53 Milliarden Rubel (gut eine Million Euro) bis zum Jahr 2020 vorgesehen, dem Jahr, bis zu dem eigentlich sieben Millionen Reisende das Gebiet besucht haben sollten. *Jurij Tschernyschew*



Ostpreußen ist als Grenzprovinz voller militärhistorisch bedeutender Stätten: Der Wrangelturm

Bild: Tschernyschew

Tierisches Denkmal

Cranz: Robbe Rjurik hat nun Doppelgänger aus Granit

Im Sommer 2012 konnte man in Cranz für längere Zeit auf eine seltene Erscheinung treffen. Am Strand tauchte eine graue Ostseerobbe auf, eine von der Ausrottung bedrohte Tierart, die bereits ins rote Buch der Internationalen Naturschutz-Gesellschaft aufgenommen wurde. Nun wurde der Robbe am Orte ihres Erscheinens ein Denkmal gesetzt.

Kinder und Erwachsene betrachteten 2012 die Robbe mit Interesse und Begeisterung, machten Fotos von ihr und begannen, sie zu füttern. Das Tier zeigte keine Scheu und fraß den Menschen beinahe aus der Hand. Bald gefiel es dem Meeresbewohner so gut in Cranz, dass man ihn ständig aus den Wellen auftauchen oder nachts am Strand zwischen Steinen übernachten sah. Die Robbe, der die Cranzer den Namen Rjurik gaben, blieb fast den ganzen Sommer über. Erst mit der Herbstkälte schwamm sie ins Meer zurück. Von Zeit zu Zeit werden auch an anderen Küstenorten der Ostsee Robben beobachtet. Doch für gewöhnlich bleiben sie nur kurze Zeit am Strand und schwimmen dann ins weite Meer zurück. Nur die Cranzer Robbe wurde zum ständigen Strandbewohner.

Die Cranzer vergaßen ihren Gast nicht, sie begannen sich nach ihm zu sehnen und entschieden sich schließlich dazu, ihm ein Denkmal zu setzen. Eine vom Königsberger Bildhauer Valerij Kowaljow aus Granit erschaffene Skulptur wurde an der Stelle der Promenade aufgestellt, wo man die Robbe am häufigsten gesehen hatte. Wo die echte Robbe nun nicht mehr am Strand zu sehen ist, können sich die Besucher wenigstens mit ihrem granitenen Stellvertreter ablichten lassen.



Bild: Tschernyschew

Beliebtes Fotomotiv: Denkmal für Robbe Rjurik

Während die echte Robbe dank der Fütterung durch die begeisterten Cranzer gut gestärkt ins Meer zurückschwamm, hatte die Skulptur weniger Glück. Schon bald nach ihrer Aufstellung wies sie Spuren von Vandalismus auf. Die Flossen wurden mit einem schweren Gegenstand beschädigt. Dennoch stellt die Skulptur eine Verschönerung der Promenade dar und erinnert an den lustigen Meeresbewohner. *J.T.*

Sanierung kann beginnen

»Königsberger Kundendienst« führt Arbeiten am Hansaplatz aus

In Königsberg ist die Zuständigkeit für den Hansaplatz [Siegesplatz] offiziell geklärt worden. Bislang waren Wartungsarbeiten von verschiedenen Auftragnehmern ausgeführt worden. Ab sofort werden sämtliche Arbeiten auf dem Platz von dem staatlichen Unternehmen „Königsberger Kundendienst“ ausgeführt.

Auf Beschluss des Abgeordnetenrates der Stadt ist dem städtischen Betrieb die Nutzung des Hansaplatzes für unbestimmte Zeit übertragen worden. Er überwacht dafür die Qualität der Arbeit aller beauftragen Subunternehmen. Im laufenden Jahr wird die Erhaltung des Platzes im Rahmen des städtischen Vertrags „Ausführende Arbeiten zum Erhalt des Siegesplatzes“ durchgeführt.

Die Pflasterung und die verlegten Gehwegplatten sind in sehr schlechtem Zustand, weil bereits beim Verlegen grobe handwerkliche Fehler begangen wurden. Sie zu entfernen und neu verlegen zu lassen fällt nun ebenfalls in den Aufgabenbereich des städtischen Unternehmens. Nach Schätzungen der Stadtverwaltung werden die Kosten für eine Erneuerung des Platzes umgerechnet drei Millionen Euro betragen. Es geht dabei um erhaltende Arbeiten an der Siegessäule, der Granitmauer,



Bild: Tschernyschew

Bei Touristen beliebt: Hansaplatz

den Pflastersteinen, den Lampen, der Bepflanzung und der Bänke.

Der Hansaplatz ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt der Stadt, Standort vieler Behörden, eine bei Touristen beliebte Sehenswürdigkeit und Treffpunkt für die Bewohner Königsbergs. In der Nachbarschaft des Hansaplatzes befinden sich Gebäude und noch erhalten Gebliebenes aus dem alten Königsberg neben Nachkriegsbauten. Sein derzeitiges Aussehen erhielt der Platz anlässlich der Feiern zum Stadtjubiläum im Jahre 2005: Die Christi-Erlöser-Kathedrale wurde gebaut, eine orthodoxe Kapelle, die Siegessäule, die der Siegesorden krönt, sowie die Einkaufszentren „Klover“ und „Europa“. Dennoch hat der Platz sein Aussehen und seine Form im Vergleich zur Vorkriegszeit wenig verändert. Schaut man sich Fotos aus jener Zeit an, sind heute noch ohne Mühe das Gebäude des Nordbahnhofs, das Universitätsgebäude und das Rathaus zu erkennen – allesamt architektonische Dominanten in der Nähe des Hauptplatzes der Stadt. Deshalb zieht der Hansaplatz nach wie vor das Interesse der Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland auf sich. Gerade sie lieben es, in geführten Gruppen oder individuell das Stadtzentrum zu erkunden. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

lange habe ich gezögert, das Foto, das Sie heute auf unserer Familienseite sehen, zu veröffentlichen. Es erschien mir für unsere Kolumne, die eine Vielfalt der unterschiedlichsten Themen erfasst, zu bedrückend in seiner Aussage, so dass ich meinte, dass es viele Leserinnen und Leser in der Erinnerung an das in der Endphase des Kampfes um Ostpreußen Geschehene zu sehr belasten könnte. Denn was das Foto zeigt, ist das Strandgut jener letzten Kampftage, das noch heute aus der Tiefe des Frischen Haffes an Land gespült wird. **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt hat es auf einer seiner Reisen in das Heimatland seines Vaters, das der Nachgeborene auch als das seine empfindet, aufgenommen und es mir vor einigen Wochen zugesandt. Weil mich die Aufnahme selber tief berührte, legte ich es beiseite, ebenso seinen Bericht über das damalige Geschehen, das ein Kamerad aus der ehemaligen Einheit seines Vaters in diesen Aufzeichnungen festgehalten hat. Aber nun halte ich es doch angesichts der bedrückenden politischen Lage im östlichen Europa für gegeben, das Bild zu zeigen – als Mahnung, als Menetekel, als Beweis sinnloser Vernichtung menschlichen Lebens. Und ich will auch den Bericht nicht vorenthalten, den Bernd Dauskardt dazu schrieb, der seine Eindrücke beim Anblick dieses Strandgutes schildert:

„Bei meinen Fahrten in den letzten Jahren nach Nordostpreußen machte mir mein Fahrer und Dolmetscher und inzwischen auch mein Freund **Waldemar** aus Gumbinnen an einem stürmischen Tag den Vorschlag, das Steilufer und den Strand bei Balga aufzusuchen. Als Russe betreut er mich schon seit über 20 Jahren vor Ort. Ich habe ihm bei meinen Nachforschungen viel zu verdanken. Waldemar wusste anscheinend aus Erfahrung, was ihn dort erwartete. Um an den Strand zu gelangen, mussten wir die Stufen einer Holztreppe hinunterklettern, dabei konnte man sich sprichwörtlich alle Knochen brechen. Rechterhand passierten wir die Ruine der alten Ordensburg Balga. Am Strand angekommen wehte dort ein furchtbarer Sturm, wir konnten uns kaum auf den Beinen halten.

Und dann der Anblick: Der Strand übersät mit angeschwemmtem Heeresgut der Wehrmacht: Stahlhelme, Munitionskästen, Gasmasken, Benzinkanister und Hufeisen. Viele Fundstücke waren als Gegenstand nicht mehr zu identifizieren. Ein stummes unbestechliches Zeugnis des Dramas, das sich vor nunmehr 69 Jahren hier am Frischen Haff abgespielt hatte, bei dem Soldaten und Flüchtlinge ihr Leben verloren. Mich hat der Anblick tief erschüttert“.

Wochen später wieder in Hollenstedt, hat Bernd Dauskardt versucht, die Eindrücke zu ordnen und sie mit den Berichten von Wehrmachtsangehörigen, die das Drama überlebten, zu verbinden und damit das Geschehen transparenter zu machen. Diese Ausführungen stehen als Sonderbericht auf unserer Seite.



Strandgut bei Balga: Stumme Zeugen des letzten Kampfes um Ostpreußen Bild: privat

Das Bild beweist mehr als Worte, dass manches Schicksal, das noch immer mit dem Vermerk „vermisst“ in den Karteien registriert wird, nicht mehr zu lösen ist. Trotz aller Bemühen der Suchorganisationen, trotz eigener Nachforschungen der Suchenden, die manchmal Hoffnungen erweckten, die dann doch nicht erfüllt wurden. Zwar konnten in den letzten Jahren, seit Moskau den Zugang zu den Daten der in den sowjetischen Lagern verstorbenen Zivil- und Kriegsgefangenen ermöglicht hat, doch einige Schicksale geklärt werden, was bei den noch immer suchenden Familienangehörigen Hoffnung erweckte. Und manchmal geschieht tatsächlich auch das, was man „Wunder“ nennt. Aber die sind inzwischen rar geworden, die Zeit fordert ihren Tribut.

So hatten wir auch gehofft, Herrn **Artur Kinzel** aus Hamburg eine Verbindung zu Landsleuten vermitteln zu können, die etwas über den Verbleib seines gleichnamigen Vaters aussagen könnten, der am 30. Januar 1945 aus seiner Wohnung in Rosengarth, Kreis Heilsberg von den Russen abgeführt wurde und seitdem verschollen ist. Wie uns Herr Kinzel zu Jahresbeginn mitteilte, hatten sich auch einige Landsleute gemeldet, worüber er sehr erfreut war, aber konkrete Aussagen machten sie nicht. Nun hat ihm der DRK-Suchdienst Hamburg das bereits 1982 erstellte Gutachten zugesandt, aus dem hervorgeht, dass sein Vater Artur Kinzel mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Internierung verstorben sei. Neue Meldungen über den Verbleib des 42-jährigen Landwirts lägen nicht vor, die erneute Auswertung der dem DRK zur Verfügung stehenden Karteien und Datenbanken sei negativ verlaufen. Dem Gutachten liegen Auszüge von Namenslisten und Skizzenblätter der Zivilverschollenenliste aus dem Kreis Heilsberg bei, in denen auch die möglichen Verbringungswege der Inhaftierten von den Festnahmeorten bis in die Sowjetunion skizziert sind. Bei eingehender Betrachtung fällt aber etwas auf. Als wir die Suche in der *PAZ* Folge 11/13 veröffentlichten, endete nach den damals vorliegenden Angaben die Lebensspur des Artur Kinzel in einem Wald bei Rosengarth, aus dem Schüsse zu hören waren. So konnte vermutet werden, dass der 42-Jährige bereits bei der Festnahme erschossen wurde. Aus den DRK-Unterlagen geht hervor, dass der Vermisste zuletzt in einem Lager in Blankenberg gesehen wurde, einem im Kreis Heilsberg gelegenen 560-Seelen-Ort. Entweder ist Artur Kinzel dort verstorben oder auf dem Weg in ein größeres Sammellager, vermutlich Insterburg. Jetzt also die Frage: Wer kann etwas über das Lager Blankenberg aussagen – auch über die dort Verstorbenen – und darüber, in welches Sammellager die Gefangenen dann verlegt wurden? (Artur Kinzel, Wullwisch 12 in 22529 Hamburg, Telefon 040/5892196.)

In ein anderes Internierungslager führt die Frage von Frau **Marlene Behfeld** – im Grunde ist es ein ganzes Fragenbündel, das ihr Schreiben enthält, das uns über die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin erreichte. Dass wir überhaupt eine lösen können, ist zu bezweifeln, denn viele Angaben beruhen nur auf Vermutungen oder stützen sich auf Irrtümer und Falschaussagen. Frau Behfeld bekennt selber, dass es heute schwierig sein wird, konkrete Angaben über ihre Herkunft zu erhalten, an deren Klärung sie ein jahrzehntelanges eigenes Desinteresse gehindert hat. Aber nun ist sie wach geworden, und wir werden versuchen, zuerst einige der wichtigsten Fragen unseren Lesern vorzulegen, um überhaupt eine Basis für ihren Fragenkomplex zu haben. Sie betrifft ihre Geburt: Marlene wurde vermutlich Anfang Februar 1948 als Tochter der von den Russen inhaftierten **Erika Mülling** geborene **Radziwill** im russischen Internierungslager 533 Bagrationowsk (Pr. Eylau) geboren. Ihre Mutter hatte in diesem Lager, in das sie nach missglückter Flucht aus ihrem Wohnort im Kreis Sensburg schon Anfang 1945 eingewiesen worden war, bereits Anfang 1946 einen Sohn geboren, er soll von Polen adoptiert worden sein. Nach der Entlassung im Spätsommer 1948 kam Erika Mülling mit ihrer Tochter Marlene nach Bottrop, wo ihr Ehemann lebte. Dieser verlangte, dass sie das Baby zur Adoption frei geben sollte, was auch 1949 geschah. Bei der Adoption machte die leibliche Mutter irreführende Angaben, die sie später korrigierte. Auf diesen basiert Marlenes Geburtsurkunde, die vom Standesamt I in Groß-Berlin 1953 nachträglich erstellt wurde. In ihr wird als Geburtsort der Mutter Wigrinnen, Kreis Sensburg angegeben, ein Geburtstermin liegt nicht vor. Erika soll das jüngste Kind des 1873 in Nordenburg Kreis Gerdauen geborenen **Robert Gustav** Radziwill gewesen sein und könnte in **Ferdinand Leopold** Radziwill, *1904, einen älteren Bruder gehabt haben. Er und/oder der Vater sollen Lehrer gewesen sein. Frau Behfeld möchte nun mehr über diese Familie Radziwill wissen, denn sie will den Spuren ihrer leiblichen Mutter so weit wie möglich nachgehen. Wichtig sind für sie Zeitzeugen, die in dem Lager Pr. Eylau mit Erika Mülling zusammen waren und denen sie vielleicht deshalb in Erinnerung geblieben ist, weil sie dort zwei Kinder zur Welt brachte. Natürlich ist auch eine der Hauptfragen von Frau Behfeld: Wer war mein leiblicher Vater? Sie nimmt an, dass es ein ebenfalls Internierter war, der in dem Lager Bagrationowsk eine Funktion hatte. Ihre Mutter hat hierüber keinerlei Angaben gemacht. Die wenigen Informationen, die Frau Behfeld zur Familie hat, stammen von einer inzwischen verstorbenen Schwester ihrer Mutter. Nun ist sie auf jeden Hinweis angewiesen, der aus unserem Leserkreis kommt. Zuschriften bitte an Marlene Behfeld, Kleiberstraße 25, 46284 Dorsten, Telefon (02362) 2803094.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Zwar wird das in Folge 9 veröffentlichte Bild von dem Gedenkstein in Spremberg, der einmal Deutschlands Mitte bestimmte, nicht der Anlass gewesen sein, dass wir uns schon wieder mit einem Markierungspunkt beschäftigen, aber er passt in unsere „Steinsammlung“, und die damit zusammenhängende Frage fordert unsere Ostpreußische Familie als mögliche Informationsquelle. Herr **Wolfgang Reith** aus Neuss ist auf dieses Thema gestoßen, als er auf einer seiner vielen Ostpreußenfahrten – seine Frau stammt aus Rastenburg, er selbst aus Lötzen – auch an das Dreiländereck bei Wehrkirchen, Kreis Goldap kam, an dem früher das Deutsche Reich, Polen und Litauen zusammentrafen und heute die Russische Föderation, die Republik Polen und die Republik Litauen. Als Historiker interessierte sich Herr Reith für diese Grenzmarkierung, und gerne hätte er nach dem alten Grenzstein gesucht, doch sein polnischer Freund riet ihm wegen der russischen Grenzpatrouillen dringend davon ab. Allerdings entdeckte er in der Ferne eine Ruine, die einst das Zollhaus gewesen sein soll, aber der Abstand für ein Foto war zu groß. Vor kurzem sah er nun zufällig das Bild von dem heutigen Dreiländereck, wo inzwischen Hinweisschilder sowie eine Marmorsäule errichtet wurden, welche die Grenzmarkierung sowie den exakten Grenzpunkt kennzeichnen. Das veranlasste ihn zur Suche nach alten Fotos, die den Grenzpunkt und das Zollhaus vor 1939 zeigen. Obwohl Herr Reith eine profunde Ostpreußen-Bibliothek besitzt, wurde er leider nicht fündig, fand auch im Internet nur Aufnahmen von dem heutigen Dreiländereck. Weitere Recherchen blieben ebenfalls ergebnislos, und so wendet er sich an uns mit seinem Anliegen:

„Ich hoffe, dass sich jemand meldet, der ein Bild vom früheren Aussehen des Dreiländerecks besitzt oder Hinweise geben kann, ob und wo Aufnahmen in einem Buch oder einer Schrift erschienen sind. Der Ort hieß ab 1938 Wehrkirchen, davor Schittkehmen/Szittkehmen. Der Grenzstein liegt bei den Dörfern Lengenfließ und Sertegen/Serteck. Ich kann mir nicht vorstellen, dass vor 1939 nicht Aufnahmen davon gemacht wurden, zumal es in Europa nur wenige Dreiländerecke gibt, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg in der Literatur beschrieben wurden. Die heute dort vorhandene Pyramide wird von einem polnischen und einem russischen Grenzpfahl eingerahmt. Vielleicht handelt es sich dabei um den alten Grenzstein aus deutscher Zeit, doch das müsste ja festzustellen sein.“

Wie ich hoffe und glaube, durch unsere Familie, denn wenn auch keine Fotos mehr vorhanden sind, so werden sich Landsleute aus Wehrkirchen an den alten Grenzstein erinnern und als Zeitzeugen Herrn Reith die gewünschte Auskunft geben können. (Wolfgang Reith, Postfach 101223 in 41412 Neuß, Telefon/Fax 02131/102184, E-Mail: W.Reith-Capetown@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Der letzte Weg aus der Hölle des Heilsberger Kessels

Aus den Aufzeichnungen eines Soldaten, der in Balga dabei war

Die Vergangenheit bleibt nicht stumm. Sie spricht aus allen Relikten, die noch nach Jahr und Tag an das Licht kommen wie dieses Strandgut, das an das Steilufer des Frischen Haffes gespült wurde. Wie und wo es unser Leser **Bernd Dauskardt** gefunden hat, ist in der oberen Kolumne zu lesen. Und er hat dann die Zeit zurückgespult bis in jene Märztage vor 69 Jahren, als sich hier die letzten, aus dem Heilsberger Kessel geflüchteten Wehrmachtsangehörigen und Flüchtlinge zu einem verzweifelten Menschenpulk zusammenballten, immer hoffend, noch vor der russischen Soldateska über das offene Haff zu entkommen. Was sich hier abgespielt hat, kann man als Nichtbetroffener kaum nachvollziehen, auch wenn man damals ähnliche Situationen erlebt hat. Aber es gibt Zeitzeugen, die in diesem Inferno dabei waren, und Bernd Dauskardt hat sie für uns herangeholt und lässt sie berichten. Dass er zu den Tagebuchaufzeichnungen des Wehrmachtsangehörigen **Karl-Heinz Schmeelke** eine besondere Beziehung hat, liegt an der Einheit, der dieser damals angehörte. Die Fallschirmpanzergrenadierdivision 2 war auch die Einheit des Vaters von Bernd Dauskardt, der bereits Anfang des Jahres 1945 bei Gumbinnen gefallen war. Lassen wir Karl-Heinz Schmeelke berichten:

„Seit Wochen stehen wir ununterbrochen im Einsatz, und nun kommt ein neues schreckliches Gespenst hinzu, das Frische Haff. Es wird nun Verbündeter des Feindes und scheint uns die letzte Hoffnung zu nehmen. Endlich kommt der Befehl zum Abmarsch von Groß Hoppenbruch in Richtung Follendorf. Auf der Höhe erleuchtet das brennende Balga den Nachthimmel. Tausende Menschen sind hierher geflüchtet und bevölkern den kleinen Ort, ausgemergelte Menschen, die auf eine Möglichkeit warten, mit einem Schiff über das Haff zu entkommen. Der Strand ist übersät mit Flüchtlingen und Soldaten. Im Haff schwimmen Lebende und Tote. An den Dünenrändern liegen überall die Reste der zerschlagenen Einheiten, zerbrochene Treckwagen und menschliche Körper: Es sind Frauen, Kinder, Greise, verstorbene Flüchtlinge, die man nicht begraben kann.

In Balga herrscht ein riesiges Durcheinander. Die Burg, die Kirche und die Jugendherberge sind mit Verwundeten überfüllt. Balga ist der letzte Weg, der aus dem Kessel führen kann. Zunächst kann man nur als Verwundeter oder Kampfunfähiger den Ort auf Prähmen über das Haff in Richtung Neutief/Pillau verlassen. Kettenhunde der Feldgendarmerie kontrollieren sehr genau die Soldaten, sogar die Verbände und Wunden werden überprüft. Am 28. März erhalten wir den Befehl, die Einschiffung der letzten Angehörigen der Fallschirmpanzergrenadierdivision 2 vorzubereiten. In langen Schlangen stehen Tausende Soldaten im Wasser und warten auf die Ankunft der Schiffe. Ständig schlagen Granaten ein. Furchtbare Szenen spielen sich ab, ich sehe, dass deutsche Soldaten sich gegenseitig erschießen. Der ganze Strand von Balga bis Kahlholz ist ein Feuer speiender Landstreifen. Endlich nähern sich die ersten Prähme. Spähtrupps suchen das Ufer ab und holen noch einige Verwundete aus ihren Löchern. Viele Soldaten versuchen auf eigene Faust auf Balken, Flößen und Kanistern noch in letzter Minute das Haff zu überqueren, viele ertrinken dabei.

Bei denjenigen, die nach Pillau durchkommen, gilt das Hauptaugenmerk den Verwundeten. Der Abtransport über See kann nur nachts erfolgen, das gilt auch für die Flüchtlinge. Tagsüber ständiges Feuer der Russen, viele Menschen werden getroffen. Das Antlitz der Stadt gleicht einer Feuerhölle. Am 22. April 1945 fällt Pillau. Es war die letzte ostpreußische Stadt, die sich zur Wehr setzte. Mein Weg führt auf einem Schiff der Marine über die Ostsee nach Swinemünde und letztlich in den rettenden Westen. Die 4. Armee und damit die Fallschirmpanzergrenadierdivision 2 ist Ende März im Kessel von Heiligenbeil vernichtet worden. Es war Ostpreußens Stalingrad.“

Soweit der Auszug aus den Tagebuchaufzeichnungen des Soldaten Karl-Heinz Schmeelke, der das Drama überlebte. Bernd Dauskardt kann noch einen weiteren Zeitzeugen nennen, **Hermann Lohmann**, der heute in Deutsch Evern lebt. Er konnte sich zusammen mit Kameraden auf einem selbstgebauten Floß über das Haff retten. „Und es muss als ein Wunder bezeichnet werden, dass er vor einigen Jahren auf einer Reise durch Nordostpreußen in Balga ‚sein Loch‘ wieder gefunden hat, in das er sich damals eingegraben hatte“, schreibt Bernd Dauskardt, dem wir für diese erschütternde Dokumentation danken, die durch das von ihm aufgenommene Foto nach fast 70 Jahren einen unträglichen Beweis erhält. *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, am 25. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kornatzki, Frieda, geb. **Nowosatko**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 28. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Block, Ilse, geb. **Medler**, aus Norgau, Kreis Samland, am 24. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Degenhardt, Hanna, geb. **Rohrmoser**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bieber, Minna, geb. **Mein**, aus Roßlinde, Kreis Gumbinnen, am 19. März

Karasch, Frieda, geb. **Karpinski**, verwitwete **Nowitzki**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 22. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. März

Bartoschewitz, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße, am 22. März

Drygall, Anna, geb. **Gronwald**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 27. März

Konietzke, Ursula, geb. **Schultz**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 23. März

Marquardt, Anna, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. März

Mrosek, Rosa, geb. **Podeswa**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. März

Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Lanker Straße, Kreis Heiligenbeil, am 24. März

Schall, Erna, geb. **Bednarzik** aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 23. März

Stenzeleit, Gertrud, geb. **Schmeminoneck**, aus Tilsit, am 22. März

Tulowitzki, Herta, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 27. März

Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bruhnke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März

Hallmann, Erika, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. März

Kaminski, Hilde, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 26. März

Mallwitz, Kuno, aus Bartenstein, und Methgeten, Kreis Königsberg, am 27. März

Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten, am 22. März

Dömpke, Lucie, geb. **Schendel**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. März

Dultz, Brigitte, geb. **Riebensahm**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. März

Kolenda, Hildegard, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße, am 24. März

Kröhnert, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. März

Negraßus, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März

Schwarz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße, am 24. März

Schneider, Eva, geb. **Hein**, aus Eichhorn, Kreis Preußisch-Eylau, am 27. März

Spell, Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. März

Sommer, Anna, geb. **Waschulewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. März

Tuchlinski, Toni, geb. **Suchner**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 27. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berg, Gertrude, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 26. März

Blohm, Kurt Willi, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 22. März

Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März

Huhnholz, Hilde, geb. **Stuhlemmer**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 28. März

Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März

Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März

Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 26. März

Pawlowski, Otto, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. März

Reich, Toni, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 24. März

Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März

Schulz, Marie, geb. **Rama**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 25. März

Smoktum, Elsa, geb. **Duddek**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 24. März

Walka, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baumgärtner, Martha, geb. **Schupetta**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 26. März

Blodow, Anneliese, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch-Eylau, am 28. März

Bornholt, Gertrud, geb. **Ludeneit**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 23. März

Brekitsch, Margot, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Samland, am 23. März

Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März

Friedle, Edith, geb. **Broziewski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 28. März

Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März

Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Jedamski, Walter, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 23. März

Kasper, Benno, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. März

Krause, Luise, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März

Kühl, (Kyjewski), Willi, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März

Lemke, Otto, aus Treuburg, am 28. März

Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März

Ordowski, Rosa, geb. **Weinstein**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 28. März

Pajonk, Martha, geb. **Wischnewski**, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 27. März

Pickel, Ursula, geb. **Jablonowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. März

Rudolph, Asta, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 28. März

Salecker, Hans, aus Ebenrode, am 25. März

Schönfelder, Margot, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. März

Scheyko, Edith, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. März

Stein, Martha, geb. **Schittek**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 25. März

Thalmann, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 24. März

Than, Else, aus Lyck, am 28. März

Vogelsang, Dr. Ernst, aus Mohrungen, Kreis Allenstein, am 20. März

Wendland, Irmgard, aus Lyck, am 22. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behrend, Ella, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 28. März

Benjestorf, Frieda, geb. **Stelzer**, aus Weepers, Kreis Mohrungen, am 28. März

Blaszkowski, Rosemarie, geb. **Nitsch**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 23. März

Degler, Grete, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 22. März

Didjurgeit, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 24. März

Dietrich, Helmut, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. März

Dockweiler, Edith, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 25. März

Dopatka, Magdalene, geb. **Borrek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Draack, Hans, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März

Gallein, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 27. März

Gloddek, Herbert, aus Damerau, Kreis Ortelsburg, am 23. März

Grefrath, Lore, geb. **Ruhnke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 26. März

Hartje, Waltraut, geb. **Willuhn**, aus Königsberg, Altroßgärter Predigerstaße 41, am 26. März

Hechtfisch, Heinz, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 27. März

Isselhorst, Martha, geb. **Spittka**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Janz, Egon, aus Jonikoten, Kreis Pogegen, am 22. März

Koppert, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März

Kyewski, Gertrud, geb. **Robatzek**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März

Neumann, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März

Plotkowiak, Hedwig, geb. **Kipar**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März

Seidel, Hubert, aus Neidenburg, am 28. März

Sewz, Walter, aus Ortelsburg, am 27. März

Tasche, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März

Walter, Irmgard, geb. **Liedtke**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 28. März

Walther, Irmgard, geb. **Stepputis**, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 24. März

Zakrzewski, Hubert, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. März

Zimmermann, Edith, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. März

Zimmermann, Gertrud, geb. **Kschonsek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bendrick, Erwin, aus Kraam, Kreis Samland, am 28. März

Bigalke, Werner, aus Willenbert, Kreis Ortelsburg, am 24. März

Fröhlich, Horst, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 28. März

Glitza, Elfriede, geb. **Kettler**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März

Güldner, Christel, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 28. März

Hahn, Irene, geb. **Schucany**, aus Hausbruch, Kreis Lyck, am 23. März

Jegelka, Horst, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 28. März

Kalwa, Siegfried, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 28. März

Kehler, Edeltraud, aus Lyck, am 22. März

Makowka, Willi, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 27. März

Neuhaus, Adele, geb, **Stahlhut**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 28. März

Posnatzki, Helmut, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 24. März

Rietenbach, Gerda, geb. **Krebs**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 22. März

Schäfer, Irmgard, geb. **Schweitzer**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 24. März

Schodruch, Heinz, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 23. März

Schories, Erna, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 24. März

Schroth, Helga, geb. **Jeger**, aus Medenau, Kreis Samland, am 25. März

Sekat, Winfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März

Winter, Hedwig, geb. **Preuß**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 28. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berg, Siegfried, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 27. März

Bischoff, Lothar, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 25. März

Fellbrich, Sybille, geb. **Hoffmann**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. März

Franz, Adelheid, geb. **Kraft**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. März

Goerke, Dietmar, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 23. März

Karla, Peter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. März

Klara, Horst, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 24. März

Lean, Renate, geb. **Müller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. März

Lietz, Walter, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 23. März

Malinka, Günter, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 26. März

Meinhardt, Ingrid, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 28. März

Melenk, Wolfgang, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 24. März

Moser, Helga, geb. **Werner**, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 22. März

Neumann, Margot, geb. **Krupp**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

Palis, Roswitha, aus Kleine Engelau, Kreis Wehlau, am 24. März

Reuter, Arnold, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 22. März

Ruck, Hannelore, geb. **Pönopp**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 22. März

Schirmacher, Anke, aus Worschienen, Kreis Preußisch-Eylau, am 27. März

Schneider, Siegfried, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 23. März

Sommer, Helga, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 28. März

Willer, Ingrid, geb. **Riechert**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 23. März

Wokulat, Irmgard, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. März



Hasselberg, Leo, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, geb. **Tiedmannsdorf**, Kreis Braunsberg, und Ehefrau Marianne, geb. **Koß**, aus Ludwigslust, am 26. März

TERMINE DER LO

Jahr 2014

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 22. März, 14.55 Uhr, Arte: Lady Liberty. Doku über die Freiheitsstatue.

Sonnabend, 22. März, 17.30 Uhr, ARD: Ratgeber Gesundheit. Rückenschmerzen – Das große Volksleiden. Wie beugt man vor?

Sonnabend, 22 März, 20.05 Uhr, Deutschlandfunk: Hörspiel. „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus.

Sonnabend, 22. März, 20.15 Uhr, ARD: Das große Fest zum Jubiläum. Zehn Jahre „Feste der Volksmusik“ mit Florian Silbereisen.

Sonntag, 23. März, 8.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Aus den Archiven. Jahrgang 1964 – Die Babyboomer werden 50.

Sonntag, 23. März, 12.30 Uhr, Arte: Philosophie – Das Böse. Gut gemeint, böse geendet? Über vorsätzliche Taten.

Sonntag, 23. März, 20.15 Uhr, Hessen: Entdeckungen in Kassel und Umgebung. Über die Stadt, wo das **Deutschlandtreffen der Ostpreußen** im Mai stattfindet.

Sonntag, 23. März, 21.45 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolles Polen: **In Westpommern**.

Sonntag, 23. März, 23.50 Uhr, Arte: Messner. Doku über den Südtiroler Bergsteiger.

Sonntag, 23. März, 23.50 Uhr, ZDF: History. Geraubte Kunst. Über Kunstdiebstahl.

Montag, 24. März, 17.30 Uhr, Arte: Die Amazonen. Auf der Spur antiker Kämpferinnen.

Montag, 24. März, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Wenn das Wir entscheidet. Wie politische Gremien ihre Meinungen bilden.

Montag, 24. März, 22.45 Uhr, ARD: Griechisches Roulette. Wie Athen und Brüssel Steuermillionen verzocken.

Montag, 24. März, 23.30 Uhr, ARD: Franziskus – Papst der Armen. Vatikan im Wandel.

Dienstag, 25. März, 15.25 Uhr, 3Sat: Europas Urwälder. Bialowieza – Heimat der Wisente.

Dienstag, 25. März, 20.15 Uhr, ZDF: Mit Jubel in die Hölle. 100 Jahre Erster Weltkrieg. Kriegsschicksale.

Dienstag, 25. März, 20.15 Uhr, RBB: Berliner Legenden. Marianne Rosenberg.

Mittwoch, 26. März, 16.15 Uhr, 3Sat: Auf dem Dach Europas. Im Bann der Alpen.

Mittwoch, 27. März, 19.05 Uhr, Deutschlandfunk: 20 Jahre Deutschlandradio. Festveranstaltung live aus Berlin.

Mittwoch, 26. März, 20.15 Uhr, ZDF: Die große Überraschungsshow. Michelle Hunziker präsentiert Helden des Alltags.

Mittwoch, 26. März, 21.45 Uhr, ARD: Plusminus extra. Fiskus, Bürger und Betrüger. Über Steuerhinterziehung.

Donnerstag, 27. März, 20.15 Uhr, Arte: Burning Bush – Die Helden von Prag. Serie über den Prager Frühling.

Donnerstag, 27. März, 20.15 Uhr, ARD: Echo 2014. Live-Verleihung des Musikpreises.

Donnerstag, 27. März, 21 Uhr Phoenix: Kaiser Barbarossa. Die Legende im Kyffhäuser.

Donnerstag, 27. März, 22 Uhr SWR: Besser ohne Fleisch!? Ernährungs-Reportage.

Freitag, 28. März, 15.25 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1936: Die Olympischen Spiele von Berlin.

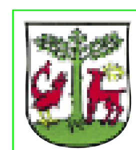
Freitag, 28. März, 20.15 Uhr, 3Sat: Vorsicht Operation. Experten erklären das Gesundheitssystem.

Freitag, 28. März, 22.25 Uhr, Arte: Abschied von Oma. Eine Filmemacherin begleitet ihre 100-jährige Großmutter in ein Pflegeheim.

Freitag, 28. März, 0.00 Uhr, RBB: 40 Jahre Ein Kessel Buntes. Hits der DDR-Show.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

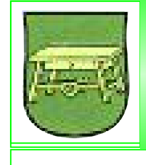


BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Ostpreußenreise 2014

Neuer vorgesehener Reiseplan zum 10. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg in der Heimat: **1. Tag,** Sonnabend, 28. Juni: Abfahrt des Busses von Deutschland nach Posen zur Übernachtung im Hotel „Novotel“. **2. Tag,** Sonntag, 29. Juni: Weiterfahrt über Gnesen nach Thorn, Stadtbesichtigung und Mittagspause. Weiterfahrt zur Übernachtung in Braunsberg, Hotel „Kristal“ oder Hotel „Kopernik“ in Frauenburg. **3. Tag,** Montag, 30. Juni: Rundfahrt durch den Kreis, Tagesabschluss: Messe für den Ehrenvorsitzenden Gerhard Steffen in der Kirche zu Pettelkau. **4. Tag**, Dienstag, 1. Juli: Besichtigung der Marienburg mit Führung, Rundgang durch die Stadt Elbing, Rückfahrt zu den Hotels in Braunsberg und Frauenburg. **5. Tag,** Mittwoch, 2. Juli: Frauenburger Dombesichtigung mit Orgelkonzert, Besuch unseres Gedenksteines, Überfahrt von Frauenburg nach Kahlberg, Bademöglichkeit, Fischessen, und zurück per Schiff. **6. Tag,** Donnerstag, 3. Juli: Fahrt nach Nikolaiken, Übernachtung im Hotel Robert's Port, Besichtigung von Nikolaiken, nach dem Abendessen Bootsfahrt auf dem Spirdingssee. **7. Tag,** Freitag, 4. Juli: Fahrt nach Kruttinnen, Bootsfahrt, Staken, Mittagessen im Hotel Habenda, Besuch des Bauernhausmuseums der Frau Christel Dickti in Zondern [Sadry 3], Sensburg [11-700 Mragowo], Ernst Wichert Haus in Peitschendorf [Piecki]. **8. Tag,** Sonnabend, 5. Juli: Fahrt nach Wuttrienen [Butryny], Kreis Allenstein: Gedenkstein-Enthüllung der Kreisgemeinschaft Braunsberg zu Ehren eines Bischofs aus Braunsberg, (wird noch von Andre Schmeier ausgesucht), Rückfahrt über „Heilige Linde“ mit Orgelkonzert, zurück zur Übernachtung in Braunsberg und Frauenburg. **9. Tag,** Sonntag, 6. Juli: Abfahrt nach Danzig, Stadtführung, Besuch der Klosterkirche Oliwa, Seesteg Zoppot, Übernachtung im Hotel „Muzyka“ unweit der Altstadt. **10. Tag,** Montag, 7. Juli: Weiterfahrt über Lauenburg – Stolp nach Stettin, Stadtrundfahrt und Schloßbesichtigung, Übernachtung im Hotel „Radisson“. **11. Tag,** Dienstag, 8. Juli: Rückfahrt nach Deutschland zu den Zusteigestellen der Hinfahrt. Kleine Programm-Änderungen sind noch vorbehalten. Es sind noch Plätze frei. Um baldige Anmeldung wird gebeten.

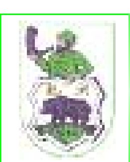


EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@ googlemail.com.

Kreisfahrt nach Ebenrode

Bei der diesjährigen Kreisfahrt in die Heimat sind noch einige Plätze frei, es sei nochmals auf die interessante Reiseroute hingewiesen, durch den südlichen Teil Nordostpreußens, vor allem auch auf die Rückfahrt entlang der malerischen Ostseeküste: Schiffs-Bus- Mittsommernachtsfahrt“ nach Ostpreußen. Mit dem Kreisvertreter Dr. Gerhard Kuebart nach Memel, Heydekrug, Tilsit „Ebenrode/Stallupönen (Nesterov), Schloßberg Gumbinnen, Königsberg, Danzig, Leba, Köslin und Swinemünde, vom 26. Mai bis 4. Juni. Buchungs-Nr.: Ebenrode 2014. **1. Tag:** Fahrt ab Ihrem Zustieg über Bielefeld, Hannover und Hamburg nach Kiel, wo Sie auf das Fährschiff nach Memel gefahren werden. Abendessen an Bord. Meist malerischer Sonnenuntergang auf See. **2.Tag:** Ankunft im Hafen der ehemaligen Hansestadt Memel [Klaipeda]. Nach kurzem Besuch des Simon-Dach-Brunnens mit Ännchen von Tharau Fahrt über Heidekrug, Pogegen zum Rombinus und nach Tilsit. Nach einer Stadtrundfahrt in Tilsit fahren Sie nach Trakehnen [Jasnaja Poljana] im Kreis Ebenrode [Stallupönen], wo Sie im Gasthaus „Alte Apotheke“ und ausgesuchten Privatquartieren wohnen werden. **3. Tag**: Führung in Trakehnen zum Museum und wiedererrichteten Tempelhüterdenkmal. Busfahrt nach Ebenrode [Nesterow], Stadtbesichtigung. Eine Rundfahrt durch den nördlichen Kreis über Eydtkau nach Schlossberg, Kattenau erreichen Sie zum Abschluss Gumbinnen. Sie sehen die Salzburger Kirche, den Elch und das berühmte Fresko in der Friedrichschule. Gelegenheit zur Fahrt in die Heimatorte und Spurensuche. **4. Tag**: Fahrt durch den südlichen Kreis Ebenrode, über Schloßbach, Kassuben, Birkenmühle, erleben Sie das kristallklare Wasser des Wystiter Sees und die dunklen Wälder der Rominter Heide. Kaffeepause im Forsthaus Warnen. Über Tollmingkehmen und Museum von Donelaitis, erreichen Sie Trakehnen zum leckeren Grillessen bei musikalischer Begleitung. **5. Tag:** Über Gerdauen, Angerap erreichen wir Friedland an der „Alle“, Stadt und Kirchenbesichtigung, Kraftwerk und Altes Stauwerk. In Königsberg bei einer Stadtrundfahrt sehen Sie die wichtigsten historischen Sehenswürdigkeiten Königsbergs im Kontrast zum neuen Königsberg. **6. Tag:** Am Frischen Haff entlang führt die Fahrt bei Heiligenbeil über die polnische Grenze nach Braunsberg und Frauenburg, der Wirkungsstätte von Nikolaus Kopernikus. **7. Tag:** Wer mag, beginnt den Tag mit einer Schifffahrt von Frauenburg zur Frischen Nehrung nach Kalberg [Krynica Morska]. Mit dem Bus fahren Sie durch die Weichselniederung nach Danzig. Geführter Stadtrundgang, Hafen, Krantor, Altstadt, Marienkirche. Abendessen, Abend zur freien Verfügung. **8. Tag:** Ab Danzig durch Zopot mit der längsten Mole Europas und Gotenhafen [Gdynia] führt die Reise zu den großen Dünen nach Leba. Von dort fahren Sie durch die Kaschubei über Stolp und Köslin zum geschichtsträchtigen Seebad Kolberg, Freizeit zum Spazierengehen am Strand, 9. Tag: Nach Westen der Ostseeküste folgend, besuchen Sie unter anderem die alten Ostseebäder Misdroy auf Wollin und fahren dann nach Swinemünde, dem mondänen Seebad von internationalem Flair. Am Abend ist Zeit für einen Spaziergang am Strand, im berühmten Kurpark oder zum Plachandern im Hotel. **10. Tag:** Ausgeschlafen und vom leckeren Frühstücksbuffet gestärkt, beginnt die Heimreise mit dem Bus, wobei zu beachten ist, dass die nördlichen Zustiegsorte auf der Rückreise per Bahn erreicht werden müssen. Wie jedes Jahr nimmt die Kreisgemeinschaft auch humanitäre Hilfsgüter für bedürftige Personen im Heimatkreis mit. Anmeldung und Einzelheiten bei Scheer-Reisen Wuppertal, Telefon (0202) 500077. Individuelle anreisende per Auto/Bahn nach Kiel. Bitte die unterschiedlichen Wege beachten. Programmänderungen vorbehalten.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@ insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der „Insterburger Teutonen“

Sonnabend, 12. April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück:Gemütliches Beisammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land sind herzlich eingeladen.

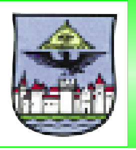


PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@ t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@ malletech.de.

Besuch aus Mühlhausen /Thüringen

Am 5. April erwartet das Dorf Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau, hohen Besuch: Eine Busreisegruppe aus der Stadt Mühlhausen/Thüringen mit dem Oberbürgermeister und der zuständigen Landtagsabgeordneten kommt zum Gottesdienst in die Kirche, in der die Luthertochter Margarete bestattet ist. Anlass für die Ostpreußenreise ist eine Aufführung der Matthäuspassion im Königsberger Dom am 4. April 70 Jahre nach den letzten Aufführungen am 3. und 4. April 1944. Die Veranstaltung ist ein vom Stadtorganisten Mühlhausens angeregtes Gemeinschaftswerk der Schlosskapelle Saalfeld/Thüringen und der Königsberger Philharmonie.

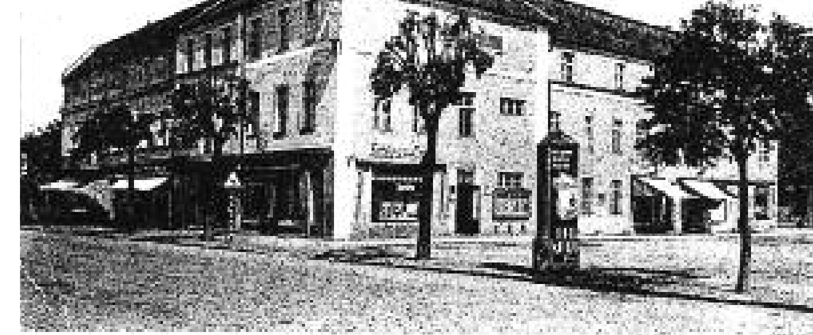


TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Ragniter Feldpostkarten

Ein aus Ragnit stammendes Mitglied der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit hat der Heimatstube in Preetz mehrere Materialien übergeben, darunter auch Feldpostkarten aus dem Jahr 1939. Die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Oktober/November 1939 geschriebenen Karten geben einen Einblick in das heimatliche Leben in Ragnit und die Stimmungslage unter den eingezogenen Soldaten. Die Schwester und der Schwager des Soldaten berichten aus Ragnit über Krankheiten, Besuche von Verwandten und die Arbeit in der Fabrik von 6 bis 15.30 Uhr. „Hier ist noch alles beim Alten“. Der Soldat berichtet von gemütlichen Abenden, schreibt aber auch dass es „jetzt immer schlechter wird“. Auffällig ist, dass die Karte des Soldaten den offiziellen Poststempel „Werl (Kr. Soest)“ trägt. Die Standorte der militärischen Einheiten unterlagen im Zweiten Weltkrieg eigentlich der Geheimhaltung.



Postkartenmotiv: Schloß-Café in Ragnit Bild: KG Tilsit-Ragnit

TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsitstadt.de.

Schultreffen Königin-Luise-Schule

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Schülerinnen der Königin-Luisen-Schule findet am 23. und 24. Juni in Bad Bevensen statt. Beginn 10 Uhr. Ich hoffe, dass die meisten Teilnehmer sich, wie bisher üblich, schon am Vortag, 22. Juni, zu einem Begrüßungskaffee einfinden werden. Abreise am 25. Juni oder nach Belieben. Es wird jetzt Zeit, die Zimmerreservierungen vorzunehmen. Anmeldung unter dem Stichwort KLS. Anschrift: Hotel Berlin, Alter Wiesenweg 11, 29549 Bad Bevensen. Telefon (05821) 5060. Zimmerpreise Einzelzimmer ohne Balkon 52 Euro, mit Nordbalkon 55 Euro. Doppelzimmer mit Nordbalkon 96 Euro, mit Südbalkon 104 Euro. Pro Übernachtung kommen 2,90 Euro Kurtaxe hinzu. Auf Wunsch kann vom Hotel eine Reiserücktrittsversicherung vermittelt werden. Es sei auch noch an die Möglichkeit erinnert, bei der Bahn eine Umsteigehilfe zu beantragen unter der Telefonnummer (01805) 512512. Auf eine möglichst zahlreiche Beteiligung hofft Schulsprecherin Vera Jawtusch.

Realgymnasium /Oberschule für Jungen

Vom 10. bis 13. Mai findet unser Schultreffen in Potsdam statt. Austragungsort ist das Altstadt-Hotel im Stadtzentrum. Das Treffen beginnt Sonnabend um 15.30 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken und endet am Dienstag nach dem Frühstück. Die Ablaufplanung sieht zurzeit so aus: Sonnabend, 10. Mai, Ankunft in Potsdam: 15.30 Uhr Kaffeetrinken und Abendessen. Sonntag, 11. Mai: Stadtrundfahrt, Besichtigung der Potsdamer Gärten und des Schlosses. Gemeinsames Abendessen. Montag, 12. Mai: Dampferfahrt, Abendessen. Dienstag, 13. Mai: Heimreise. (Änderungen vorbehalten). Anmeldungen ab sofort unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2014“. Ein Kontingent der Zimmer ist bis zum 30. März reserviert. Danach stehen die übrigen Zimmer dem Hotel wieder zur freien Verfügung. Die Adresse des Hotels lautet: Altstadt Hotel, Dortusstraße 9–10, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 284990, Mail: altstadthotel@tnp-online.de. Das Doppelzimmer kostet einschließlich Frühstück pro Tag 88 Euro, das Einzelzimmer 68 Euro. Ein Parkplatz (drei Plätze am Haus) kostet 6 Euro pro Tag, im Parkhaus 200 Meter weiter 12 Euro. Zimmer können bei Krankheit bis 48 Stunden vorher kostenlos storniert werden, bei wichtigen Anlässen bis zu sieben Tage vorher. Um rechtzeitige Zimmerbuchung wird gebeten, da Potsdam ein stark frequentiertes Touristenziel ist.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 26. März, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Erster Vortrag aus der Reihe der Wintervorträge 2014. Referent Dipl.-Geogr. Rolf Siemon, Hann. Münden, spricht über „Georg Forster (1754–1794), Naturforscher, Weltreisender, Schriftsteller und Revolutionär aus dem Danziger Werder“. Als Kind lernte Georg Forster im Danziger Werder das Botanisieren nach Linné vom Vater und begleitete diesen mit elf Jahren auf eine Forschungsreise an die untere Wolga. Später segelten Vater und Sohn als Naturwissenschaftler mit James Cook drei Jahre um die Welt – auf der Suche nach der „terra australis incognita“. Ihre Hauptaufgabe war die wissenschaftliche Beschreibung insbesondere der noch kaum erforschten pazifischen Großregion. Darin inbegriffen waren das Sammeln, Zeichnen und Bestimmen von Pflanzen, Tieren und Gesteinen, die Kontaktaufnahme mit der indigenen Bevölkerung und das Eintauschen von Kulturartefakten. Die schriftstellerische Verarbeitung der Weltreise, in der Forster die Sitten der „Wilden“ gegen die Kultur der „Zivilisierten“ verteidigte, wurde ein Bestseller und sein Autor berühmt. Der führende deutsche Südsee-Experte zählt heute mit seinem Vater zu den Begründern der modernen Völkerkunde. Forsters Pflanzen- und Tierzeichnungen nahmen die ca. 50 Jahre später einsetzende „ökologische Betrachtungsweise“ bereits vorweg. Seine erste Anstellung als Naturkunde-Professor erhielt er 1778 am Collegium Carolinum in Kassel. Hier lernte er auch Johann Wolfgang Goethe kennen, den er als Dichter und Schriftsteller bereits seit Jahren verehrte. Alexander von Humboldt bezeichnete Forster zeitlebens als Lehrer und Freund, nachdem er ihn auf einer Reise entlang des Rheins, durch England und Frankreich begleiten durfte. Als politischer Emigrant und kritischer Beobachter des Revolutionsverlaufes in Frankreich verbrachte Forster, seine letzten Lebensmonate in Paris. Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag (Powerpoint-Präsentation) mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Sonnabend, 29. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 7. Ostermarkt des DJO mit allen teilnehmenden Landsmannschaften. Gezeigt werden Osterbräuche, Traditionelles wie textile Volkskunst, Trachten, Spezialitäten aus den Vertreibungsgebieten, Tombola und auch für das Wohl ist gesorgt. Die LO-Landes- und Kreisgruppe ist mit einem Stand vertreten.

Mittwoch, 2. April, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: **135. Preußische Tafelrunde Pforzheim** – Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern zum Thema „Die Geschichte des Deutschen Ordens in Franken und im Preußenland“. Der polnische Herzog Konrad von Masowien rief den Orden zu Hilfe gegen die heidnischen, baltischen Prußen. Kaiser und Papst unterstellten dem Orden die zu erobernden Gebiete zwischen Weichsel und Memel. Deutsche Siedler kamen ins Land. Der Deutsche Orden gründete 93 Städte (unter anderem Königsberg) und mehr als 1000 Dörfer. Das 14. Jahrhundert war die Blütezeit des Ordensstaates. Nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 büßte der Deutsche Orden seine regionale Vormachtstellung ein. Parallel zur Entwicklung in Preußen errichtete der Deutsche Orden im Deutschen Reich zahlreiche Niederlassungen (Balleien). Die fränkische Ordensprovinz war die bedeutendste von ihnen und wurde von einem Landkomtur von Ellingen aus verwaltet. Der Referent stellt mit kurzen Texten und vielen Abbildungen diese spannende Geschichte anschaulich dar.

Das Abendessen kostet 19 Euro. Anmeldungen bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-mail: uta.luettich@web.de.

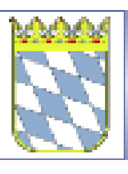
Vorankündigung: Sonnabend, 24. Mai, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Frauentagung. Der Vormittag ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Buchen – Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in einem guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter Telefon (06281) 8137 anrufen. – Sonntag, 30. März: Ausflug zum Schloß Gamburg mit interessanter Führung um 14 Uhr. Anschließend wird Baronin Nicole von Gamburg zu einer fürstlichen Kaffeetafel einladen. Nähere Auskunft erteilt Rosemarie Winkler unter Telefon (06281) 8137.

Heidelberg – Sonntag, 30. März, um 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Treffen der Gruppe mit der Jahreshauptversammlung und Totenehrung. Nach dem geschäftlichen Teil wird Frau Oklon, die Vorsitzende des Baltischen Freundeskreises Heidelberg, einen Diavortrag über „Reisen durch Estland“ halten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Lahr – Sonnabend, 29. März, 18. Uhr, Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klopse-Essen.

Stuttgart – Dienstag, 8. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße 92: Frau Lüttich und ihre Frauengruppe treffen sich zum Heimatnachmittag unter dem Thema „Ostern und Frühling“ mit Geschichten, Liedern und Gedichten. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 24. Mai, Landesfrauentagung, um 9.45 Uhr im Hotel Wartburg. Der Vormittag unserer diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil unserer Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr: Landeskulturtagung in Ellingen. Ort: Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

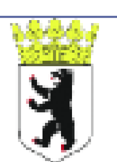
Sonnabend, 17., bis Sonntag, 18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus nach Kassel.

Kitzingen – Freitag, 11. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Vortrag durch unseren Landsmann Wolfgang Peconik über „Das Leben des Nikolaus Kopernikus“.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Freitag. 11. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Bunter Nachmittag, Musik und Gesang mit der Organisten Uschi Walter aus München. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Heimatnachmittag am Sonntag, den 6. April, um 14.30 Uhr im Café Mitte.



BERLIN

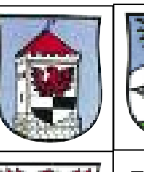
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



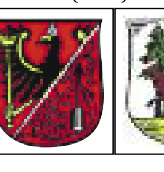
Frauengruppe – Mittwoch, 9. April, 13.30, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 166–117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. die Teilnehmer begrüßen den Frühling. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1 – 3, 14163 Berlin. Anfragen: Elfriede Fortange (030) 4944404.

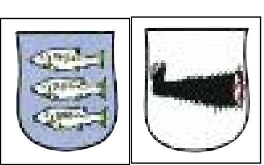


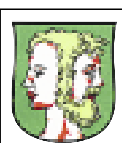
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 24. April, 14 Uhr: Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Kleinostern in Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



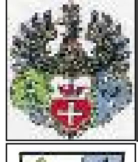
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

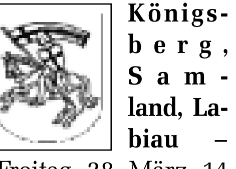

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

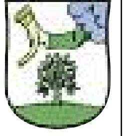


Sensburg – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstr. 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, (030) 75635633.

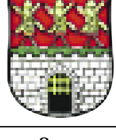


Lyck – Sonnabend, 4. April, 15 Uhr, „Kleiner Ratskeller“ Am Rathaus 9, 10825 Berlin, Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

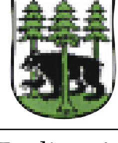




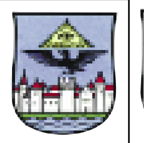
Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Pillkallen/Schlossberg – Donnerstag, 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

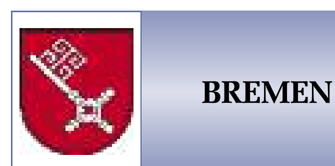


Rastenburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.





Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Die Gruppe hat eine gemeinsame Drei-Tagesfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 16. bis 18. Mai vorbereitet und 36 Betten in innerstädtischen Hotelzimmern reservieren lassen. Da eventuell nicht benötigte Zimmer nur bis zum 4. April abbestellt werden können, ist der 4. April auch der Anmeldeschluss für die Busfahrt. Anmeldungen werden daher baldmöglichst direkt bei JWD-Busreisen erbeten (Frau Venderbosch, Telefon 4854633). Es sind noch folgende Zimmerkategorien im zentral gelegenen Novostar Hotel Kassel Zwei-Sterne-Garni: Doppelzimmer (Standard): 169 Euro (5x Nichtraucher und 1x Raucher), Doppelzimmer (Komfort): 176 Euro (4x Nichtraucher und 2x Raucher). Die Busfahrt hin und zurück ab Bremen ist im Preis eingeschlossen sowie die Transfers in Kassel, ebenso der Eintritt zum Deutschlandtreffen. Die Mitfahrt ohne Hotelübernachtung kostet 59 Euro einschließlich Eintritt.

Donnerstag, 27. März, ab 15.30 Uhr, Hotel zur Post, Bremen, Bahnhofsplatz: **Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen** Im Anschluss an die Tagesordnung trägt Klaus Papies aus seinem „Ostpreußischen Wortschatzkästlein“ vor.

Bremerhaven (Elbing) – Gemeinsame Busfahrt mit der Gruppe Bremen-Nord vom 17. bis 19. Mai zum Deutschlandtreffen. 6.30 Uhr. Abholung Bremerhaven Hauptbahnhof, kostenloser Transfer nach Bremen, dort Zustieg der Bremer Gruppe, Fahrt Richtung Kassel. Leistungen: Fahrt mit modernem Reisebus, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Vier-Sterne-Hotel Ramadan Kassel, City Center, Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC, Stadtrundfahrt Kassel am 19. Mai (zirka zwei Stunden), Transfer zum Messegelände, Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Preis: 219 Euro im Doppelzimmer, 40 Euro Einzelzimmer-Zuschlag. Anmeldung bei Walter Schröder, Telefon (0421) 483424, oder Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Freitag, 28. März, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag mit Filmvorführung.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

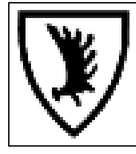
Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr, **Ostermarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

BEZIRKSGRUPPE

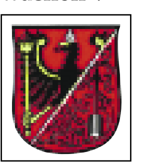
Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 31. März, 15 Uhr Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Landsmann Siegfried Grawitter hält einen Vortrag über die Landwirtschaft im alten Ostpreußen mit dem Titel „Im Märzen der Bauer“. Im Anschluss folgen Gespräche über Ostern in der Heimat.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

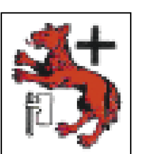
KREISGRUPPE



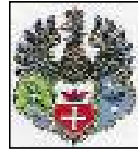
Frauengruppe – Freitag, 28. März, um 15 Uhr im Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Hamburg-Bergedorf lädt herzlich ein zur Jahreshauptversammlung sowie zu einem Ausblick und einem „Frühlingserwachen“.



Gumbinnen – Sonnabend, 29, März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs- Center Quarree, Pkw-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann 5 Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Sonnabend, 22. März, bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh“ wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.



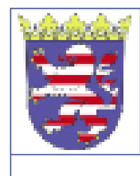
Heiligenbeil – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 21. März erbeten. – **Fahrt zum Deutschlandtreffen:** Die Kreisgruppe fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17. und 18. Mai in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im DZ 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung. Reisebeginn 16. Mai. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, ZOB Hamburg 8.30 Uhr.



Königsberg – Dienstag, 15. April, 13.30 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg-Wandsbek (U- und Busbahnhof Wandsbek-Markt). Traditionelles Königsberger-Klopse-Essen mit anschließendem bunten Programm. Anmeldungen bis zum 12. April erbeten bei Brigitte Reimer, Telefon 873495. Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Dillenburg – Mittwoch, 26. März, 15 Uhr, Café Eckstein: Monatsversammlung. Gundborg Hoffmann spricht über den vielseitigen Künstler Leonardo da Vinci, vor allem über sein Fresko „Das letzte Abendmahl“ (nach dem Evangelium Lukas 22, Verse 15 bis 20).

Kassel – Donnerstag, 3. April, 14.30 Uhr: Treffen der Gruppe in der Cafeteria Niederzwehren, Kassel, Am Wehrturm 3. Vortrag Dr. Rolf Sauerzapf: „Das freideutsche Meißnermanifest von 1913 und die deutsche Jugendbewegung“.

Wiesbaden – Dienstag, 8. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße: Heimatnachmittag der Frauengruppe.



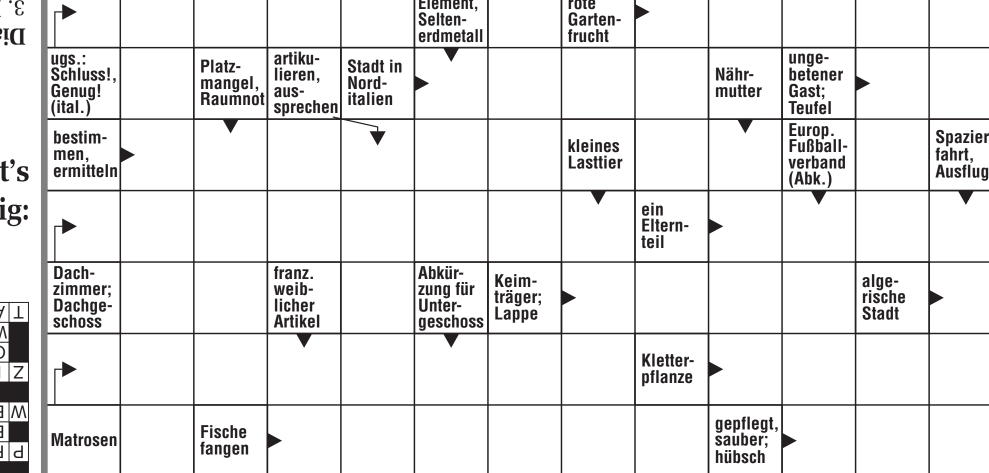
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 26. März, 15 Uhr: Treffen im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42. Reisebericht in Wort und Bild über die Arabischen Emirate Dubai und Abu Dhabi.

Buxtehude – Sonntag, 23. März: Theaterfahrt zur Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Die Möwe, ein Drama von Anton Tschechow“, das auf dem Lande im zaristischen Russland spielt. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.30 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, Stader Straße, 14 Uhr Neu-Wulmstorf, B 73. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

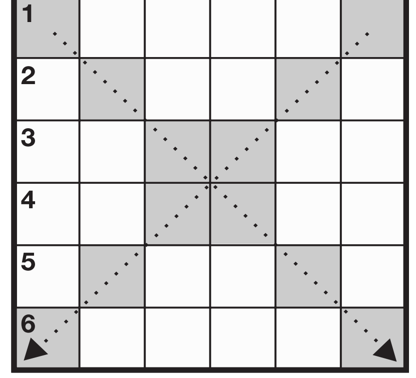


Sudoku

	3				5		6	
		4	1	3	6		5	
						1		4
		8	7		9			2
7			3		2	5		
3		6						
	5		8	6	4	9		
	9		2				4	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



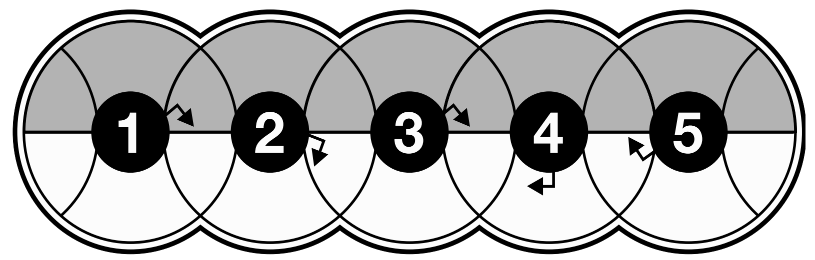
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

1 kluge Berechnung
2 Gewürznuss
3 sattroter oder violetter Farbstoff
4 lebhaftes oder lustiges Treiben
5 Szenenfolge (Bühne)
6 Tiere aus fernen Ländern

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kosmetikartikel.

1 Begriff beim Pharaospiel, 2 Ritterbegleiter, 3 Fußbekleidung (Mehrzahl), 4 oxidiert, 5 boshaft, gehässig (ugs.)



So ist's richtig:





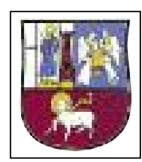
Diagonalrätsel: 1. Taktik, 2. Muskat, 3. Purpur, 4. Trubel, 5. Szenar, 6. Exoten – Turban, Kapuze

Kreiskette: 1. Parole, 2. Knappe, 3. Socken, 4. rostig, 5. giftig – Lippenstift

Sudoku:

Heimattreffen 2014

Auch in diesem Jahr treffen sich die Ostpreußen landauf, landab und dokumentieren so ihre Liebe zur Heimat



14. April, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Jonkendorf mit Wengaithen, Mondtken, Steinberg, Polleiken. 10 Uhr, Messe in 45729 Essen-Steele, Freisenbruch, Kütings-Garten 3. Informationen bei Ernst Langkau, von-Laufstraße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133) 61177.

23./24. Mai, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Braunswalde. Hotel Eynck, Münster-Handorf. Informationen bei Julius Wermter, Ginsterweg 48, 45149 Essen, Telefon (0177) 5515972.

31. Mai, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf. 14 Uhr, Bochum-Werne, Hölterweg 2. Informationen bei Familie Sawitzki Telefon (0234) 230624 und Certa, Telefon (02334) 54077.

7. Juni, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigwalde. 10 Uhr, Essen, Restaurant „Tiroler Stuben", Freiherr-vom-Stein-Straße 280 a. Informationen bei Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

11. Oktober, Allenstein-Land: Heimattreffen Schloss Horst, Gelsenkirchen.

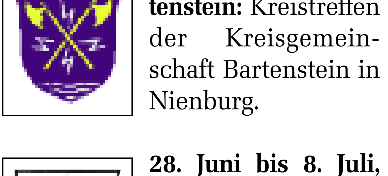
18. Oktober, Allenstein-Land: Kirchenspieltreffen Jomendorf, Stadthalle Meinerzhagen, Beginn 10 Uhr. Informationen bei Ewa Schmidt-Bünger, Akazienweg 23, 58875 Hemer, Telefon (02373) 2786.



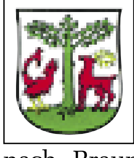
13./14. September, Angerburg: 60. Angerburger Tage (Kreistreffen), Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme).



30./31. August, Angerapp: Treffen anlässlich des 60-jährigen Patenschaftsjubiläums, Patenstadt Mettmann.



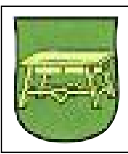
13. September, Bartenstein: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Bartenstein in Nienburg.



28. Juni bis 8. Juli, Braunsberg: Zehntes Kreistreffen in der Heimat, zugleich Busreise (11 Tage) nach Braunsberg mit Abstecher nach Masuren. Teilnahme bei Manfred Ruhnau melden, Telefon (02241) 311395.

4./5. Oktober, Braunsberg: 60 Jahre Patenschaft mit der Patenstadt Münster. Johanniter-Akademie, Münster, Teilnahme bitte dort anmelden, Telefon (02251) 97230145 bei Frau Schwarze.

29. November, Braunsberg: Adventsfeier der Braunsberger, 14 Uhr, Hotel Handelshof, Mühlheim / Ruhr.



4. bis 11. Mai, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Mespelbrunn/Spessart

17./18. Mai, Ebenrode/Stallupönen: Teilnahme am Deutschlandtreffen, Messe Kassel, Damaschkestraße 55, Kassel.

30. Mai bis 2. Juni, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Hermannsburg, Billingstraße 29, Seminarishotel Heidehof.

14. Juni, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Bonenwerder, Linser Straße 12, Hotel Königszinne

14./15. Juni, Ebenrode/Stallupönen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen, Landhotel Michelishof, Hauptstraße 5, 29303 Bergen, OT Offen. Frau Malchow, Telefon (05051) 8870.

14./15. Juni, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Offen/Bergen, Hauptstraße 5, Hotel Michaelishof, Telefon (05051) 8870.

25./26. Juli, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Winsen/Luhe, Luhdorfer Straße 29, Stadthalle Winsen.

31. Juli bis 10. August, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Otterndorf, Schleusenstraße 147, Jugendherberge Otterndorf.

3. bis 16. August, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Otterndorf, Schleusenstraße 147, Jugendherberge Otterndorf.

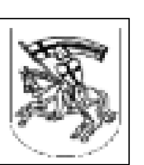
27. September, Ebenrode/Stallupönen: Heimattreffen, Rostock, Südring 90 (am Hauptbahnhof), Stadthalle Rostock.



29. März, Elchniederung: Nachbarschaftsgespräch mit Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung (nur Vorstands-Mitglieder), Schmalkalden.

17./18. Mai, Elchniederung: Regional-/Nachbarschaftstreffen der Stadt Tilsit, Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und Elchniederung entfällt, da in Kassel das Deutschlandtreffen der Ostpreußen stattfindet.

12. bis 14. September, Elchniederung: Kreistreffen/Mitgliederversammlung, Bad Nenndorf



26. April, Fischhausen: 22. Ortstreffen Neukuhren. Hotel Gorch Fock, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (04503) 899111.

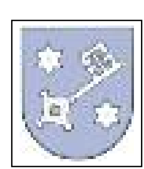
26. April, Fischhausen: Ortstreffen Palmnicken, Trankwitz und Umgebung. Stadthotel Am Römerturm, St. Apern-Straße 32, 50667 Köln, Telefon (0221) 2093 0, Informationen: Siegfried Zigann, Telefon (02241) 409641, Hanni Lenczewski, Telefon (02352) 52668 oder Helmut Kelch, Telefon (05362) 52640.

1. Mai, Fischhausen: 21. Ortstreffen Bärwalde. Gaststätte Auetal, Dorfstraße 42, 21272 Döhle, Telefon (04175) 439. Informationen: Marga Hinzer, Telefon (04184) 9310 oder Lothar Ermisch, Telefon (035361) 80029.

21. Juni, Fischhausen: 2. Regionaltreffen in Leipzig der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Königsberg-Land und Fischhausen. Gartenlokal „Zur Seilbahn", 04157 Leipzig, Max-Liebermann-Straße 91–93, Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

2. bis 4. August, Fischhausen: 60. Pillauer Heimattreffen. Stadthallenrestaurant Eckernförde, Am Exer, Eckernförde. Informationen: Gabriele Schildknecht-Lindenberg, Telefon (0421) 4984443.

20./21. September, Fischhausen: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg, Informationen: Geschäftsstelle, Telefon (04101) 22 037.



28. April bis 2. Mai, Gerdauen: Stadttreffen Gerdauen, Ostheim, Bad Pyrmont

17./18. Mai, Gerdauen: Hauptkreistreffen im Rahmen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Kassel, Messegelände

18. bis 21. Mai, Gerdauen: Ortstreffen Reuschenfeld, Hotel Waldfrieden, Elsterberg-Kleingera.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

23. bis 26. Juni, Gerdauen: Ortstreffen Skandau, Sillginnen, Solknick im Ostheim, Bad Pyrmont



17./18. Mai, Goldap: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.

12. Juli, Goldap: Goldaper Sommerfast, Hotel Lesny Zakatek, Goldaper See. Informationen bei Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.

5. bis 7. September, Goldap: Goldaper Heimattreffen, Hauptkreistreffen, Hotel Vier Linden, Stade. Informationen bei Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.



5. April, Heilsberg: Kreistag der Kreisgemeinschaft.,14 Uhr, Messehotel Köln-Deutz, Theodor-Hürth-Straße 2-4.

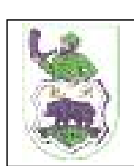
4. Mai, Heilsberg: Wallfahrtsgottesdienst, 10 Uhr, Werl.

28. August, Heilsberg: Patenschaftstreffen, Hans-Rosenthal-Haus, Bolchener Straße (S-Bahn Sundgauer Straße), 14167 Berlin-Steglitz-Zehlendorf. Anmeldung bei Benno Boese, Nikolaus-Bares-Weg 70, 12279 Berlin, Telefon (030) 7215570.

30. August, Heilsberg: Tag der Heimat, Urania, Wittenbergplatz, Berlin.

6. bis 7. September, Heilsberg: 15. Kirchspieltreffen Krekollen-Lauterbach. Weißenburg, Billerbeck. Anmeldungen bei Edith Bender, Hoffschlägerweg 2a, 48653 Coesfeld, Telefon (02541) 838379.

11. Oktober, Heilsberg: Erntedankfeier, Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, Berlin.



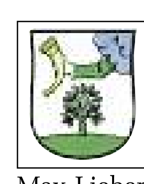
29. Mai bis 11. Juni, Insterburg Stadt und Land: Schwägerauer Treffen. Hotel Jägerklause, Schmalkalden/Thüringen. Anmeldung bis zum 25. März schriftlich an Siegfried Schulz, OT Braunsberg 6, 18276 Zehna oder telefonisch (038458) 50552.

22. bis 29. Juni, Insterburg Stadt und Land: Puschdorfer-Treffen zusammen mit der Senioren-Freizeit der Heimatgruppe Darmstadt. Ostheim, 31812 Bad Pyrmont, Parkstraße 14. Nähere Informationen: Werner Kleist, Fiuggiring 102, 38350 Helmstedt, Telefo (05351) 41770.

28. bis 31. August, Insterburg Stadt und Land: Waldgartner Treffen. Hotel Zur Linde, Steinheimer Straße 219, Billerbeck (Horn-Bad Meinberg). Nähere Informationen: Ursula Weck, Veilchenweg 24, 24536 Neumünster, Telefon (04321) 31707, E-Mail: uweck@versandet.de.

26. September, Insterburg Stadt und Land: 62. Jahreshauptversammlung der Mitglieder der Ratsversammlung der Kreisgemeinschaft in Krefeld.

27./28. September, Insterburg Stadt und Land: 62. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft in Krefeld.



21. Juni, Labiau: 11 bis 18 Uhr, 2. Regionaltreffen in Leipzig-Gohlis, Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91-93.

2. August, Labiau: Haffdörfer-Treffen in Bremerhaven.

13./14. September, Labiau: Hauptkreistreffen in Otterndorf/ Landkreis Cuxhaven, Stadthalle.

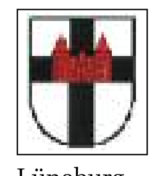


19. bis 21. Mai, Mohrungen: Treffen der ehemaligen Mohrunger Herderschüler, Ostheim der Landsmannschaft Ostpreußen, Bad Pyrmont.

14. Juni, Mohrungen: Sommerfest des Vereins der Deutschen Minderheit „Herder", Simnau, Ostpreußen.

29. August, Mohrungen: Kreisausschuss und Kreistagssitzung, Gießen.

30./31. August, Mohrungen: Hauptkreistreffen der KG Mohrungen. „60 Jahre Patenschaft zur Universitätsstadt Gießen", Gießen.



14. September, Neidenburg: Heimattreffen, Restaurant des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg.



13. April, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke, Groß Schöndamerau, Lehmanen, Schöndamerau.

26. April, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, in Herne.

26. April, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Deutschheide, Wilhelmsthal, in Herne.

26. April, Ortelsburg: Heimattreffen des Amtsbezirks Rheinswein, Kulturzentrum in Herne.

26. April, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Farienen, Friedrichshof, Kulturzentrum in Herne.

26. April, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Fürstenwalde, Lindenort, Liebenberg, in Herne.

10. Mai, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Albrechtsort, Groß Dankheim (Landbezirk 06).

10. Mai, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Großheidenau, Kannwiesen, Kulturzentrum in Herne.

10. Mai, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten, Steinhöhe, Kulturzentrum in Herne.

10. Mai, Ortelsburg: Heimattreffen der Amtsbezirke Malschöwen, Mensguth, Rummau, in Herne.

10. Mai, Ortelsburg: Kirchspieltreffen Willenberg, Kulturzentrum in Herne.

29. Mai bis 7. Juni, Ortelsburg: Heimatreise der Kreisgemeinschaft Ortelsburg.

21. September, Ortelsburg: Hauptkreistreffen, Kulturzentrum Herne.

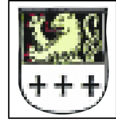


26./27. April, Osterode: Dorftreffen Frögenau und Kaulbruch, Bad Laer, Hotel Großes Kettler. Rückfragen und Informationen bei Elke Schuster, Telefon (06251) 65679, und Werner Ehmke, Telefon (05624) 6416.

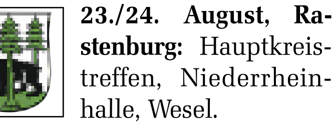
3. Mai, Osterode: Dorftreffen Baarwiese, Altfinken, Hirschberg und Thomareinen, 14 Uhr, Ostseebad Dierhagen, Pension Haus am See. Informationen bei Ingrid Viegas, Telefon (030) 5295164.

15. Juni, Osterode: Regionaltreffen in Hamm-Westtünnen, Von-Thünen-Halle (Vereinsheim des Schützenvereins Westtünnen 1893 e. V.), Hubert-Westermeier-Straße 1. Beginn: 12 Uhr.

13./14. September, Osterode: Hauptkreistreffen in Osterode am Harz, Stadthalle Osterode am Harz. Programm wird abgedruckt in der Osteroder Zeitung, Folge 121, Mai 2014.



20./21. September, Pr. Eylau: Heimattreffen, Hotel Niedersachsenhof, Verden.



23./24. August, Rastenburg: Hauptkreistreffen, Niederrheinhalle, Wesel.



27. März, Rößel: Tag der „offenen Tür". Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

4. Mai, Rößel: Wallfahrt der Ermländer nach Werl.

10. Mai, Rößel: Seeburger Treffen. 13 Uhr, Festsaal des Seniorenhauses St. Maria, Schwalbengasse 2–5, Köln.

15. bis 19. Mai, Rößel: Fünftägige Busreise zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Anmeldungen bei Waltraud Wiemer, Telefon (0214) 57954.

30. Juni bis 2. Juli, Rößel: Ortstreffen der Scheller, Haus Mariengrund, Münster.

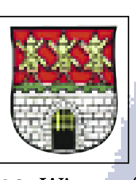
31. Juli bis 3. August, Rößel: Bischofsburger Treffen. Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Anmeldungen bei Horst Ehlert, Telefon (0291) 7323.

7. August, Rößel: Tag der „offenen Tür". Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

28. August, Rößel: Tag der „offenen Tür". Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

20./21. September, Rößel: 31. Hauptkreistreffen und 30 Jahre Patenschaft mit Rhein-Kreis Neuss. Berufsbildungszentrum Hammfelddamm 2, 41460 Neuss.

14. Dezember, Rößel: Adventsfeier. 14 Uhr, Pfarrkirche St. Marien.



26. Juli, Schloßberg-Pillkallen: Ostpreußentreffen in Winsen (Luhe). Stadthalle, Luhdorfer Straße 29, Winsen (Luhe), (Veranstaltung der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode in Zusammenarbeit mit den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg).

9./10. August, Schloßberg-Pillkallen: Ortstreffen Gobern in Winsen (Luhe).

12. bis 14. September, Schloßberg-Pillkallen: Haselberger Treffen in Lügde-Elbrinxen, Lippischer Hof.



12. April, Sensburg: 18. Kirchspieltreffen Hoverbeck, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein.

12. April, Sensburg: 13. Ortstreffen Selbongen, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkeln/Rhein.

26. April, Sensburg: 12. Kirchspieltreffen Sorquitten (19. Treffen der ortsgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf), Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

29. April bis 1. Mai, Sensburg: 62. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg, Hotel Waldecker Hof, Korbacher Straße 24, 34508 Willingen.

3. Mai, Sensburg: Traditionelle Stinthengstwasserung, 15 Uhr, Stadtpark beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133, 42853 Remscheid.

21. Juni, Sensburg: 14. Kirchspieltreffen Ukta, Paul-Schneider-Haus, Ostenschlahstraße 2, 58675 Hemer.

27. bis 30. Juni, Sensburg: 29. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde, Hotel Krone-Post, Hauptstraße 1, 69412 Eberbach/Neckar.

16./17. August, Sensburg: Jubiläumstreffen: 60 Jahre Patenschaft Remscheid-Sensburg und 50. Treffen der Kreisgemeinschaft Sensburg, Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid.



14. Mai, Tilsit-Ragnit: Ostpreußentreffen in Sparrieshoop, 15 Uhr, Restaurant Marone.

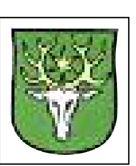
16. Mai, Tilsit-Ragnit: Treffen der Mitglieder der Kreisgemeinschaft am Vorabend des Deutschlandtreffens, Restaurant „Komödienstadel" in der Karthäuserstraße 5 A, Kassel.

13. August, Tilsit-Ragnit: Ostpreußentreffen in Sparrieshoop, 15 Uhr, Restaurant Marone, Sparrieshoop.

27. September, Tilsit-Ragnit: Kirchspieltreffen Altenkirch: Treffen im Rahmen des Landestreffens Mecklenburg-Vorpommern, Stadthalle Rostock.

8. Oktober, Tilsit-Ragnit: Ostpreußentreffen in Sparrieshoop, 15 Uhr, Restaurant Marone, Sparrieshoop.

10. Dezember, Tilsit-Ragnit: Ostpreußentreffen in Sparrieshoop, 15 Uhr, Restaurant Marone, Sparrieshoop.



6. April, Wehlau: Treffen der Berliner Gruppe. 15 Uhr, Gasthaus Lindengarten, Alt-Buckow 15 a, 12349 Berlin. Organisation: Lothar Hamann, Druckerkehre 6, 12355 Berlin, Telefon (030) 6633245.

1. bis 9. Mai, Wehlau: Sonderfahrt nach Wehlau und Königsberg. Organisation: Gerd Gohlke Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586.

1. Juni, Wehlau: Treffen der Berliner Gruppe. 15 Uhr, Gasthaus Lindengarten, Alt-Buckow 15 a, 12349 Berlin. Organisation: Lothar Hamann, Druckerkehre 6, 12355 Berlin, Telefon (030) 6633245.

27. bis 29. Juni, Wehlau: Kirchspielteffen Grünhayn. Hann. Münden/Laubach. Organisation: Adelheid Kirchner, Vogelfängerstraße 8, 34346 Hann. Münden.

27. September, Wehlau: Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern. Rostock. Organisation: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

5. Oktober, Wehlau: Treffen der Berliner Gruppe. 15 Uhr, Gasthaus Lindengarten, Alt-Buckow 15 a, 12349 Berlin. Organisation: Lothar Hamann, Druckerkehre 6, 12355 Berlin, Telefon (030) 6633245.

7. Dezember, Wehlau: Treffen der Berliner Gruppe. 15 Uhr, Gasthaus Lindengarten, Alt-Buckow 15 a, 12349 Berlin. Organisation: Lothar Hamann, Druckerkehre 6, 12355 Berlin, Telefon (030) 6633245.

Ostpreußisches Landesmuseum: „Das nördliche Ostpreußen. Einblicke in das Heute". Vortrag von Hans-Jürgen Schalinski, Adendorf in der Reihe „Museum erleben"

Dienstag, 1. April, 14.30 bis 16.30 Uhr, Eintritt fünf Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck)

Der aus Westfalen stammende Referent bereiste viele Male das nördliche Ostpreußen. Weil seine Frau in Königsberg geboren ist, zieht es beide immer wieder in dieses Gebiet. Er beobachtete die Veränderungen dort zum Besseren wie auch zum Schlechteren. Im Anschluss an den Vortrag besteht die Möglichkeit zu Fragen. Reservierung wird empfohlen.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75995-0.

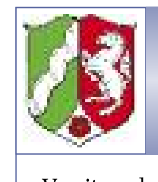
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Die Kosten für Busfahrt, Kaffeegedeck und Eintritt betragen 26 Euro pro Person.

Helmstedt – Donnerstag, 10. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Das zweimonatliche Treffen findet statt.

Oldenburg – Beim nächsten Treffen am 9. April, 15 Uhr, im Stadthotel Eversten, zeigt Karl-Heinz Bonk ein Kaleidoskop von Bildern seiner zahlreichen Ost- und Westpreußenreisen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Die Kreisgruppe plant eine Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel, ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart“ – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schifffahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen. Sonnabend, 22. März, 11 Uhr, Parkhotel (Altes Gasthaus Kampmeyer): Jahreshauptversammlung mit Grützwurst-Essen. Anmeldung bis 10. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646, erbeten. – Donnerstag, 27. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 8. April, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld –Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Dienstag, 1. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Der russische Einmarsch in Ostpreußen 1914 - In Solschenizyns Roman ‚August Vierzehn‘“. Referent: Professsor Dr. Hans Rothe. – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Dortmund – Jeden dritten Montag von 14.30 bis 16.45 Uhr Treffen in der Heimatstube Märkische Straße. Auskünfte erteilt Marlies Hein unter Telefon (0209) 98894112.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. –

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Sonntag, 23. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung. Anträge und Wahlvorschläge bitte bis zum 17. März einreichen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Leverkusen – Sonnabend, 5. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 61: **Jahreshauptversammlung** ohne Neuwahlen, mit Berichterstattungen über die Tätigkeit der Kreisgemeinschaft. Danach findet eine Vesper und ein kleines kulturelles Programm statt, vorbereitet von den Kulturgruppen. Alle Mitglieder werden um ihr Dabeisein gebeten. Gäste sind willkommen. Ihre Meinung über die Tätigkeit des Vorstandes und der Gruppe ist sehr wichtig.

Lüdenscheid – Sonnabend, 22. März, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften, Sauerfelderstraße 27: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 15. März bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548, und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720. – Die Lüdenscheider Gruppe fährt mit Gästen aus Iserlohn und Unna vom 17. bis 19. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel.

Neuss – Donnerstag, 3. April, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Programm wird in der Presse bekannt gegeben.

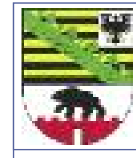
Witten – Sonnabend, 5. April, Einlass ab 14 Uhr, Katholisches Gemeindehaus der Marienkirche, Hauptstraße 83 a: 60-jähriges Jubiläum der Landsmannschaften der Pommern, Ost- und Westpreußen. Kostenbeitrag für Kaffeetafel 3,50 Euro.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

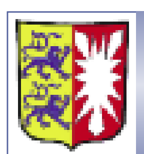


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Dia-Vortrag „Eine Reise durch Ostpreußen“.

Magdeburg – Freitag, 28. März, 15 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 1. April, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



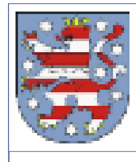
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg, spricht am Dienstag, 8. April, um 15 Uhr im „Haus im Stadtpark“ über das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und über die aktuelle Situation der Landsmannschaft Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Mölln – Mittwoch, 26. März, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Herr Kämpfert aus Stockelsdorf hält einen Vortrag über den ersten Frieden von Thorn im Jahre 1411 unter dem Titel „Von Thorn zur Marienburg, die Geschichte des Deutschen Ordens im Preußenland und Ihre Akzeptanz bei Deutschen und Polen“. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich sehr freuen.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 27. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Lichtbildvortrag von Herrn Hamm zum Thema „Ostpreußen“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Dittchenbühne

Sonnabend, 22. März, 20 Uhr/Sonntag, 23. März, 16 Uhr: Die Möwe. Drama von Anton Tschechow. Eintritt 15 Euro.

Donnerstag, 27. März, 19 Uhr: Welttheatertag. Kreispräsident Burkhard E. Tiemann ehrt Theaterschaffende.

Mittwoch, 2. April, 19 Uhr: Vortrag „Reiki“. Referentin Brigitte von Werder-Geiger. Kosten 10 Euro.

Freitag, 4. April, 20 Uhr/Snnntag, 6. April, 16 Uhr: Die Möwe.

Forum Baltikum–Dittchenbühne, Elmshorn, Telefon (04121) 89710.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Viele neue Projekte

Der Verein »Ermländerfamilie« stellt sich vor

Mit einer Vielzahl von Projekten will der Verein Ermlandfamilie e.V. in diesem und den kommenden Jahren die Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Das kündigte der Vorsitzende des Ermländerrates, Norbert Block, beim jährlichen Treffen mit den Kreisvertretern aus Allenstein-Stadt, Allenstein-Land, Rößel, Braunsberg und Heilsberg in Münster an. Ein Höhepunkt wird dabei die Präsentation beim 99. Deutschen Katholikentag vom 28. Mai bis 1. Juni in Regensburg sein. Extra aus diesem Anlass wird es einen vierfarbigen Sonderdruck der „Ermlandbriefe“ geben, in dem besonders auch die Arbeit der Gemeinschaft Junges Ermland hervorgehoben wird.

Ganz neu gestaltet wird auch der Internet-Auftritt des Vereins. Er soll von Design, Inhalt und Funktionalität den Ansprüchen eines modernen Online-Portals gerecht werden. Gleichzeitig werden mit der gleichen Technologie unter anderem auch die Internet-Seiten der Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung und der Visitator-Ermland-Stiftung neu aufgesetzt. Eigene Publikationen sollen künftig in einem Online-Shop angeboten werden.

Mit Blick auf den 50. Jahrestag des Briefwechsels zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahr 2015 plant die Ermlandfamilie eine Dokumentation. Hierin sollen vor allem die vielen konkreten Aktivitäten aufgeführt werden, die zu zahlreichen freundschaftlichen Beziehungen beigetragen haben. In diesem Zusammenhang dankte Norbert Block nochmals dem polnischen Erzbischof Dr. Wojciech Ziemba, der sich – wenn am Ende auch vergeblich – bei der Deutschen Bischofskonferenz für den Erhalt des Amtes des Visitators Ermland eingesetzt hatte.

Wesentliche Aufgaben des Visitators Ermland hat inzwischen der im November 2012 gegründete Verein Ermlandfamilie e.V. übernommen. Er darf dabei auf die aktive Mitwirkung zahlreicher ermländischer Priester bauen, mit denen die Seelsorge an den Ermländern in gleichem Maße fortgesetzt werden kann. Msgr. Dr. Lothar Schlegel war im Oktober 2011 altersbedingt als Visitator von der Deutschen Bischofskonferenz entbunden worden. Danach blieb das Amt zunächst vakant. Anfang 2013



Führten intensive Gespräche: Vorstand der Ermlandfamilie e.V. und Kreisvertreter der Landsmannschaft Ostpreußen Bild: Barbara Teschner

wurde den Ermländern mitgeteilt, dass für sie kein Visitator mehr ernannt wird. Hintergrund: Bis 2016 will die Deutsche Bischofskonferenz die Verantwortung für die Seelsorge an den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und deren Nachkommen in die Verantwortung von möglichst kirchlich anerkannten Vereinen geben. Lediglich für die Seelsorge an den Deutschen aus Russland soll es danach noch einen Visitator geben.

Private Vereine leisten Vertriebenenseelsorge

Die Anerkennung als privater kanonischer Verein durch die Deutsche Bischofskonferenz stehe noch aus. „Hierzu befinden wir uns noch in Gesprächen mit der Bischofskonferenz, die insbesondere noch Satzungsänderungen einfordert“, erläuterte Block den Kreisvertretern. Vorrangig für den Verein sei es in den zurückliegenden Monaten aber gewesen, die Arbeitsfähigkeit der Ermlandfamilie zu erhalten. Angesichts weggebrochener Zuwendungen durch die Deutsche Bischofskonferenz finanziere sich die Ermlandfamilie derzeit ausschließlich aus Spenden. „Gemeinsam mit der Visitator Ermland Stiftung suchen wir daher auch nach großzügigen Zustiftern, die auf Dauer die Arbeit der Ermlandfamilie absichern können“, sagte Block. *PAZ*

Nicht schlecht, der Specht

Picus Viridus, der Grünspecht, ist Vogel des Jahres 2014 – Windkrafträder und Monokulturen gefährden seinen Bestand

Der Grünspecht steht zwar nicht mehr auf der Vorwarnliste zur Roten Liste gefährdeter Brutvogelarten, doch soll die Wahl zum Vogel des Jahres auch ein umweltpolitisches Zeichen setzen: Erneuerbare Energien wie Windkrafträder, welche den Lebensraum der Vögel einschränken, sollen der Prüfung unterzogen werden.

Anhand dieses Beispiels will man angesichts einer bedenklichen Entwicklung auf unterschiedliche Chancen und Risiken der einzelnen Vogelarten aufmerksam machen. Nach Mitteilung des Nabu ist inzwischen mehr als die Hälfte der 260 einheimischen Vogelarten in ihrem Bestand gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Dabei liegen Gewinner wie der Grünspecht nur knapp vor den Verlierern.

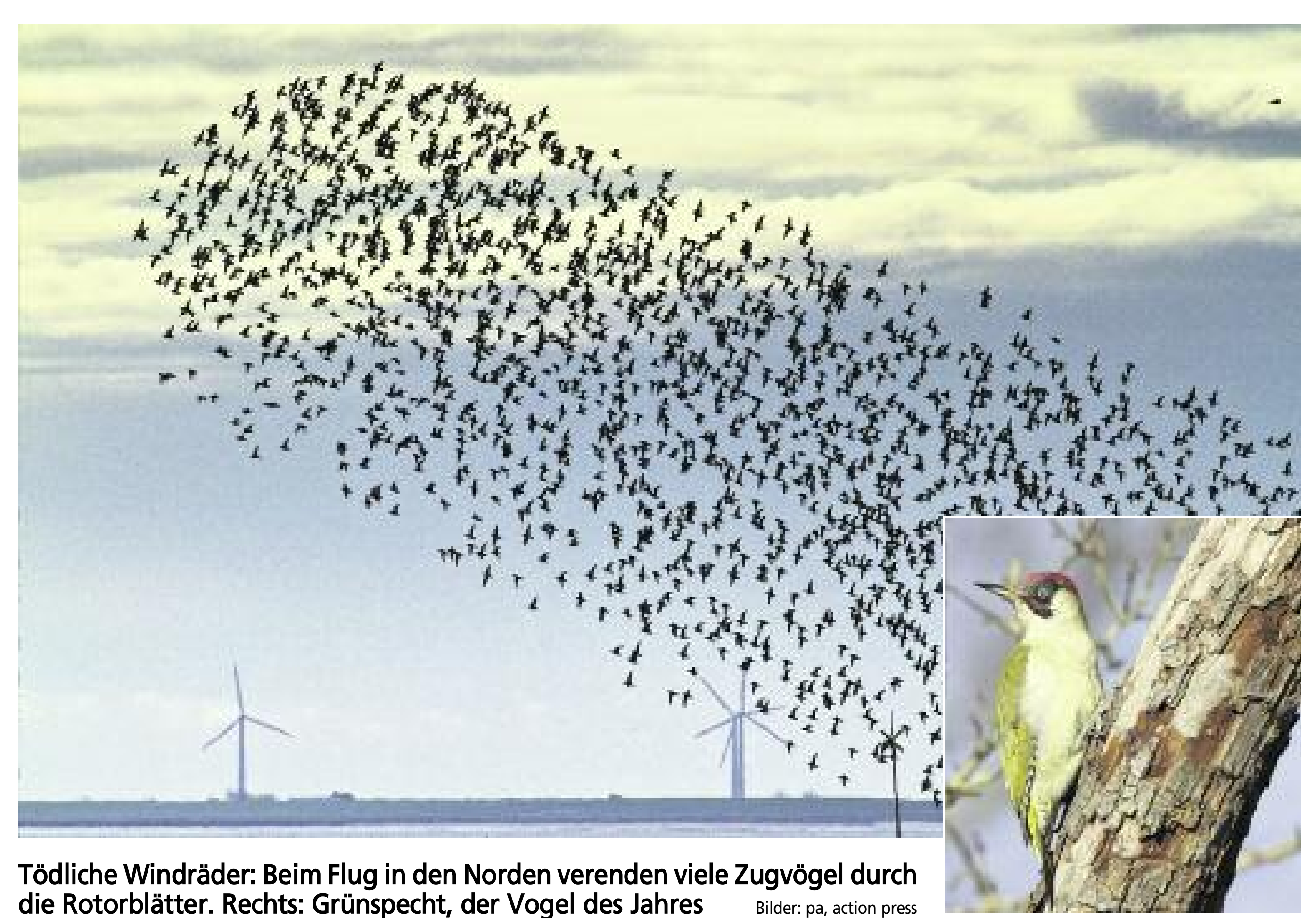
In den letzten 15 bis 20 Jahren waren die stärksten Rückgänge bei den Feld- und Wiesenvogelarten zu verzeichnen, was auf die sich immer weiter ausdehnende Intensivlandwirtschaft zurückzuführen ist. Hingegen sind für den Grünspecht im gleichen Zeitraum nach zahlreichen milden Wintern wieder steigende Bestandszahlen zu verzeichnen. Seit jeher war der Grünspecht auch in Parks und großen Gärten zu Hause. In jüngerer Zeit ist er zudem vermehrt in städtische Grünanlagen eingewandert, die er sich als „Rückzugsräume“ erschlossen hat.

Das Verbreitungsgebiet dieser Vogelart reicht von Großbritannien und dem Süden Skandinaviens über das gesamte europäische Festland bis zum Ural. Zusammen mit seiner Schwesterart, dem Grauspecht, ist der Grünspecht in Mitteleuropa der einzige Vertreter der Gattung Picus, einer Unterfamilie der Echten Spechte. Mit 31 bis 33 Zentimetern Länge und einer Flügelspannweite von rund 55 Zentimetern übertrifft er diesen deutlich an Größe. Eine auffällige Erscheinung ist der Grünspecht wegen seiner schwarzen Augenmaske, die bis zum karmesinroten Oberkopf reicht, und durch die in unseren Breiten ungewöhnliche olivgrüne Farbe seines Rückens. Bauch und Kehle der Tiere sind bis in die Ohrgegend matt hellbis graugrün gefärbt und manchmal gesprenkelt. Die Steuerfedern der Flügel sind hell-dunkel gebändert. Im Gegensatz zum Weibchen hat das Männchen einen roten Wangenfleck. Man hört den Grünspecht meistens eher, als dass man ihn zu Gesicht bekommt. Sein durchdringender Ruf „klü-klü-klü-klü“ aus bis zu 20 hellen Stakkato-Silben ist weithin hörbar und erinnert an gellendes Lachen. Grünspechte erkennt man an ihrem wellenförmigen Flug, wobei die Flügel zwischen zwei Schlagphasen ganz an den Körper angelegt werden.

Der eigentliche Lebensraum des Grünspechts sind lichte Laubwälder, halboffene Landschaften, Wiesenränder und Streuobstwiesen mit alten Bäumen. In die Stämme und Äste von dicken, alten Bäumen mit weichen Stellen hämmern die Spechte ab März eine Nisthöhle. Im Innern der Höhle dienen Holzschnipsel zur Polsterung für die fünf bis sieben ovalen, glänzend weißen Eier.

Grünspechte sind weitgehend standorttreu, zimmern aber nach Möglichkeit jedes Jahr eine neue Baumhöhle. Ihre Nahrung sind Insekten und Spinnen, hauptsächlich aber Ameisen, die sie an Baumstämmen und auf dem Erdboden finden. Der Grünspecht wird in Gärten gesichtet, wenn er kerzengerade auf dem Rasen sitzt, um sich dann niederzubeugen und mit seinem dolchartigen Schnabel immer wieder tief in den Erdboden zu stoßen. Mit seiner langen, klebrigen Zunge holt er Ameisen, Larven und Puppen aus den Bauen hervor.

Man kann dem Vogel helfen, indem man alte Bäume nicht fällt, Ameisen im Garten nicht bekämpft und keine chemischen Unkrautbekämpfungsmittel einsetzt. In öffentlichen Bereichen sollte totes Holz nicht unnötig entfernt werden. Können sich Spechte in ihren Revieren nicht halten, wirkt sich das zum Nachteil anderer höhlenbewohnender Arten aus, darunter Kleiber, Gartenrotschwanz, Fledermäuse, Siebenschläfer und Hornissen.



Tödliche Windräder: Beim Flug in den Norden verenden viele Zugvögel durch die Rotorblätter. Rechts: Grünspecht, der Vogel des Jahres Bilder: pa, action press

Die Gefährdung des Grünspechts entstand durch den massiven Schwund von offenen, strukturreichen Landschaften. Seitdem die Milchkühe überwiegend ganzjährig in Großställen gehalten werden, sind zahlreiche Wiesen und Weiden umgebrochen und, damit einher gehend, einzeln stehende alte Bäume gerodet worden. Vielfach werden auf diese Weise riesige Mais-Monokulturen arrondiert.

Auch Streuobstwiesen mit alten Hölzern sind ökologisch wertvoll, bringen ihren Besitzern aber wenig ein. Nach ihrer Rodung werden sie überwiegend in Ackerland umgewandelt, vorwiegend für den subventionierten Maisanbau, der als Substrat für den Betrieb von Biogasanlagen eingesetzt wird. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die genehmigungspflichtige Umwandlung von Grünland zu Agrarflächen oft illegal geschieht.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die EU-Agrarsubventionen und die Vergünstigung der Energie- sowie Wärmeerzeugung durch Biomasse im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Von 2005 bis 2011 verzehnfachte sich die Anbaufläche für Energiemais auf mehr als 700 000 Hektar, was etwas weniger als einem Drittel der Gesamtanbaufläche in Deutschland entsprach.

Mais wird auch in großem Umfang als Futtermittel in der Massentierhaltung verwendet. Die Gülle aus der Tierhaltung kommt als Dünger auf die Felder und wird außerdem zur Biogaserzeugung benötigt. Für die Vogelwelt ist das ein Teufelskreis.

Inzwischen häufen sich die Anzeichen dafür, dass der Maisanbau zum Betrieb von Biogasanlagen nicht die angestrebte Einsparung bei den CO_2-Emissionen erbringt, im Gegenteil. Umweltschützer und Wissenschaftler wiesen darauf hin, dass die Erzeugung von Energie und Wärme aus nachwachsenden Rohstoffen, vor allem in Form von Mais-Monokulturen, der unrentabelste und umweltschädlichste Beitrag zu den regenerativen Energien ist. Hinzu kommt die Flächenkonkurrenz zwischen Energieerzeugung und Nahrungsmittelproduktion. Bisher gab es aber trotz der Einwendungen keine grundsätzlichen Korrekturen am EEG.

Um in der Öffentlichkeit auf die negative, immer noch wenig beachtete Entwicklung in den ländlichen Regionen aufmerksam zu machen, wählten der Nabu und der bayerische Landesbund für Vogelschutz den Grünspecht als Botschafter für 2014. Damit einher ergeht die Aufforderung an die Politiker, die Biomasse als Teil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen. Sollte sich erweisen, dass die Energieerzeugung durch massiven Flächenverbrauch nicht zweckmäßig ist, müssen rasch Konsequenzen gezogen werden. *D. Jestrzemski*

Wehe, wenn die Kampfkuh böse guckt

Jedes Frühjahr bieten sich Walliser Almkühe die Stirn – Wer den größten Dickkopf hat, wird Königin der Herde

Sobald der Winter sich verabschiedet, kehrt im Wallis die Zeit der Königinnen ein. Kampflustig kommen sie aus ihren Ställen, um die Hierarchie in der Herde auszumachen. Eringer Kühe sind in ihrer Art einzigartig, ebenso wie die fröhlichen Volksfeste, die aus dem natürlichen Kampfspektakel entstehen.

Stierkampf war gestern, Kuhkampf ist heute angesagt. Auf diese Formel könnte man, stark vereinfacht, das aktuelle Kampfgeschehen unter den Rindviechern bringen. Wenn der traditionelle Stierkampf in Spanien an dem einen oder anderen Ort auch immer wieder eine unerwartete Renaissance erlebt, ist er doch seit Jahren rückläufig – innerhalb der letzten fünf Jahre angeblich sogar um 40 Prozent. Einen regelrechten Boom dagegen erlebt derzeit das Spektakel des Kuhkampfs, das seinen Ursprung und seine Heimat im Wallis hat.

Dass die Kämpfe immer beliebter geworden sind, belegen unter anderem die Zahlen von durchschnittlich 2500 Zuschauern an den regionalen Ausscheidungen und 12 000 beim großen Finale in Aproz. Dazu wird die Eringer Kampfkuh wegen der zunehmenden Popularität der Kämpfe immer mehr zum Symbol für den Kanton Wallis, für seinen Tourismus und seine Produkte. Und das hört bei der Vermarktung von Walliser Raclettekäse keineswegs auf. Sogar Geldhäuser wie die Walliser Kantonalbank küren die Eringerin zur willkommenen Werbebotschafterin.

Das Medieninteresse ist entsprechend. Beim kantonalen Finale in Aproz, das dieses Jahr am 11. Mai stattfindet, ist das Westschweizer Fernsehen sogar regelmäßig live dabei. In den Printmedien sorgen die Kampfkühe für Schlagzeilen, und „Stallgeschichten“ über die schwarz-braunen Kämpferinnen sind so beliebt, als ob sie menschlichen Geblüts wären.

Auch Politiker tun jeweils gut daran, sich zumindest in Wahlzeiten auf den Finaldurchgängen blicken zu lassen. Denn wie schnell der Ringkuhkampf zum Politikum werden kann, zeigte das Jahr 2012. Die Veranstalter des Finales hatten sich etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Zum allerersten Mal wurde am Tag vor dem traditionellen Finale ein internationaler Kampf ausgetragen. An dieser Weltmeisterschaft der Eringer Kühe nahmen insgesamt 32 Tiere teil: 15 aus dem Aostatal, zwei aus dem französischen Savoyen und 15 aus dem Wallis. Siegerin wurde die Italienerin Merlitta. Seitdem darf sie sich „Königin des Espace Mont Blanc“ nennen.

Doch ihre Nationalität war die falsche und das Championat damit eine einmalige Veranstaltung. Nun spricht man nur wieder vom „Nationalen Finale der Eringer Ringkampfkühe“. Eringer Kühe werden zwar gerne exportiert, doch einen so bedeutenden Titel auch noch nachzureichen, ging dann doch zu weit. Denn – so die Dienststelle für Landwirtschaft – das Wallis muss das Mutterland der Eringerzucht bleiben und diese Führungsposition auch verteidigen.



Zickenkrieg: Kühe nehmen sich gegenseitig aufs Horn Bild: MySwitzerland

Die Eringer Rasse wird im Wallis schon seit Urzeiten gehalten. Die kleinen stämmigen Tiere zeichnen sich durch ihr lebhaftes Temperament und ihre Kampfeslust aus und sind dank der Leichtigkeit, mit der sie sich in schwierigem Gelände bewegen, hervorragend für die Berge geeignet. Da ihre Milchleistung jedoch eher bescheiden ist, ging die Zahl Mitte des letzten Jahrhunderts stark zurück. Dank der immer beliebter werdenden Ringkuhkämpfe aber erholte sich der Bestand und beträgt heute rund 13 500 Tiere.

Dabei sind die Besitzer längst nicht mehr nur noch Bauern, viele sind etwa Architekten oder Juristen, die ihre Klienten zu den Kämpfen einladen. Doch wie ist diese „passion des reines“ zu erklären? Warum zieht es die Züchter ohne nennenswertes Entgelt und Gewinne immer wieder zum Kampf? Renato Karlen, der zusammen mit Vater Sepp 2012 die Königin der Königinnen stellte, brachte es auf den Punkt: „So ein Sieg ist etwas ganz Spezielles. Das ist das Größte, das einem passieren kann.“

Der Schweizer Kuhkampf hat mit einer spanischen Corrida nichts zu tun. Er ist weder blutig, noch werden die Kühe auf Kampf trainiert oder abgerichtet. Dazu besteht auch kein Anlass, denn als weltweit einzigartige Rinderrasse ist den Eringer Kühen das Gen, immer wieder um die Hierarchie in der Herde zu kämpfen, angeboren. Verletzungen sind dabei äußerst selten.

Seit 1922 finden im Wallis organisierte Kuhkämpfe statt. Doch so vergnüglich die Sache scheint, so ernst wird sie genommen. Die Kämpfe sind streng reglementiert und stehen unter Kontrolle eines Tierarztes. Während mehrerer Jahre hat man sogar Doping-Kontrollen durchgeführt. Da es aber keinen einzigen Fall gab, wurden diese Kontrollen eingestellt.

Der Fairness halber sind die Kampfkühe nach Alter und Gewicht in verschiedene Kategorien eingeteilt. Die Gewinnerin – jene, die all ihre Rivalinnen besiegt hat – wird Königin ihrer Kategorie. Das Tier, das beim Finale alle Rivalinnen besiegt hat, wird zur Königin der Königinnen gekürt.

Wie ernst die Sache genommen wird, mussten Renato und Sepp Karlen 2012 schmerzhaft erleben. Beim Finale von Aproz hatte die Jury nur aufgrund eines gegenseitigen Beschnupperns ihrer Schakira mit Gentianne letztere zur Siegerin erklärt. Das brachte selbst die ruhigen Schweizer auf die Barrikaden: Sie quittierten die Entscheidung mit einem gellenden Pfeifkonzert. Von den Treibern nochmals zusammengeführt, zog Gentianne nach kurzem Kampf den Kürzeren und Schakira wurde zur Siegerin erklärt – mit einem gehörigen Nachspiel.

Der Schweizerische Eringerzuchtverband eröffnete ein Disziplinarverfahren. Den Titel Königin der Königinnen durfte Schakira zwar behalten, für Ringkuhkämpfe aber war sie die nächsten zwei Jahre gesperrt. Hatte – für Schweizer Verhältnisse – der lautstarke Widerspruch die Veranstaltung doch in ein unbeschreibliches Chaos gestürzt. Nur dank der aufschiebenden Wirkung von Sepp Karlens Widerspruch konnte Schakira ihren Titel dennoch verteidigen. Doch 2013 lieferte sie keine Siegesschwünge und wurde von Cobra als die neue stärkste Kuh im Lande entthront.

Neben den zehn offiziellen Ringkuhkämpfen, bei denen sich die Kühe für das Finale in Aproz qualifizieren können, gibt es unzählige kleinere „Stechfeste“ – darunter sogar eines im Schnee. Denn seit 2004 wird das Spektakel für die Wintertouristen einmal im Jahr an die Talstation der Torrent-Bahnen von Flachen, einem Ortsteil von Leukerbad, verlegt. An diesem 29. März bieten sich dazu acht Eringer Kühe in der Schneearena die Stirn.

Helga Schnehagen



Gegen alle Konventionen

Therese Prinzessin von Bayern

Unser Bundeskanzler ist eine Frau, ebenso wie unser Verteidigungsminister. Und das frisch gebackene neue Vorstandmitglied des bislang von Männern dominierten ehemaligen Reifenherstellers Continental heißt Elke Strathmann. Nach wie vor ist es aber nicht alltäglich, Frauen in Führungspositionen und an Schaltstellen der Macht zu sehen, doch es wird immer normaler. Denken wir aber etwas über ein Jahrhundert zurück, da wäre so etwas undenkbar gewesen.

Und eben in diese Welt, in der es als anstößig und unnormal galt, dass eine Frau sich Bildung und Freiheit statt Kind und Kegel als Lebensinhalt wünschte, wurde im November 1850 Prinzessin Therese, Tochter der toskanischen Prinzessin Auguste von Österreich und des Prinzregenten Luitpold, geboren. Die Autorin Hadumod Bußmann stellt in ihrem Buch „Ich habe mich vor nichts im Leben gefürchtet: Die ungewöhnliche Geschichte der Therese Prinzessin von Bayern" diese Frau vor. Eine Frau, die dazu bereit war, die gesellschaftlichen Fesseln zu sprengen, anzuecken und sich über jegliche Hürden hinwegzusetzen.

So erarbeitete sie sich mit ihrer ungewöhnlichen Wissbegierde und Zielstrebigkeit seit frühester Kindheit „nicht nur die Grundlagen für ihre späteren naturwissenschaftlichen Forschungen, sondern lernte nach und nach elf europäische Sprachen", so die Autorin. „Ihr Wissensdurst, ihr Unternehmergeist, vor allem aber die Sehnsucht nach Freiheit ließen sie später abenteuerliche Reisen unternehmen, die sie über Europa, Nordafrika und Russland hinaus bis nach Nord- und Südamerika führten."

Im Gegensatz zu ihrer besten Freundin Charlotte Lady Blennerhassett entschied sie sich gegen eine Vernunftehe und somit gegen eine Familie. Während Charlotte von ihrer Tätigkeit als Mutter und historische Schriftstellerin vollkommen vereinnahmt wurde, frönte Prinzessin Therese ihrem Lieblingslaster: dem Reisen.

Eindrucksvoll berichtet Hadumod Bußmann von den Erlebnissen der Prinzessin von Bayern. Hierbei zitiert sie immer wieder Passagen aus den Tagebüchern. Anhand dieser Aufzeichnungen wird klar, dass die Wittelsbacherin zwar von kultureller Seite her am höfischen Leben interessiert war, ihr aber der Prunk, die Etikette und das höfische Leben an sich ein Graus waren. Sie bevorzugte rustikale Reisen. Wenn nötig schlief sie eingerollt in einem Teppich. Und gerne stand sie bei rauer See an Deck des Schiffes, um sich der Naturgewalt des Meeres zu stellen.

> Reisen und Forschen, statt Ehe und Familie

Die Autorin zeigt dem Leser das Bild einer mutigen, klugen und selbstständigen Frau. Zahlreiche Abbildungen von Therese Prinzessin von Bayern runden das erzählte Bild der Prinzessin auch optisch ab. *Vanessa Ney*

***Hadumod Bußmann: „Ich habe mich vor nichts im Leben gefürchtet: Die ungewöhnliche Geschichte der Therese Prinzessin von Bayern"**, Insel Verlag, Berlin 2014, broschiert, 346 Seiten, 11,99 Euro*





Fatales Schmalspurdenken

Ökonom rechnet mit der Manage+ment-Elite ab

Immer wieder wird beklagt, dass so wenige Vertreter aus der Wirtschaft im Bundestag sitzen. Allenfalls um ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen, vernimmt man die Stimme von Managern, doch wenn es um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen geht, herrscht Schweigen. Will man dem 30-jährigen Ökonomen Benedikt Herles Glauben schenken, dann ist das auch gut so. Der Absolvent der „WHU – Otto Beisheim School of Management" hat in dem Buch „Die kaputte Elite. Ein Schadensbericht aus unseren Chefetagen" eine durchaus beeindruckende Abrechnung mit der üblichen Management-Ausbildung vorgelegt, die sich keinesfalls nur für an Wirtschaft interessierte Leser richtet. Denn der ehemalige Unternehmensberater macht deutlich, dass es diese nach Einheits-Schema ausgebildeten Manager seien, die über Wohl und Wehe von Firmen und somit auch über Arbeitsplätze entschieden.

„Ich bin kein Aussteiger. Ich bin kein ‚Linker'. Ich bin fest davon überzeugt: Eine freie und soziale Marktwirtschaft ist Voraussetzung für Wohlstand und Freiheit. Genau deshalb schrieb ich ‚Die kaputte Elite'", erklärt der Überzeugungstäter Herles in seinem Vorwort sein Schreib-Motiv. Und so beginnt er mit dem Hinweis, dass überall die Rede von der großen Finanz- und Wirtschaftskrise sei, jedoch keiner die dahinterstehende, viel größere Krise der Unternehmensführung thematisiere. In der Wirtschaftswissenschaft ginge es seit gut 30 Jahren nur um Mathematik und Modelle, an die es sich sklavisch zu halten gelte, obwohl die Realität diese immer wieder widerlegt habe. Politische und soziale Fragen spielten hingegen in den „Elfenbeintürmen der Kaderschmieden" keine Rolle. „Der Nachwuchs wird gefügig gemacht. Ich erlebte, wie jede Kreativität aus jungen Universitätsabsolventen herausgepresst wird", klagt der Autor an.

> Sie sollen Werte schaffen, haben aber selber keine

Einige Kapitel beginnen mit einem Spruch aus der Sprache der Unternehmensberater. So, wie Herles sie präsentiert, sind sie mehr als entlarvend. „Head down und deliver" steht so zum Beispiel für „stillhalten und die Arbeit abliefern". In diesem Zusammenhang erwähnt der Autor, dass ihm von dem Vizepräsidenten einer großen deutschen Universität nahegelegt worden sei, keine feuilletonistischen Texte mehr zu schreiben, da dieses seinen Ruf als Wissenschaftler untergrabe und seine akademische Karriere gefährde.

Auch gibt Herles Einblicke in seine Erfahrungen als Unternehmensberater. Hier sei man den Zahlen absolut hörig, Unternehmen müssten nach der Theorie vor allem schlank sein, doch, so der Autor, aus schlank würde schnell hager, was die Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten äußerst minimiere. „Die kaputte Elite ist dem Irrglauben erlegen, mit formalen Plänen Neues schaffen zu können. Die Wahrheit ist: Nur wer systematisch ausprobiert, verbessert und zur Not auch verwirft, kann selbst bahnbrechende Innovationen produzieren." Daher lobt Herles auch Familienunternehmen, deren Chefs wahre und vor allem auf Langfristigkeit ausgelegte Werte verfolgen würden.

Gegen Ende kommt der junge Volkswirt auch auf das Gerücht zu sprechen, dass viele hinter der massiven Beeinflussung der Politik und Wirtschaft durch die Finanzbranche – hier nennt er das Beispiel Goldman Sachs – eine Verschwörung vermuten. Diese hält Herles hingegen für nicht wahrscheinlich. Er fürchtet viel mehr die beschränkten Fähigkeiten der Berater und Banker. Auch bezweifelt er, dass der Trend zu immer mehr Frauen in den Vorstandsetagen etwas an der auf kurzfristige Gewinne ausgerichteten Unternehmensführung ändern wird, denn jene Frauen seien durch die gleichen Lehranstalten gegangen wie die Männer. *Rebecca Bellano*

***Benedikt Herles: „Die kaputte Elite. Ein Schadensbericht aus unseren Chefetagen"**, Knaus, München 2013, geb., 173 Seiten, 16,99 Euro*



Ungereimtheiten hinterfragt

Kritischer Rückblick auf die Medienberichterstattung 2013

Anfang 2014 ist die neueste Ausgabe des Jahrbuches „Verheimlicht, vertuscht, vergessen." von Gerhard Wisnewski erschienen. Auch 2013 gab es eine Fülle von Ereignissen, welche die politische Korrektheit der veröffentlichten Meinung unter den Teppich kehrte. Da fällt die Auswahl dessen, was in einer Buchbesprechung Erwähnung finden soll, schwer.

Von langfristig großer Bedeutung dürfte das Thema Fukushima sein. Seltsamerweise findet in den deutschen Medien die Aufarbeitung in Japan kaum Beachtung. Der Großteil der 16 000 Toten geht nämlich gar nicht auf die Kraftwerkskatastrophe zurück, sondern auf das zeitgleich stattgefundene Erdbeben. Claudia Roth verglich 2013 Fukushima gar mit Tschernobyl. Nach dem seriösen Strahlenbiophysiker Peter Kegel gab es hingegen in Fukushima nur zwei Tote, und die waren im Turbinenhaus ertrunken. Inwieweit Menschen an den Folgen der Strahlung sterben werden, ist derzeit hingegen noch nicht absehbar. Diese Fakten werden jedoch einem breiten Publikum vorenthalten. Sie würden die Atomhysterie der Grünen, die Energiewende von Kanzlerin Merkel und noch vieles andere infrage stellen.

Auch die Hintergründe und Finanziers der ukrainischen Nackedei-Protestgruppe „Femen" würde die deutschen Medienkonsumenten gewiss interessieren. „Femen" ist politisch gesehen ein Teil der vom Westen finanzierten, trainierten und gesteuerten globalen Krawall- und Revolutionsindustrie, die in einigen Fällen sogar über Stiftungen des US-Milliardärs George Soros gefördert werden. Die Nackedeis werden, wie die italienische Tageszeitung „Il Foglio" berichtete, mit einem monatlichen Salär von 1000 Euro alimentiert. Eine Frau, die als Femen-Aktivistin getarnt, unterwegs war, berichtete: „Die Reise nach Paris wurde von Femen bezahlt, ... ein Flugzeugticket, ein Hotelzimmer, Taxifahrten."

Nachrichtenmanipulation passiert heute nicht mehr durch Verbreitung falscher Nachrichten, sondern durch die Strukturierung derselben. Wisnewski hilft auch in diesem Jahr, einen klaren Blick auf Ungereimtheiten und offene Fragen zu behalten. *Hans Lody*

***Gerhard Wisnewski: „2014: Verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was 2013 nicht in der Zeitung stand"**, Knauer, München 2014, broschiert, 367 Seiten, 7,99 Euro*

Egomane an der Weiche der Geschichte

Biografie über Max von Baden, der 1918 eigenmächtig die Abdankung des Kaisers beschlossen hat

Es gibt Persönlichkeiten, die in der Geschichte und im allgemeinen Bewusstsein durch eine einzige Handlung bedeutsam geworden sind. So Wilhelm Tell, als ein Pfeil aus seiner Armbrust den Landvogt Gessler traf, der bosnische Serbe Gavrilo Princip mit den Schüssen auf das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajewo und Reichskanzler Prinz Max von Baden, als er am 9. November 1918 in Berlin dem Wolff'schen Telegrafenbüro die Erklärung zur Verbreitung gab, die mit dem Satz begann: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen."

Die Quellenlage erlaubt den Schluss, dass der Reichskanzler das lediglich gerüchteweise gehört hatte und dass die Abdankung Kaiser Wilhelms II. zu diesem Zeitpunkt keinesfalls schon feststand, da der Monarch sich bis dato vehement geweigert hatte, diesen Schritt zu vollziehen. Das wurde zum Angelpunkt des gesamten Lebens des Prinzen, und seitdem hatte er unter den Rechten und den Monarchisten den Beinamen des „Roten Prinzen" weg, während die Linken auch nichts weiter mit ihm anfangen konnten, da er dem badischen Herrscherhaus entstammte, mithin zu den durch den Zusammenbruch und den demokratischen Umsturz von 1918 erledigten regierenden deutschen Fürstenhäusern gehörte.

Dennoch gelingt es dem Autor Lothar Machtan, dem „Roten Prinzen" mit „Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers" eine ansprechende Biografie zu widmen. Der Autor legt die Biografie seines „Helden" (1867–1929) sehr detailreich an, obwohl dieser vor seiner Reichskanzlerschaft politisch eher unbedeutend war, und schafft damit eine gelungene Kombination zwischen Persönlichkeits- und Zeitbild, die geeignet ist, dem Genre der Biografie, das in der Zunft der deutschen Historiker mitunter abwertend betrachtet wird, zu neuer Respektabilität zu verhelfen. Dem wissenschaftlichen Anspruch wird dabei durchgehend Genüge geleistet, Fußnoten und Literaturverzeichnis sind üppig und zu diversen Aspekten dieser Lebenszeit weiterführend. Die Interpretation des akribisch erarbeiteten Materials kommt darüber nicht zu kurz und ist in einem frischen Ton vorgetragen, wie überhaupt der gesamte Text, sogar mit einigen eher flippigen Einsprengseln.

> Weder vorher noch nachher bedeutsam

Zugleich erkennt man, dass sich der Autor lange Jahre in die Materie eingearbeitet hat, wie auch sein vorheriges Werk verrät: „Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen" (2008). Auch ist der politische Kommentar, den die Interpretationen bringen, stets griffig und nachvollziehbar, ganz den Winkelzügen und intriganten Kalkülen angemessen, von denen sich die Akteure sehr wahrscheinlich haben leiten lassen. Und der Autor schenkt diesen Akteuren und auch seiner Hauptfigur gar nichts.

Aus heutiger Sicht mag es verwundern, dass Max von Baden tatsächlich glaubte, er könne das deutsche Volk retten. Im Herbst 1918, kurz vor seiner Ernennung zum Reichskanzler und als an der deutschen Niederlage nicht mehr zu zweifeln war, hielt er sich für „den Mann, der allein imstande ist, die Lage zu unseren Gunsten zu wenden", denn: „Ich zweifle nicht daran, dass ich das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit auf meiner Seite haben werde. Die besten Kräfte des Geistes und des Charakters stehen jetzt schon hinter mir ..."

> Er sah sich als Erlöser

Da der Autor sein biografisches Objekt ernst nimmt, flicht er auch immer wieder psychologische Erwägungen ein. So kommt er zu dem Ergebnis, dass des Prinzen realpolitisch in der Luft schwebender „Erlöserwahn" vom Herbst 1918 auf Kompensationsbedürfnisse zurückzuführen sei: zum einen für das Versagen als militärischer Kommandeur seiner badischen Einheiten schon zu Beginn des Krieges, weil er dessen grimmiger Wirklichkeit nervlich nicht gewachsen war, Und zum anderen und – eine Konstante seines insgesamt gequälten Lebens – für seine Schuldgefühle, weil er homosexuell veranlagt war, worüber wichtige Bezugspersonen des Prinzen, auch Kaiser Wilhelm II. selbst, Bescheid wussten. Das war damals ein schweres Handicap, das mit jeglichem Aufwand vertuscht werden musste, und dessen Behandlung in dieser Biografie so ruhigen Tones und frei von der Selbstgerechtigkeit des heutigen gesellschaftlichen Pluralismus erfolgt, wie es dem Historiker ansteht, der „sine ira et studio" berichten muss. *Bernd Rill*

***Lothar Machtan: „Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers"**, Suhrkamp, Berlin 2013, geb., 670 Seiten, 29,95 Euro*

Weitere Titel

***Gerhard Bahr: „Über den Pregel. Mit der Schniefke-Bahn nach Königsberg. Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten"**, Ursula Bahr, Wateweg 31, 22559 Hamburg, broschiert, 331 Seiten, 16,90 Euro*

***Friedrich-Karl Boese: „Tausend Mal tausend Morgen. Über eine Ostpreußenfamilie vor und nach 1945"**, Frieling, Berlin 2014, broschiert, viele historische Familienfotos, 253 Seiten, 13,90 Euro*

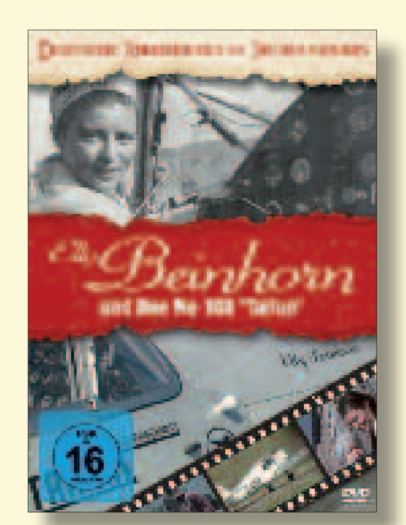
***Sigurd Göttlicher: „Die Geschichte des feinen Königs David"**, Erich Weiß Verlag, Bamberg 2013, geb., 208 Seiten, 17,50 Euro*

***Oliver Kock: „Das Tagebuch des Leutnants Nilius. Ostern 1916 bis 21. Dezember 1918"**, Scherzers Militär-Verlag, Bayreuth 2013, geb., 217 Seiten, 39 Euro*

***Karl-Heinrich Timpe: „Der Krieg wie ich ihn erlebte. Erinnerungen eines Sturmschützensoldaten"**, Scherzers Militär-Verlag, Bayreuth 2013, geb., 255 Seiten, 39 Euro*



Elly Beinhorn
Bernd Rosemeyer
Mein Mann, der Rennfahrer
Das persönliche Porträt einer Rennfahrerlegende. Mit über 100 teilweise unveröffentlichten Fotos und Dokumenten. Längst Legende, aber unvergessen: Bernd Rosemeyer war der berühmteste und beliebteste Rennfahrer der 30er-Jahre. Für die Auto Union fuhr er Grand-Prix-Erfolge und brach einen Rekord nach dem anderen. Mit seinem wagemutigen Fahrstil eroberte er ein Millionenpublikum. Als er die berühmte Fliegerin Elly Beinhorn heiratete, wurde das „schnellste Ehepaar der Welt" Deutschlands Traumpaar. Doch das Glück war von kurzer Dauer: Nur zwei Monate nach der Geburt ihres Sohnes verunglückte Bernd Rosemeyer tödlich. Elly Beinhorns Erinnerungen sind ein ergreifendes persönliches Dokument. Mit einem Nachwort über die neuesten Erkenntnisse zum Unfallhergang von Prof. Dr. Bernd Rosemeyer. 288 Seiten.
Nr. P A0624 Gebunden mit Schutzumschlag 7,99 €



DVD
Elly Beinhorn und ihre Me-108 „Taifun"
Das Filmmaterial stammt aus Privatbesitz, zum Teil hat Elly Beinhorn es selbst gedreht. Es zeigt Erstaunliches: Eine Frau setzt sich vor fast 80 Jahren in den Kopf, Flugrekorde zu brechen, die bis dahin nur Männern zugetraut wurden. Ihr Ehrgeiz und ihr Können begeistern einen berühmten Flugzeugkonstrukteur. Professor Willy Messerschmitt schneidert ihr ein Rekordflugzeug auf den Leib, die Me-108, der Elly Beinhorn den Namen Taifun gibt. Dieses erste moderne Reiseflugzeug ist in den 30er Jahren allen Konkurrenten um Jahrzehnte voraus. Die Me-108 ist legendär wie Elly Beinhorn – eine Jahrhundertfrau, nicht nur deshalb, weil sie hundert Jahre alt geworden ist. Sie starb 2007. Elly Beinhorn hat mehr als alle anderen Pilotinnen der Weimarer Zeit und des Dritten Reiches die Herzen der Deutschen erreicht. Wohl auch deshalb, weil ihre Liebe zu dem Rennfahrer Bernd Rosemeyer eine ganze Generation rührte. Laufzeit 60 Minuten.
Nr. P A0566 DVD 9,95 €



Hanna Reitsch
Fliegen – Mein Leben
Hanna Reitsch (geb. 29. März 1912 in Hirschberg/Schlesien, gest. 24. August 1979 in Frankfurt/Main) war die mit mehr als 40 Weltrekorden in verschiedenen Klassen und mit unterschiedlichsten Flugzeugtypen erfolgreichste Fliegerin im 20. Jahrhundert. Im ersten Teil ihrer Lebenserinnerungen, die mit dem Kriegsende und der amerikanischen Lagerhaft abschließen, schildert sie ihre Ausbildung zur Fliegerin, ihre Teilnahme an Forschungsexpeditionen nach Südamerika, zahlreiche Flugweltrekorde und ihre Arbeit als Versuchspilotin zur Erprobung militärischer Flugzeuge. Sie flog als erste Frau der Welt einen Hubschrauber (Focke-Wulf Fw 61), ein Raketenflugzeug (Messerschmitt Me 163) und die bemannte V 1. Die Erlebnisberichte Hanna Reitschs über die Untergangsstimmung im Machtzentrum des Dritten Reiches Ende April 1945 in der unmittelbaren Umgebung Hitlers sind von beeindruckender Intensität. 275 S.
Nr. P A0618 Gebunden 19,80 €



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €



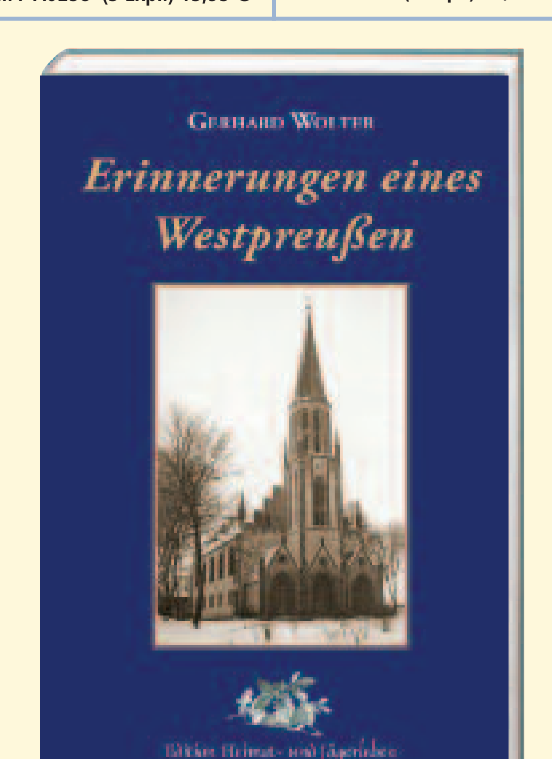
Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €

Fahne Westpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9954 Fahne 12,50 €



Sylke Tempel
Freya von Moltke
Ein Leben. Ein Jahrhundert
Gebunden mit Schutzumschlag
224 Seiten
Nr. P A0339 19,95 €

Die Biographie zum 100. Geburtstag der großen Widerstandskämpferin. Freya von Moltke zählt zu den herausragenden Persönlichkeiten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Gemeinsam mit ihrem Mann Helmuth James bildete sie den Kern des berühmten „Kreisauer Kreises". Nach dem Krieg hat sie das Vermächtnis der Kreisauer mit neuem Leben erfüllt und damit nicht zuletzt maßgeblich zur deutsch-polnischen Aussöhnung beigetragen. Auf der Grundlage zahlreicher Gespräche und bisher nicht beachteter Quellen zeichnet Sylke Tempel das Porträt dieser beeindruckenden, mutigen Frau. Ein glänzend geschriebenes Lebenspanorama.



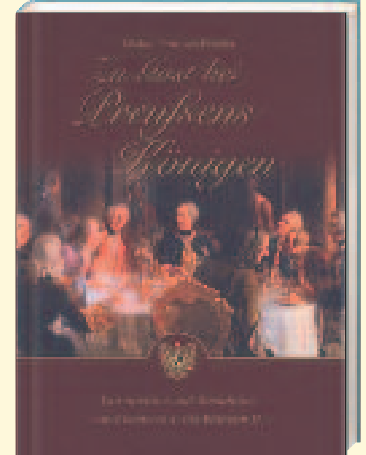
Gerhard Wolter
Erinnerungen eines Westpreußen
Eine Kindheit und Jugend im ehemaligen Westpreußen, die erste Liebe des jungen Mannes und das Zerbrechen seiner Lebenswelt in den Kriegswirren. Der 1924 in Westpreußen geborene Autor berichtet in diesen sehr persönlichen Erinnerungen aus seinem Leben. Als Zeitzeuge gibt er authentische Einblicke in die Zeit und das Lebensgefühl der letzten deutschen Generation in der westpreußischen Heimat. Er hat dabei den Mut, auch kritische Themen zwischen Deutschen und Polen anzusprechen und dabei den Bogen seiner Berichte auch bis in die Gegenwart zu spannen. 480 Seiten.
Nr. P A0606 Gebunden mit farbigem Überzug 19,95 €



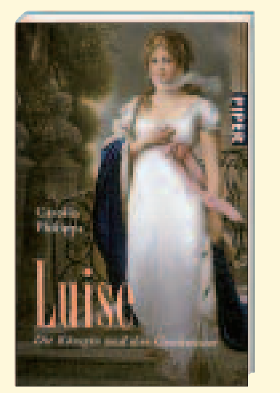
Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0635 Bernsteinanhänger ohne Kette 39,90 €
Nr. P A0649 Bernsteinanhänger mit Kette 79,90 €
(Silberkette 45 cm Länge)



Bernsteinohrhänger mit Silberumrandung
Bernsteinohrhänger in Silber gefasst passend zum nebenstehenden Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0636 Bernsteinohrhänger 39,90 €

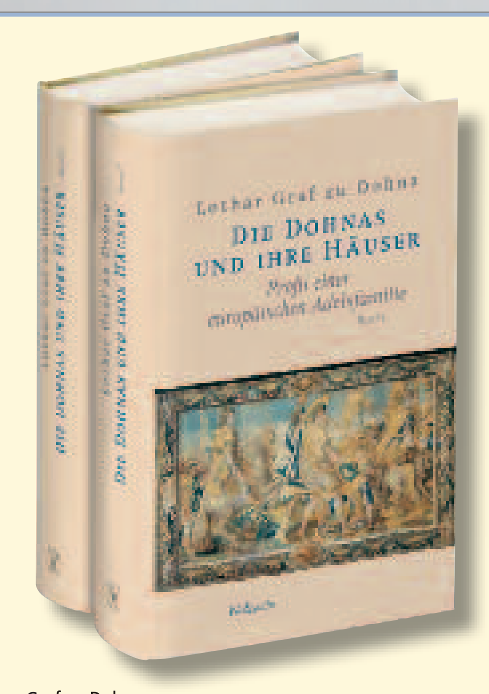


Michael Prinz von Preußen
Zu Gast bei Preußens Königen
Geschichten und Anekdoten von Friedrich I. bis Wilhelm II.
Seine Königliche Hoheit Michael Prinz von Preußen, Urenkel des letzten deutschen Kaisers, gewährt einen intimen Einblick in das Leben bei Hofe – geistreiche und amüsante Geschichten rund um Preußens Könige.
143 Seiten.
Nr. P A0655 Gebunden mit Schutzumschlag 7,99 €

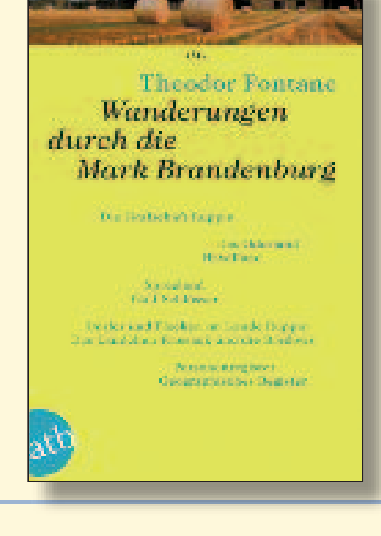


Carolin Philipps
Luise – Die Königin und ihre Geschwister
464 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 533153 14,95 €

Jung, anmutig und strahlend schön, gilt Luise von Preußen bis heute als die beliebteste deutsche Königin aller Zeiten. Doch wenig ist bislang über Luises Geschwister bekannt: Dabei waren sie es, die Luise von Kindheit an prägten, denen sie zeitlebens eng verbunden blieb. Carolin Philipps erzählt die Biografien der vier Schwestern und ihrer beiden Brüder als eine große dramatische Familiengeschichte, einfühlsam und dabei historisch genau. Carolin Philipps wählte, bei ihrer Luisen-Veröffentlichung eine besondere Herangehensweise. Sie entschied sich Luises Leben anhand eines sechsblättrigen Kleeblatts zu schildern.



Lothar Graf zu Dohna
Die Dohnas und ihre Häuser
Profil einer eurpäischen Adelsfamilie – in 2 Bänden
Eine illustrative (kunst-)historische Dokumentation des 850-jährigen Wirkens der Adelsfamilie Dohna im preußischen und europäischen Raum. Die Geschichte eines adligen Geschlechts ist auch immer die Geschichte seiner Häuser. Das weitverzweigte Adelsgeschlecht der Dohnas, in der Mitte des 12. Jahrhunderts von der Burggrafschaft Dohna (bei Dresden) ausgehend, wirkte in der Periode der Burgen und Schlösser insbesondere in Böhmen und Preußen. Diese Einzelstudie zur Sozial- und Kulturgeschichte des Adels eröffnet neue Perspektiven auf die allgemeine Geschichte Preußens und Ostpreußens. In zahlreichen Abbildungen stellt diese (kunst-)historische Dokumentation die annähernd 30 Schlösser und Herrenhäuser der Adelsfamilie Dohna mit einem umfangreichen, bisher meist unveröffentlichten Bildmaterial gewachsenen Bestand an historischen Kunstwerken vor. 992 Seiten
Nr. P A0691 Gebunden mit Schutzumschlag 89,00 €



Theodor Fontane
Wanderungen durch die Mark Brandenburg
Die Grafschaft Ruppin – Das Oderland – Havelland – Spreeland – Fünf Schlösser – Dörfer und Flecken im Lande Ruppin – Das Ländchen Friesack und die Bredows – Personenregister – Geographisches Register
„Schloß-, Park- und Landschaftsbeschreibungen, Historisches, Anekdotisches, Familienkram und Spukgeschichten. Mehr kann man am Ende nicht verlangen." Treffender, als es Theodor Fontane selbst tat, können die „Wanderungen" nicht charakterisiert werden. Zu den bekannten fünf Bänden bietet diese konkurrenzlose Ausgabe Zusatzbände aus dem Nachlass von Theodor Fontane und zum erstenmal im Taschenbuch den aufwendigen Registerband mit allen Personen- und Ortsnamen. Die mehrbändige Taschenbuchausgabe in einer Taschenbuchkassette hat eine Umfang von 5.184 Seiten.
Nr. P A0677 Taschenbuchkassette 49,99 €

Matthias Siedenschnur-Sander
Vom Alten Fritz
Ein Lesebuch über Friedrich den Großen
Wer war Friedrich der Große? Schon zu Lebzeiten wurde der König von Preußen zum Mythos. Seine Leidenschaft galt der Musik, der Philosophie, der Poesie. Er war kluger Militärstratege und reformorientierter Innenpolitiker. An seinem Hof und in Briefen verkehrte er mit Voltaire, Katharina der Großen und anderen namhaften Persönlichkeiten Europas. Friedrich II. verfolgte seine Ziele hochdiszipliniert, engagiert und nicht selten rücksichtslos. Dieses Lesebuch versammelt die denkwürdigsten Berichte und Anekdoten seiner Zeitgenossen sowie literarische Reflexionen und zeichnet so ein schillerndes Porträt des Alten Fritz. Mit Texten von Voltaire, Mirabeau, Theodor Fontane, Thomas Mann und anderen.
320 Seiten
Nr. P A0402 Taschenbuch 9,00 €

Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Weniger schuld wegen Ramadan

Freiburg i. Br. – Nachdem ein 39-jähriger Moslem einen Nachbarn in Wellendingen bei Freiburg getötet hat, tobt ein bizarrer Rechtsstreit: Der Anwalt des Angeklagten behauptet, sein Mandant sei aufgrund der Fastenregeln des Ramadan und großer Hitze nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen, weil stark unterzuckert und dehydriert. Daher sei er nur bedingt schuldfähig dafür, dass er neunmal auf seinen Nachbarn geschossen habe. *H.H.*

Steuersünder geschont

Berlin – Wie aus einer Kleinen Anfrage der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus hervorgeht, wurde der Kulturstaatssekretär André Schmitz nach seiner Steuerstraftat offenbar schonender behandelt als fünf andere überführte Beamte. Gegen alle war ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, gegen den SPD-Mann und Freund des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit jedoch nicht. Die Grünen monieren eine Sonderbehandlung. *H.H.*

ZUR PERSON

Haltet den Öl-Dieb!

Es sei „Diebstahl am libyschen Volk". So bezeichnete die US-Botschafterin Deborah Jones den Versuch libyscher Rebellen, Öl an der Übergangsregierung von Tripolis vorbei zu exportieren. US-Elitetruppen hatten den nordkoreanischen Tanker „Morning Glory" unweit Zypern geentert, nachdem Rebellen ihn mit libyschem Öl beladen und an einer aus Fischerbooten bestehenden „Seeblockade" vor der Küstenstadt As-Sidr vorbei hatten auslaufen lassen.

Der Mann, der hinter der Aktion stand, der 33 Jahre alte Milizenchef **Ibrahim Jadhran**, kann genauso wie die Botschafterin argumentieren: Es sei Diebstahl am Volk, wenn die Regierung Öl am libyschen Volk vorbei ausführte. Von den Einnahmen profitieren zumeist US-Ölfirmen und korrupte Politiker. Vom Ölgeschäft will er die Unabhängigkeit der Cyrenaika, der östlichen Provinz Libyens, finanzieren. Dazu hat er eine Stammesallianz geschmiedet und führt eine Föderalistenbewegung zur Unabhängigkeit der Provinz an.



Mit Abdraba Abdulhameed Al-Barasi hat Jadhran Anfang März den Premierminister einer halbautonomen Provinz installiert. Und für zwei Millionen Dollar hat er einen ehemaligen israelischen Agenten angeheuert, der seine guten Kontakte zu Moskau nutzen soll, damit Russland die Autonomieregierung anerkennt.

Da seien die USA vor. Sobald sie Öl riechen, haben sie Blut geleckt. In der Provinz Fessan, auf die auch der stets im schicken Anzug auftretende Jadhran Anspruch erhebt, fließt reichlich Öl. Auch wenn die U.S. Navy-Seals den Öltanker nach der unblutigen Kaperung wieder zu einem libyschen Hafen eskortierten – einen Teilerfolg hat Jadhran erreicht: Wegen der Tankeraffäre trat der Chef der Übergansregierung von Tripolis, Ali Zeidan, zurück. Damit rückt die Teilung des Landes näher. *Harald Tews*



Offensive

Apartheid beachten!

Was wir mit dem Hoeneß-Geld alles machen können, von wo sich Weiße »verpissen« sollen, und wo die Kinder Kokain finden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wie viel war das noch gleich? Ach ja: Gut 27 Millionen Euro an ausstehenden Steuerschulden, glaube ich, hat „die Gemeinschaft" von Hoeneß zu bekommen. Eine Menge Holz ist das. Was machen wir bloß mit dem vielen Geld?

Och, da gibt es viele, viele sinnvolle Projekte. Beispielsweise ruft Zypern schon wieder um Hilfe: Die benötigen Geld, um ihre Banken (nochmal) zu retten, damit reiche russische, britische, griechische oder auch deutsche Anleger ihr Geld nicht verlieren. Aus dem gleichen Grund müsste man auch in Hellas demnächst wieder etwas nachschießen.

Dann die Ukraine: Die schließt sich gerade an unsere Finanzkanalisation an, sonst müsste Kiew ja die eigenen Milliardäre zur Kasse bitten oder gar wie einen Hoeneß behandeln. Das wäre ein grober Verstoß gegen Menschenwürde und Oligarchenstolz. Wofür haben die Menschen auf dem Maidan denn demonstriert?

Zudem strömen immer mehr qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland, auf die unser Arbeitsmarkt dringend angewiesen ist, weshalb sie sofort massenhaft in Hartz IV fallen, um unseren Wohlstand zu mehren.

Wenn von den Hoeneß-Moneten danach noch etwas übrig ist, können wir das bestimmt gut unterbringen beim Berliner Großflughafen oder der Hamburger Elbphilharmonie. Solche Projekte haben unsere Politiker extra dafür angeleiert, dass wir unter der Last unseres vielen Geldes nicht zusammenbrechen.

Obwohl – Moment mal! Das mit den internationalen Großanlegern bei Zyperns Banken stimmt doch gar nicht! Das ist doch wieder nur diese typische Anti-Euro-Hetze, ekelhaft!

Höchst wahrscheinlich haben die Superreichen ihr Geld nämlich längst von dort abgezogen. Wie wir schon berichteten, hatten die Troika-Aufseher von Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission es ermöglicht, dass die Londoner Filialen der Zypern-Banken offen blieben, als die Teilenteignung letztes Jahr lief und die Bankschalter auf der Insel wochenlang dicht waren.

So konnten die global agierenden Milliardäre ihre Schäfchen via London ins Trockene bringen, derweil die Kleinsparer auf Zypern geschoren wurden und der Rest per Rettungsschirm den Deutschen etc. ins Buch geschrieben ward. Ja, der IWF, die EZB, die EU-Kommission und das große Geld: Man kennt sich, man hilft sich.

Schließlich ziehen wir doch alle an einem Strang. Da ist Solidarität die erste Bürgerpflicht. Die gilt zurzeit natürlich besonders den vielen „Flüchtlingen", die über Italien zu uns flüchten, weil ... ja ... hm ... ja, wieso überhaupt? Weil sie politisch oder rassisch verfolgt sind oder aus einem Bürgerkriegsgebiet kommen, wo sie um Leib und Leben fürchten müssen. Die Lage in Italien muss wirklich furchtbar sein.

> **Was hat ein weißer Hausmeister in einer von Schwarzen besetzten Berliner Schule verloren?**

Jedenfalls sind sie hochqualifiziert, das lesen und hören wir immer wieder, und nützen daher uns allen. Wofür genau die Leute qualifiziert sind, ist bislang nur oberflächlich abzusehen. In Berlin schält sich jedoch heraus, dass es unter den afrikanischen „Flüchtlingen" eine Reihe begabter junger Männer gibt, die eine beeindruckende Qualifikation aufweist in rassistischer Verfolgung anderer und Bürgerkrieg untereinander.

In der von den „Flüchtlingen" besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg verwies ein 24-jähriger Afrikaner den deutschen Hausmeister des Gebäudes mit dem Hinweis: „Verpiss dich! Du bist weiß und wir sind schwarz." Der Hausmeister hatte offenbar gegen die Kreuzberger Apartheidsgesetze zur Rassentrennung verstoßen, verstand das aber nicht, weil er einfach nicht „kultursensibel" genug war und holte einen Sicherheitsmann.

Den versuchte der 24-Jährige dann zu treten, ein anderer „Flüchtling" holte sein Springmesser heraus, um den „Weißen" zu zeigen, wie er mit Angehörigen anderer Rassen umzugehen pflegt. Wenige Stunden später zeigten die Bürgerkriegsexperten ihr Können. In einem Nebengebäude der Schule gingen zwei „Flüchtlings"-Gruppen aufeinander los, wobei ein Mann versucht haben soll, auf einen anderen einzustechen. Dabei störte ihn aber ein deutscher Sicherheitsmann, der „schlichten" wollte, weshalb die Flüchtlinge nun auf den arroganten Weißen losgingen, woraufhin der auf die Straße flüchten musste. Das war letzte Woche. In der Nacht zum vergangenen Dienstag wurde die Übung dann fortgesetzt, diesmal traten sie mit Pfefferspray und Zaunlatten gegeneinander an.

Allerdings bergen die in Sachen Rassismus und Bürgerkrieg so versierten „Flüchtlinge" auch Enttäuschungen für ihre deutschen Gastgeber: Die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), ist beinahe ein bisschen unglücklich.

Auslöser ihres seichten Grams sind Drogenhändler unter den „Flüchtlingen". Die vergraben ihre Ware gern im Freien, aus Schutz vor der faschistischen deutschen Staatsmacht oder diebischen Konkurrenten am Drogenmarkt. So weit, so unproblematisch, findet Frau Herrmann. Wie einer breiteren Öffentlichkeit erst jetzt bekannt wurde, hatte die Grüne allerdings ein „Agreement" (Übereinkommen) mit den Dealern geschlossen, dass sie ihre Ware aber doch bitte schön nicht auf Kinderspielplätzen verbuddeln sollten.

Nun hat ein Mädchen auf dem Spielplatz in Cellophan verschweißte Kügelchen gefunden und mit in ihre Kita gebracht, wo sie die blinkenden Bällchen als „Perlen" hortete. Eine Spielkameradin machte eine „Perle" auf und verstreute den Inhalt. Der konnte mithilfe eines Vaters identifiziert werden: Kokain.

Danach hat die Polizei per Razzia mal nachgeschaut und auch die extrem süchtig machende Kunstdroge „Crystal Meth" gefunden. Jetzt ist Monika Herrmann mit ihrem „Agreement" ein wenig in Bedrängnis geraten, weshalb man ihre Enttäuschung verstehen kann: Die afrikanischen Drogendealer haben nicht Wort gehalten, was man aus Drogendealerkreisen ja noch nie gehört hatte und was daher nun wirklich nicht zu erwarten war. Langsam könnten gar Zweifel aufkommen, ob es sich bei denen wirklich um jene Ehrenmänner handelt, für welche die Grünen-Politikerin sie hält.

Der Görlitzer Park, wo der Spielplatz liegt, entwickele sich zu einem Umschlagplatz für harte Drogen, will Frau Herrmann jetzt auch bemerkt haben und ist damit gar nicht zufrieden. Die Betonung liegt auf „harte" Drogen. Gegen „weiche" wie Cannabis hat sie nichts, will dafür sogar einen „Coffee Shop" in Kreuzberg einrichten, wo man den Stoff legal erwerben kann.

Sollten die Mädchen demnächst also ein Tütchen Marihuana in die Kita bringen, ist das nicht so schlimm. Die Droge ist ja „weich". Man muss die Kleinen allerdings darüber aufklären, wie sie das „weiche" Cannabis vom gefährlichen Zigarettentabak unterscheiden – wir setzen schließlich auf Drogenprävention und Frühaufklärung –, und schon rauchen die Knirpse das „Gras" mit Genuss. Außerdem ist natürlich sicherzustellen, dass die Cannabis-Pflanzen aus biologischem Anbau stammen, fair (und nicht unter Ausbeuterbedingungen) gehandelt und vor allem: klimaneutral transportiert wurden. Wir müssen unsere Erde schließlich für unsere Kinder bewahren.

Die Kita-Erzieher haben indes beschlossen, den „Görli-Park" mit den Kindern nicht mehr zu betreten. Auch gut, schließlich benötigen die „Flüchtlinge" eigene Gebiete, auf denen sie sich ungestört von den „Weißen" entfalten können. Dort wäre dann auch viel mehr Platz für den Bürgerkrieg. Und wenn es dabei zu ernsten Zwischenfällen mit Opfern kommt? Ist doch klar, dann sind die rassistischen Deutschen schuld. Die Schlagzeile haben wir schon: „Vernachlässigung der Flüchtlinge durch deutsche Behörden hat ihr erstes Opfer gekostet!"

MEINUNGEN

***Gabor Steingart** plädiert im „Handelsblatt" vom 13. März dafür, im Konflikt mit **Russland zur Realpolitik** zurückzukehren:*

„Wer die russische Bevölkerung für ihren Selbsterhaltungstrieb mit Wirtschaftssanktionen abstrafen möchte, straft sich selbst ab. Hinzu kommt: Der Westen verrät sein Menschenbild, wenn er wegen einer für Sonntag angesetzten Volksabstimmung, die ein ihm missliebiges Ergebnis verspricht, mit Sanktionen droht."

***Ferdinand Knauß** kritisiert in der „Weltwirtschaftswoche" vom 7. März **Familienministerin Manuela Schwesig** (SPD):*

„Zu den größten Gefahren für eine freie Gesellschaft gehört, dass den Menschen der Sinn dafür verloren geht, was Freiheit bedeutet. George Orwell hat in ‚1984' gezeigt, wie durch das politisch gelenkte Verdrehen von Wortbedeutungen – ‚Neusprech' – Macht verfestigt und Opposition unmöglich gemacht wird. Wer keinen Begriff von Freiheit mehr hat, vermisst sie nicht. Schwesigs Grundsatzrede ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie auch unter der Flagge der Freiheit Programme der Bevormundung installiert werden, die ganz in der Tradition der sozialistischen Träume eines ‚neuen Menschen' stehen."

*Der Ex-BDI-Chef und AfD-Europakandidat **Hans-Olaf Henkel** tritt im „Focus" (17. März) der Behauptung entgegen, dass **Deutschlands Export vom Euro profitiere** und die Währung unsere Wirtschaft daher stärke:*

„Das dicke Ende kommt erst: Weil die Reformen im Süden (der EU) nicht reichen, müssen die Deutschen jetzt ihre Vorteile preisgeben. Brüssel verlangt, dass wir unsere Exportüberschüsse abbauen, Mindestlöhne einführen, unsere Arbeitslosenversicherung und Spareinlagen mit anderen Euro-Zonen-Ländern zusammenlegen. So kann man vielleicht den Euro retten, aber unsere globale Wettbewerbsfähigkeit wird damit aufs Spiel gesetzt."

*Der Schweizer Philosoph **René Scheu** beschreibt in der „Neuen Zürcher" (9. März), **wie** der von Sarrazin beklagte **„Tugendterror" funktioniert**:*

„Es geht nicht um richtig oder falsch. Es geht darum, ob man zu den Guten oder zu den Schlechten gehört ... Gesinnungsurteile funktionieren nach dem Schwarz-Weiß-Schema. Sie bedienen die verbreitete Sehnsucht nach Einfachheit, Eindeutigkeit und Sofort-Bekenntnissen. Aber vor allem: Sie bieten die Chance, sich moralisch über andere zu erheben und im Moment der Entrüstung Gemeinschaft mit Gleichgesinnten zu empfinden. Dabei zeigt sich: Je moralischer der öffentliche Diskurs, desto verwahrloster die politischen Sitten."

*Die Schriftstellerin **Lena Gorelik** enthüllt im Deutschlandradio am 17. März, wie **verstört die** meinungsbeherrschende **Linke** über die wachsende Kritik an ihresgleichen ist:*

„Neu sind die Debatten nicht ... Neu sind jedoch die Angegriffenen und neu die Angreifer. Es sind nicht allein Stammtischler, die neuerdings diese Reden schwingen, nicht Anhänger rechter Parteien: Es sind Deutschlands führende Intellektuelle."